

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich 25 Bfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die frühgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Bfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 20 Bfg., jedes weitere Wort 10 Bfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 18. Juni 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Verpufft!

Verpufft, wirkungslos verpufft ist die Mahnung Bülow's an die Konservativen, wieder einzuschwenken in den großen Bülowblock mit den Liberalen. Verpufft ist auch bei den Konservativen das Flehen Wassermanns, verpufft seine Anpreisung der Liberalen als wirksame Stütze der sozialpolitischen Reaktion. Die Konservativen haben sich unerbittlich gezeigt. Sie beharren in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Erbschaftsteuer. Wenn man aus Erklärungen der Parteien endgültig einen Schluss auf deren Haltung ziehen kann, dann ist der Block nun wirklich völlig zersplittert; er löst sich nicht mehr feimen.

Es mußte schon wenig angenehm auf den Kanzler wirken, daß die konservative Partei ihre Vertretung in der Steuerfrage dem Grafen Westarp übertragen hat, der erst ein halbes Jahr den Reichstag ziert und sich deshalb krampfhaft bemüht, durch den Ton einer erfindelten Ueberhebung seine eigene Bedeutung zu heben. Mit wachsender Heiterkeit begleitete das Haus seine Versuche, dem Reichstanzler, dem er soeben namens seiner Partei eine runde Abgabe in der Erbschaftsteuerfrage erteilt hatte, eine gönnerhafte Aufmunterung zuteil werden zu lassen. Als er verkündete, durch die konservativen Steuerorschläge solle dem Kanzler gerade der Weg zu einer wirklich brauchbaren Finanzreform geebnet werden, gab Singer dem Eindruck, den das auf die Zuhörer machen mußte, treffend Ausdruck durch den Zwischenruf: „Armer Bülow!“ Eine stürmische Heiterkeit herrschte minutenlang im ganzen Hause. Bülow selbst konnte sich der grotesken Komik der Situation, daß der Kanzler mit dem agrarischen Reichstein sich nach Zurückweisung seiner Annäherungsversuche durch die Konservativen von der geschwollenen Wichtigkeit eines Grafen Westarp begönnern lassen mußte, nicht entziehen. Er stimmte in das allgemeine Lachen ein.

Genosse Singer, der nunmehr namens der Sozialdemokratie zum Worte kam, führte den Liberalen zu Gemüte, daß sie von ihren Blockbrüdern so behandelt würden, wie sie es durch ihre unentwegte Gefügigkeit gegen die reaktionären Ansprüche der Konservativen verdient hätten. Er stellte fest, daß eins der wesentlichsten Motive der Konservativen für die Ablehnung der Bülow'schen Finanzreform darin zu suchen sei, daß diese Vertreter der Junkerherrschaft ihrem eigenen ministeriellen Handlanger seine platonischen Erklärungen zugunsten einer preussischen Wahlreform hätten entgelten lassen wollen. Und das, trotzdem die liberalen Redensarten dem diplomatischen Kanzler doch nur dazu gedient hatten, seine reaktionären Laten zu verschleiern.

Dann geißelte Singer scharf das Verhalten der Liberalen, die völlig bereit seien, 400 Millionen Mark indirekter Steuern zu bewilligen, und nur über die Form, in der 100 Millionen Mark direkter Steuern ausgebracht werden sollen, mit den Vertretern der agrarischen Interessen in heftigen Zwiegespräch geraten sind.

Es ist ja überhaupt eine der bezeichnendsten Tatsachen, daß es von der Regierung und den Vertretern sämtlicher bürgerlichen Parteien von vornherein als ein unabwendbares Ergebnis der göttlichen Weltordnung hingenommen wurde, daß vier Fünftel der von ihnen anzutreffenden Steuermafse durch indirekte Steuern auf Massenverbrauchsartikel zusammengebracht werden müßten. Daß es auch umgekehrt zu machen sei, daß der Hauptteil der neuen Steuern oder gar deren Gesamtheit durch direkte Steuern auf den Besitz gewälgt werden könnte, das kommt ihnen nicht in den Sinn, darüber reden sie gar nicht. Sie rechnen es sich noch als ein Zeichen besonderer Opferwilligkeit an, daß sie überhaupt ein Fünftel der Summe von Zehntausenden aufbringen lassen wollen. Das preisen sie nun in hohen Tönen als ein selbstgewähltes Opfer patriotischen Pflichtgefühls.

Daß auch der neue „Sanfand“ für Gewerbe, Handel und Industrie kein Wort des Tadels für die geplante Belastung der breiten Massen des Volkes, sondern nur Entrüstung über die löpvelhaften Steuerpläne der Regierung zur Schädigung der Kapitalisteninteressen gefunden hatte, ist nicht minder bezeichnend für das gleichartige Verhalten der liberalen Vertreter im Reichstag.

Den Steuerplänen der beiden kapitalistischen Interessengruppen erteilte Singer eine runde Abgabe, und er nahm noch besonders die abgeschmackte Versicherungspolicesteuer aufs Korn. Dann entwickelte er in knappen Sätzen die Grundzüge einer wirklichen Finanzreform, wie die Sozialdemokratie sie schon im kapitalistischen Staate durchführen würde, wenn sie die Entscheidung in der Hand hätte. Da würde zunächst eine Einschränkung der Militär- und Marineausgaben durch internationale Verträge über gegenseitige Abrüstung zur Reduktion der Ausgaben und damit zur Gesundung der Reichsfinanzen führen. Die indirekten Steuern würden ferner durch direkte Abgaben ersetzt werden. Unser Redner schloß seine eindrucksvollen Darlegungen mit einer Kennzeichnung der Steuerpläne unserer Gegner als eines neuen Versuches zur Ausraubung der Massen, welchen Ausdruck der Vizepräsident Kaempf durch den üblichen Ordnungsruf unterstrich.

Dann legte Spahn die Stellung des Zentrums zur Steuerreform dar. Daß von dieser Seite irgend ein Entgegenkommen gegen Bülow nicht zu erwarten sei, stand von

vornherein fest. Der Zentrumsführer gab nicht nur dem Beschluß seiner Fraktion Ausdruck, die Erbschaftsteuer abzulehnen, er wies auch darauf hin, daß Fürst Bülow in keiner Weise zu den unentbehrlichen Persönlichkeiten gerechnet werden könne. Die sachliche Vertretung der Steuerpolitik des Zentrums aber fiel ungewöhnlich schwach aus.

Als nach Spahn der preussische Finanzminister v. Rheinbaben das Wort nahm, wurde bei den Zuhörern zum Teil der Eindruck erweckt, als ob der geschmeidige Herr mit der geschneiegelten Frisur und den verkniffenen kleinen Bärenaugen seine Kandidatenrede für den Posten eines Reichskanzlers in einer clerikal-konservativen Aera halten wollte. Daß ihm dieser Erfolg wirklich blühen sollte, ist indes mehr als zweifelhaft. Was er gegen die von den Agrariern geplante Kotierungssteuer vorbrachte, war vielfach zutreffend. Für seinen Geschmackspricht es aber nicht, daß er die abgedroschensten Kriegervereinsphrasen zur Verherrlichung des großen Werkes der Reichsfinanzreform verwandte.

Nunmehr verlas der freikonservative Fürst Hofeld namens seiner Partei eine schriftliche Erklärung, deren kurzer Sinn der war: die Mehrzahl seiner Freunde würde opfermutig die Erbschaftsteuer schlucken, sofern sie durch einige einschränkende Bestimmungen verbessert und sofern ihnen oben-dreien die Sicherheit gegeben würde, daß in späterer Zeit die Erbschaften nicht um einen Heller Steuer mehr aufbringen müßten, als in der gegenwärtigen Vorlage geplant sei. Eine solche Zustimmung ist natürlich weiter nichts als eine mangelhaft verhüllte Ablehnung.

Der Pole v. Dziewowski-Pomian machte sich noch den Spah, in diplomatisch gewählten Worten die Haltung seiner Fraktion völlig ins Unklare zu setzen. Dann wurde die Debatte vertagt. Morgen werden die Freisinnigen und die Antisemiten staatsmännisch Stellung nehmen zu der sogenannten Finanzreform. Doch erweckt das keinerlei besondere Neugier mehr, da die eigentliche Entscheidung heute bereits gefallen ist. Die Regierung bekommt keinesfalls eine Majorität für ihre Pläne zusammen.

Angehts des Wirrwarrs, der sich da herausgebildet hat, wäre es das natürlichste, daß die Regierung der eindringlichen Mahnung Singers Folge leistete, den Reichstag aufzulösen. Aber das Natürlichste ist bei unseren verjunkteten Verhältnissen nicht das Wahrscheinliche. Die Entscheidung vertagen und fortwursteln ins Blaue hinein, das erscheint Politikern vom Kaliber Bülow's am ratsamsten. Jedoch so oder so, Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, früher oder später das Volk zur gründlichen Abrechnung mit den Bülowiten aufzurufen.

Liberale Sünden.

Die politische Situation ist so verworren wie je und daß Bülow's Rede daran etwas geändert hat, wagen selbst seine Bewunderer nicht zu behaupten. Sogar sein Leisofiziosus in der „Frankf. Bzg.“, der von der Melancholie seines Herrn angesteckt worden ist, meint resigniert, es sei der „letzte Versuch, aus einer seit Monaten schwer verfahrenen Situation doch noch die Steuerreform mit einer allgemeinen, gerecht wirkenden Vermögenssteuer, für die auch die Linke stimmen könnte, zu retten; ein Versuch nicht mit untauglichem Mittel, aber vielleicht oder höchstwahrscheinlich einige Monate zu spät angewandt“.

In der Tat lehrt ein Blick in die verschiedenen Organe der Parteien, daß die Bemühungen Bülow's völlig vergeblich waren. Die „Deutsche Tagesztg.“ verlangt in höflichen Worten, aber in der bestimmtesten Weise die völlige Unterwerfung unter das agrarische Steuerdiktat: dann könne ja Bülow ruhig Kanzler bleiben und, den Agrariern völlig ausgeliefert, die Gebote des Herrn v. Heydebrand weiter ausführen. Die Zentrumsblätter weisen kühl die Vorwürfe wie die Annäherungsversuche des Kanzlers zurück und nur die nationalliberalen Organe sind etwas hoffnungsfreudiger.

Aber wirklich mit Unrecht, denn der Gegensatz der herrschenden Parteien spitzt sich immer mehr zu. Konservativ und Zentrum müssen natürlich der liberalen Vermögensforderung eine andere entgegensetzen und hoffen mit dem demagogischen Trick der Börsenspekulation ihren Gegnern den Rang abzulaufen. Sie können daher jetzt weniger als je auf die Kotierungssteuer verzichten, die die Börse und die Hochfinanz trifft, damit aber verwunden sie die Liberalen an der schmerzhaftesten Stelle. Diese sind ohnehin schon schlimm daran.

Der Verrat an dem eigenen Steuerprogramm erweist sich jetzt immer mehr als eine politische Dummheit ersten Ranges. Daß die Erbschaftsteuer ein lächerlicher Torso geworden ist, können sie selbst nicht bestreiten, und so wird ihre Angst immer größer, daß diese Kumpfssteuer doch nicht mehr ausreichen werde, um die Zustimmung zu den 400 Millionen indirekter Steuern in den Augen ihrer Wähler aus dem schwer belasteten Mittelstand zu rechtfertigen, während ihre Geldgeber aus Börsen und Bankkreisen doch bei den Hottentottenwahlen nicht ihre Unterstützung dafür gewähren wollen, um neue Lasten aufgeschult zu bekommen. Die „Frankf. Bzg.“ hält daher auch das neue Steuerprogramm für die Liberalen für unannehmbar. Sie schreibt:

„Das Gesamtbild des Regierungsplans ist also folgendes: die Regierung schlägt dem Reichstag eine Reform vor, die zu einem Zehntel aus einer der Linken sympathischen Verschönerung, zu neun Zehnteln indessen aus einem gedankenlosen Gemisch von Verlehrs-, Konsum- und ähn-

lichen Steuern fragwürdigster Art besteht. Auf dieser Grundlage halten wir eine Verständigung mit der Linken über die Reform für absolut ausgeschlossen; auch die Nationalliberalen würden die Situation vollständig verfehlen, wenn sie wegen des einen Zehntels Erbschaftsteuer die übrigen neun Zehntel mitzuschlucken wollten.“

Aber die Liberalen haben sich schon viel zu sehr auf die indirekten Steuern festgelegt und sich zu stark kompromittiert, um jetzt so leicht zurück zu können. Nur daß ihnen jetzt auch alle Nachgiebigkeit nicht mehr viel nützen kann. Denn für die Agrarier handelt es sich in der Tat nicht um die Entscheidung in der Finanzreform allein, sondern sie kämpfen um die ungestörte Fortdauer ihrer Herrschaft, die vor allem im preussischen Dreiklassenwahlrecht verankert ist. Und so rächt sich auch die zweite Verräterei der Liberalen und besonders der Freisinnigen. Wären sie nicht dem sozialdemokratischen Wahlrechtskampf so schmählich in den Rücken gefallen, hätten sie unsere Anstrengungen und Demonstrationen nicht unaufhörlich belämpft, hätten sie selbst, statt den Wahlkampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie zu führen, einen wirklichen Wahlrechtskampf geführt, dann wären heute die Agrarier nicht mehr die Angreifer, wären längst in der Verteidigungsstellung und hätten nie das Spiel wagen dürfen, das sie in der Finanzreform gespielt haben. Mit den Agrariern wird das liberale Bürgertum allein nicht fertig, aber die Unterstützung der Arbeiter zu gewinnen, dazu bedarf es anderer Kampfmittel. Mit den 55 Millionen Erbschaftsteuern werden die Liberalen keinen Hund vom Ofen loden.

Der Zweibund der Spitzel.

Das Spitzeltum ist eine europäische Macht, wie man in leichter Umformung eines Wortes von Lassalle sagen kann; es gibt eine Internationale des Spitzeltums: diese Erfahrung aus zahlreichen politischen Prozessen der letzten Jahrzehnte hat auch der Geheimbundprozess, der am 9. und am 10. Juni vor dem Landgericht Dresden verhandelt worden ist, in eindringlicher Weise von neuem bestätigt. Das Wesen dieser Internationale verbietet freilich alle die Lebensäußerungen, wodurch andere, von Volk zu Volk gehende Bewegungen ihr Dasein und ihre Kraft bekunden. Kein internationaler Kongress vereint die dunklen Ehrenmänner zur Verabredung von Fragen des Prinzips, der Taktik und der Organisation politischer Spionage. Keine Zeitung oder Druckschrift vertritt die „berechtigten Interessen“ des internationalen Spitzeltums. Im Gegenteil: Während für alle Bestrebungen, die dem Wohle der Völker dienen, die breiteste Öffentlichkeit notwendige Bedingung des Lebens und Wirkens ist, muß sich die „Arbeit“ des Spitzels, eben weil sie dem Wohle des Volkes und des Einzelnen zuwiderläuft, und weil sie die Mittel der Lüge, der Fälschung und des Betrugs anwendet, in das Dunkel und in die Heimlichkeit verfrachten. Und gelingt es von Zeit zu Zeit, die Heimlichkeit in die Öffentlichkeit, in das Dunkel Licht zu bringen, so ist es sehr gegen den Willen der Herren Spitzel, und die gebendsten Maulwürfe rennen wild durcheinander und versuchen, rasch noch ihre Spuren zu verschütten.

Der Dresdener Prozeß hat vorzügliche Gelegenheit gegeben, das Wirken der Spitzelspitzel zu beobachten, das vor den Grenzen des Landes nicht Halt macht und mit gleicher Liebe Vertreter mehrerer Nationen als Objekte der Gefinnungsschnifferei umfaßt.

Am 27. Februar 1900 wird in Berlin ein russischer Schriftsteller verhaftet, der sich seit kurzer Zeit erst in Berlin aufhält und keinerlei Verkehr mit irgend welchen „verdächtigen“ Ausländern oder Inländern hat. Die Verhaftung erfolgt unmittelbar, nachdem der Russe aus mehreren deutschen Städten Briefe erhalten hat, worin er ersucht wird, den russischen Studenten und dem ganzen russischen Publikum an jenen Orten Vorträge über den Dichter Leonid Andrejew und andere literarischen Thomata zu halten. Wer erkennt nicht schon hier das Walten der dunklen Ehrenmänner, die die deutsche Polizei gerade in dem Augenblick auf den „guten Fang“ hinweisen, wo die Entdeckung der durch die Briefe erweisbaren literarischen „Verschwörung“ zu erhoffen ist. Da wir im Lande der vollendeten Rechtsgarantien leben, die sich selbstverständlich auch auf den Ausländer erstrecken, wird der russische Schriftsteller ohne den Schatten eines Rechts, ohne die Spur eines Verdachts strafbarer Handlungen, 36 Stunden lang in Haft gehalten. Vielleicht aber bestand die polizeiwidrige Handlung oder vielmehr das polizeiwidrige Vorhaben des Schriftstellers darin, daß er literarische Bildung verbreiten wollte.

Die Dresdener Polizei, der die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums ihre große Entdeckung zuerst mitteilte, wollte natürlich hinter dem großen Bruder in Berlin nicht zurückbleiben. Auch sie hat einen Beamten, der auf Russen gut abgerichtet ist, und sich denn auch so drollig zu benehmen versteht, wie der Kriminalkommissar Messerschmidt genannt v. Arnim zu Berlin, der mit dem Zeugeneide bekräftigt hat, daß der 1906 in Amerika verstorbene Hans Most noch 1907 in London gelebt habe, und der, um einen russischen Schriftsteller als „radikal“ zu denunzieren, die „Dswobodshdenje“ („Die Befreiung“) des nationalliberalen Russen Peter

don Strube mit der Moskischen „Freiheit“ verwechselt hat. Der Dresdener Anim heißt Posselt. Besagter Posselt also begibt sich auf die Berliner Meldung hin sogleich auf die Russenbege und in Mittweida findet er unter den Russen Leute, die ihm „als nicht genannt sein wollende Zeugen“ geheimnisvolle Mitteilungen über ihre „revolutionären Landknechte“ machten. Bei seiner Vernehmung als Zeuge nannte er diese russischen Geschichtenerzähler „bessere Russen“, „lokale Russen“, „besser gestimmte Russen“ und „Deutsch-Russen“ und brachte sie in Gegensatz zu den „revolutionären Russen“; womit freilich mehr Einsicht in die Denkartweise des Herrn Posselt, als in das bunte Völkergemisch von Russland gewonnen ist.

In diesen amtlichen Leistungen von Berlin und Dresden hatte der Gerichtshof offenbar genug. Weitere Weisungsanträge der Verteidigung über die Tätigkeit russischer Spitzel in Deutschland und ihre Zusammenwirken mit deutschen Polizeibehörden wurden abgelehnt. Immerhin gab der Gerichtshof noch dem Kriminalkommissar v. Anim Gelegenheit, sein Zeugnis auf die Frage zu verweigern, ob er im Dezember 1907 die Photographie eines ausgewiesenen russischen Staatsangehörigen im photographischen Atelier des Polizeipräsidiums hat verbleiblich gelassen und an die russischen Grenzämter hat versenden lassen. Auch konnte ein deutscher Parteigenosse als Zeuge bekunden, daß ihm vor einigen Jahren ein Berliner Polizeibeamter Geld angeboten hat für Nachrichten über Russen; „die deutsche Polizei hat sich seitdem nicht gebessert“, so konnte einer der Verteidiger den aktuellen Wert dieser Aussage in glücklicher Zusammenfassung kennzeichnen.

Von besonderem Interesse war aber die Begründung, die das Gericht der Ablehnung der Weisungsanträge gab. Es hat als wahr angenommen, daß die Angeklagten begründete Besorgnis vor russischen Spitzeln und „damit indirekt vor den deutschen Polizeibehörden“ gehabt haben. Das ist nun schon die zweite gerichtliche Feststellung dieses Zusammenhangs zwischen deutschen Behörden und russischen Spitzeln. Genau mit derselben Begründung hat die Berliner Strafkammer im Geheimbundsprozess Trofimoff (Dezember 1907) die ähnlichen Weisungsanträge des Verteidigers abgelehnt.

Nach der Absicht des Staatsanwalts sollte im Dresdener Prozesse nicht die Internationalität des Spitzeltums, sondern die strafbare Verbindung zwischen russischer und deutscher Sozialdemokratie erwiesen werden. Weil der deutsche Parteigenosse Krosan in Dresden für Russen bestimmte Briefe empfangen hatte, wurde er in den Geheimbundsprozess hineingezogen; und um in ihm die deutsche Partei zu treffen, machte ihn der Staatsanwalt zum Führer der Dresdener Parteigenossen. Aber die internationalen Bestrebungen der deutschen und der russischen Sozialdemokratie lagen selbst für die Dresdener Strafkammer so offen zu Tage, daß sie auf den Versuch verzichtete, daraus einen Geheimbund zu machen, und betrubt mußte der Staatsanwalt diesen Teil der Anträge fallen lassen.

Und noch eines ist in dem Dresdener Prozess erkennbar geworden: Um einen Geheimbundsprozess von Russen mit oder ohne Verbindung mit Deutschen zu konstruieren, sind allem Anscheine nach fehlerhafte Uebersetzungen nötig. Die „Uebersetzungsfehler“ des russischen Konsuls in Königsberg, die damals in dem Königsberger Prozess eine so große Rolle gespielt haben, sind noch in aller Erinnerung. Aber auch in Dresden begann das Verfahren mit einem ganz auffallenden Uebersetzungsfehler. Der Fortschritt, den wir seit fünf Jahren gemacht haben, liegt darin, daß in Königsberg ein russischer Beamter, jetzt aber ein deutscher Beamter die falsche Uebersetzung geliefert hat.

Bei dem oben erwähnten Schriftsteller fand die Berliner Polizei einen aus Dresden herrührenden, von dem Angeklagten Beskin geschriebenen Brief. Er bezog sich auf den Vortrag, den der Schriftsteller in Dresden halten sollte, und lautete an der entscheidenden Stelle in richtiger, wörtlicher Uebersetzung folgendermaßen:

„Da die Vorträge hier legal, mit Anmeldung bei der Polizei veranhalten werden, so bitten wir Sie, mitzutheilen, unter welchem Namen Sie auftreten werden, und welche Antwort wir auf die Frage, woher Sie kommen, zu geben haben.“

Daraus macht der Beamte der VII. Abteilung, der den Brief übersetzt hat, folgendes:

„Da die Vorträge hier geheim veranstaltet werden, so bitten wir, uns mitzutheilen, unter welchem Namen Sie hier auftreten wollen, und falls angefragt wird, von wo Sie kommen, welchen Ort wir angeben sollen.“

Wir sind zu höflich, selbst bei dieser Leistung an dem guten Glauben des betreffenden Beamten zu zweifeln, dürfen aber folgendes feststellen: Diese Uebersetzungsleistung ist nur mit dem ganzen Aufgibt eines sehr starken Glaubens von einer Fälschung zu unterscheiden und zeugt von einer absoluten Unfähigkeit des Uebersetzers.

Die Leistung jenes Beamten der VII. Abteilung wäre nur komisch, wenn es eine Uebersetzungsarbeit gewesen wäre. Sie ist aber unter der Autorität des Berliner Polizeipräsidenten nach Dresden geschickt, dort zur Grundlage des ganzen Verfahrens gemacht worden und war die teils unmittelbare, teils mittelbare Ursache dafür, daß acht junge Leute, die ruhig ihren Studien nachgegangen sind und niemanden gekränkt haben, beinahe drei Monate in Untersuchungshaft gefesselt haben. Dafür wird Herr von Moltke, als oberster Chef dieses Uebersetzers und des Polizeipräsidenten von Berlin, Rede zu stehen haben. Niemand wird behaupten wollen, daß der Polizeipräsident absichtlich einen unfähigen Uebersetzer unter seinen Beamten ausgewählt habe, um diese folgenschwere Uebersetzung anzufertigen. Aber daß sich die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums nicht fähiger Uebersetzer bedient, trotz der ungeheuren Summen, die ihr die bürgerlichen Parteien ohne den Zwang zur Abrechnung anbrachten, auch dafür wird Herr von Moltke sich zu verantworten haben.

Russische und deutsche Polizei im trauten Verein, die Landknechte gegenseitig beschneidend, beide mit falschen Uebersetzungen arbeitend: Wir haben's herrlich weit gebracht!

Im Anschluß an diesen Artikel bemerken wir folgendes: Die Schwierigkeit der telephonischen Uebersetzung haben den von uns veröffentlichten Prozessbericht eine Fassung annehmen lassen, die, wie wir uns nachträglich überzeugt haben, den wirklichen Vorgang in Einzelheiten nicht richtig wiedergibt. Namentlich haben die Reden der Verteidiger unter den besagten Schwierigkeiten zu leiden gehabt.

Die Militärausgaben vor der italienischen Kammer.

Rom, 14. Juni. (Sig. Ver.)

Mit der großen Mehrheit, die von vornherein vorausgesehen war, ist die Vorlage für die neuen Militärausgaben in erster Lesung durchgegangen. An ihrem Schicksal bei den weiteren Lesungen ist natürlich nicht zu zweifeln. Außer sämtlichen Sozialisten stimmten nur wenige Radikale und Republikaner gegen die Vorlage.

Von den sozialistischen Abgeordneten haben die Genossen Cicotti, Bissolati und Turati das Wort genommen. Cicotti führte aus, daß die Vorbedingungen und die Aussichten des Krieges heute durch die Existenz eines Massenbewußten Proletariats anders geworden seien. Auch für das Proletariat sei das Vaterland als Ausdruck von Gefühlen und Ueberlieferungen eine Realität, aber es sei höherer und umfassender politischer Ideale untergeordnet. Die Unsicherheit über die Stellungnahme des Proletariats in einem internationalen Konflikt sei für die herrschenden Klassen ein Zaun gegen das leichtsinnige Herausfordern eines Krieges. Aber abgesehen von den Erwägungen, die das Proletariat zum Gegner des Krieges machten, müge die Bourgeoisie durch neue Rüstungen nicht einmal ihrem eigenen Interesse. Dabei ließe kein anderes Land seine Kulturaufgaben so sehr hinter den Militärforderungen zurückstehen, wie gerade Italien.

Genosse Bissolati vertret folgende Tagesordnung: „In der Ueberzeugung, daß die neuen Rüstungen den Zwecken jener unabhängigen und friedlichen Politik zuwiderlaufen, die Italien durch die gegenwärtige internationale Lage freigestellt ist, verwirft die Kammer den Gesetzesentwurf.“ Redner weist darauf hin, daß er seinerzeit in der Kammer die Notwendigkeit vertreten hätte, die Summe festzusetzen, die das Land seiner wirtschaftlichen Lage nach für seine Verteidigung ausgeben kann, um dann auf dieser Grundlage die beste Ordnung des Militärwesens festzusetzen. Gegen diesen seinen Vorschlag sagte man, daß es für diese Reform zu spät sei. „Wenn dem so wäre“ ruft Bissolati aus, „so würde ich nicht nur eine halbe, sondern eine ganze Milliarde bewilligen.“ (Weißl. Widerspruch.) Sogar die Kommission der Erhebung über die Geesververwaltung sei von der Vorstellung einer dringenden Gefahr befreit. Durch diese falsche Vorstellung riskiert man, jetzt das zu verabschieden, was man später gut brauchen könnte. Redner zeigt, daß Italien durch seine Rüstungen alle Mächte mit Mißtrauen erfüllte. In Deutschland und Oesterreich würde man sehr wohl verstehen, daß Italien an einem englisch-deutschen Konflikt nicht teilnehmen könnte. Wohl aber kann Italien sich verpflichten, Oesterreich nicht anzugreifen. Wenn wir also ehrlich erklärten, daß wir keine irredentistischen Gelüste haben, und Oesterreich seinerseits keine Invasionsgelüste hat, so fehlt es an jedem Anlaß zum Zwist. Redner glaubt, daß nach der Annexion von Bosnien und dem Einberufen über die Bahn von der Donau bis zum Adriatischen Meer, der Marsch Oesterreichs nach Saloniki zum Stillstand gekommen sei. Auf keinen Fall verlohne es für Italien nicht, Hunderte von Millionen auszugeben. Zusammenfassend sagt Bissolati, daß die heutige internationale Situation Italien eine neutrale und unabhängige Stellung erlaubt. Keine der beiden Gruppen der Großmächte hätte Interesse, Italien von dem Terrain der Neutralität abzubringen. Daher könnte man die Rüstungen jetzt auf ein Mindestmaß beschränken.

Turati vermutet, daß man in dem Entwurf nur die erste Etappe eines langen Weges vor sich habe. Er weist dann darauf hin, wie unwahrscheinlich ein Krieg in Europa und besonders in Italien sei. Gegen einen Krieg mit Frankreich würde sich das Volkswußtsein beider Länder auflehnen. Für einen Krieg mit Oesterreich fehlt jeder ernste Anlaß, und Redner könne nicht annehmen, daß die Regierung ihn leichtsinnig herausfordern wolle. Vor einem Angriffskrieg Oesterreichs brauche man keine Furcht zu haben. Wenn es dazu käme, würden aus dem Volke zu Tausenden die Kämpfer entstehen. Der italienischen Verstärkung der Rüstungen müßten Verstärkungen auf der anderen Seite folgen und so ein tolles Wettrennen beginnen, das zum Abgrund führt. Da auch die Neutralität nicht waffenlos sein könne, so will Redner die Militärausgaben gelten lassen, solange sie sich nur in den heutigen Grenzen halten, die das Maß des Erträglichsten nicht übersteigen. So könnte man die Lebensenergie des Landes entwickeln und ein Heer starker, gut genährter, gut unterrichteter, pflichttreuer Soldaten haben.

Genosse Morgari hatte, auch im Namen seiner integralistischen Kollegen eine Tagesordnung vorgelegt, die den Gesetzesentwurf zurückwies und die Regierung aufforderte, eine internationale Konferenz für die Abrüstung einzuberufen. Zur Begründung dieser Tagesordnung kam es aber nicht.

Natürlich war der Republikaner Vargilai einer der eifrigsten Verfechter der neuen Militärausgaben. Soweit unser Korrespondent. Auch bei dieser Gelegenheit müßten wir bemerken, daß so selbstverständlich es war, daß unsere Genossen die neuen Forderungen des Militarismus verweigerten, wie insbesondere in den Ausführungen des Genossen Turati die prinzipielle Klarheit darüber vermissen, daß es sich der Sozialdemokratie nicht nur nicht um die Verhinderung der Rüstungsvermehrungen handelt, sondern um völlige Beseitigung des Militarismus durch Einführung des Milizsystems.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juni 1909.

Keine Verschiebung.

Die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die Aufhebung der Prämien auf die Getreideausfuhr und die Getreidezölle ist den agrarischen Wortführern sichtlich unangenehm. Die „Arbeitszeit“ hat die Unerschämtheit zu verlangen, daß die Interpellation in dieser Session überhaupt nicht mehr zur Verhandlung kommen solle. Da wird sich das Bucerorgan denn doch täuschen. Vorläufig bestimmen die Junker noch nicht über die Geschäftsbehandlung im Reichstag und wir zweifeln nicht daran, daß das Reichstagspräsidium, in dem ja auch zwei Liberale sitzen, deren einer ein eragierter Freihändler ist, die sozialdemokratische Interpellation gemäß dem Versprechen des Grafen Stolsberg, sobald es die Geschäfte erlauben, auf die Tagesordnung setzen wird. Die Zeit dazu wird um so eher gefunden werden müssen, als es sich dabei um ein wirkliches Lebensinteresse des deutschen Volkes handelt, das jedenfalls viel dringender ist, als die Belastung mit neuen Steuern. Das Junkerblatt erlaubt sich, die Interpellation über die wichtigste und dringendste Angelegenheit des deutschen Volkes als einen Obstruktionsversuch gegen die Finanzreform hinzustellen. Die Verdächtigung ist ja leicht erklärlich. Aus den Hungernotpreisen fliehen ja die glänzenden Gewinne der Junker und um diesen Strom von Gold, der sich seit der Erhöhung der Getreide-

zölle in die Taschen der Großgrundbesitzer ergossen hat, vor jedem Beitrag zu den Staatsbedürfnissen zu schützen, wollen die Junker bei der Verteilung der Erbschaftsteuer nicht gestört sein. Aber daß die verderblichen Folgen der agrarischen Politik mit allem Nachdruck im Reichstag zur Sprache gebracht werden, das bleibt den Herren nicht erspart, und daß dies bald geschehen muß, dafür spricht die Dringlichkeit des Notstandes, der durch die unerhörte Teuerung verursacht worden ist.

Schahsekretär Sydow der Vater der Parfümsteuer.

Die „Königsberger Hartungische Zeitung“ behauptet, daß nicht der Abg. Erzberger, der die Parfümsteuer beantragt hat, der Urheber ist, sondern der Schahsekretär Sydow, der schon seit geraumer Zeit einen Entwurf für diese Steuer fertig hat. Das freisinnige Blatt meint, daß die Begriffe, die Herr Sydow von den Obliegenheiten eines Reichsschahsekretärs hat, immer rätselhafter werden.

„Völlig erledigt.“

Auf die schweren Anschuldigungen, die die Dortmund. „Arbeiterzeitung“ gegen die Verwaltung des Hüttenwerkes Phönix in Hörde-Dortmund erhoben hat, erklärt die Werkverwaltung am Donnerstagmorgen in der Dortmund. Zeitung, daß das Werk einen ausführlichen Bericht des Generaldirektors an den Präsidenten der Eisenbahndirektion Essen gegeben habe. Der letztere habe daraufhin erklärt, daß für die Eisenbahnverwaltung durch den Bericht die Angelegenheit völlig erledigt sei; ferner habe der Präsident in seiner Erwiderung bemerkt, daß er dem Bericht der Direktion mehr glauben könnte als den Veröffentlichungen der „Arbeiterzeitung“, er verzichte ausdrücklich auf die von Phönix angebotenen Nachweisungen über die Wagenladungen des letzten Jahres.

Die Antwort des Eisenbahnpräsidenten muß um so merkwürdiger erscheinen, als die „Arbeiterzeitung“ bekanntlich erst dieser Tage für den 17. April d. J. sechs Waggons mit Stationen und Positionen bezichnete, die in Summa mit 25 000 Kilogramm überladen waren. Das gute Verhältnis zwischen Großindustrie und Staatsverwaltung wird durch die präsidiale Entschärfung hell beleuchtet.

Eine gute Antwort

haben am Dienstag die Genossen von Gera auf einem Uebergriff der Polizei. In der Partei vereinsversammlung erschien ein Polizeibeamter zur Ueberwachung. Die Aufforderung des Vorsitzenden, den Saal zu verlassen, erwiderte er, daß er nur der Gewalt weichen werde. Die Versammlung beschloß darauf, Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gegen den Beamten zu stellen und die Versammlung zu schließen. Der Schumann wollte nun erst gehen, wenn der Saal sich geleert habe. Die meisten Besucher erifernten sich darauf und setzten sich in den Garten. Rummel ging auch der Schumann. Die Anwesenden gingen darauf wieder in den Saal, verschlossen die Türen und erledigten ohne polizeiliche Aufsicht die festgesetzte Tagesordnung. Schulknechte versuchten vergeblich, Einlass zu erlangen.

Die Vergesselnovelle in der Herrenhauskommission.

Die Handelskommission des Herrenhauses hat die Novelle zum Vergesseh mit geringen Änderungen angenommen. Die wichtigste Änderung besteht darin, daß die Herrenhauskommission die Verhältnismäßigkeit der Sicherheitsmänner nicht, wie das Abgeordnetenhaus, für obligatorisch, sondern nur für zulässig erklärt hat.

Der Kampf um die Seelen der Eisenbahner.

Der preussische Eisenbahnminister interessiert sich sehr für die Seelische „Seelen“ Beamten. Er hat folgende Verfügung erlassen:

„Von dem „Christlichen Zeitschriftenverein“ in Berlin ist ein neues Verzeichnis von Fachliteratur für Eisenbahnbeamte sowie eine Druckchrift „Soldatenbüchereien“ herausgegeben worden, die eine geeignete Bücherwahl aus den Wissensgebieten von allgemeiner Bedeutung bietet. Unter Hinweis auf den Erlass vom 27. 8. 06 IV. B. 5/231 mache ich die königliche Eisenbahndirektion auf diese Schriften aufmerksam, von deren Erscheinen auch den Eisenbahnvereinen Kenntnis zu geben ist. Gleichzeitig bringe ich den Erlass vom 17. 4. 08 — IV B 5/242 in Erinnerung, wonach es sich empfiehlt, bei Beschaffung von Lesestoff für die Uebernachtungs- und Aufenthaltsräume und bei der Ausrüstung von Büchereien die von der Christenvereinsanstalt des Zeitschriftenvereins herausgegebenen kleineren patriotischen, geschichtlichen und sonstigen Schriften zu berücksichtigen und auch die Eisenbahnvereine auf diese Schriften hinzuweisen.“

gez. v. Dreitenbach.

Der Christliche Zeitschriftenverein verlegt allerlei muerische und hurratriotische Machwerke, die kein vernünftiger Mensch lesen kann, ohne Bauchgrimmen zu bekommen. Wenn Herr v. Dreitenbach damit die Seelen der Eisenbahner vor dem Umsturz zu bewahren hofft, so können wir damit sehr zufrieden sein.

Auch eine Reform.

Im Reichsjustizamt besteht, so wird gemeldet, die Absicht, mit der Reform des Strafgesetzbuches eine Reform des Strafvollzugs zu verbinden. Sie soll sich darauf beschränken, die Konkurrenz der Gefängnisarbeit für die vielen Verurteilten zu beseitigen. — Ein Gesetz, das die ganze Materie des Strafvollzugs regelt, wird seit Gründung des Reiches gefordert! —

Die vierte Klasse soll bluten.

Am Mittwoch hat bei der Generaldebatte des Eisenbahnetats im württembergischen Landtag der Ministerpräsident v. Weizsäcker erklärt, es müsse, um das Defizit der Eisenbahnverwaltung zu beheben, der Kilometerfahrpreis für die vierte Klasse von 2 Pf. auf 2 1/2 Pf. erhöht werden. Der Landtag verweigerte die Verhandlung und Entscheidung auf einige Wochen — bis nach Erledigung der Fahrkartensteuer im Reichstage.

Die Biergläser werden kleiner.

Der Bundesrat hat das Gesetz über die Schankgefäße geändert. Jetzt wird das Raummah der Gläser in 1/10 Liter angegeben. Künftig soll es in 1/10 Liter angegeben werden. Auf diese Weise hofft man, die Abwägung der Brausteuer auf die Viertrinkler leichter bemesseln zu können. Um übermäßiges „Schneiden“ zu verhindern, soll das Schaummaß um 2 Zentimeter erhöht werden. Die Gläser werden sonach kleiner, das Bier wird teurer und das schlechte Einschänken wird doch nicht beseitigt.

Der Köhlbrandvertrag abgeschlossen.

Die Hamburger Bürgerchaft stimmte am Mittwochabend einstimmig der Köhlbrandvorlage zu. Damit ist der Staatsvertrag zwischen Preußen und Hamburg endgültig angenommen.

Ein Handelsvertrag mit Venezuela.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde den Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaat Venezuela die Zustimmung erteilt.

Oesterreich.

Nationalistische Krawalle.

Triest, 17. Juni. Gestern abend gegen 9 Uhr kam es vor dem Narodni-Dom zu Zusammenstößen zwischen Italienern, Slovenen und der Sicherheitswache. Die Gendarmerie trennte die Parteien und räumte den Platz. Von einem Fenster des Vereinstokales der Mazzinianer wurde ein Revolverbeschuss abgefeuert, durch den ein Passant verletzt wurde. Die Polizei drang sofort in das Gebäude ein und nahm eine Durchsuchung vor. Hierbei wurden verschiedene Waffen gefunden. 40 Mazzinianer, darunter deren Führer, wurden verhaftet. Insgesamt wurden im Laufe des Abends 120 Verhaftungen vorgenommen. Gegen Mitternacht trat Ruhe ein.

Frankreich.

Gegen den Zarenbesuch.

Paris, 17. Juni. Der sozialistische Verband des Seine-Departements erhob in einer gestern angenommenen Resolution scharfsten Protest gegen den Besuch des Zaren in Cherbourg.

Die gefälschte Abstammung.

Paris, 17. Juni. Der Antrag Vertheaux betreffend die Altersversorgung der Eisenbahnbeamten ist nach einer neuerlichen Verhütung mit einer Mehrheit von nur einer Stimme abgelehnt worden.

Entfernte amtliche Dokumente.

Paris, 17. Juni. Infolge des Beschlusses der Marine-Untersuchungskommission hat Marineminister Picard den Kommandanten des Marineinvalidentfonds Vittona vorgeladen, der beschuldigt ist, seinerzeit als Sekretär des früheren Marineministers Pelletan widerrechtlich amtliche Schriftstücke an sich genommen zu haben. Falls der Marineminister die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung anordnen sollte, wird das Toulonsee-Bezirksgericht mit der Angelegenheit betraut werden.

Der Streik der Seeleute.

Marseille, 17. Juni. Die Heizer und Matrosen der Schlepptanker im Hafen von Marseille haben sich mit den eingeschriebenen Seeleuten solidarisch erklärt und sind in den Ausland getreten.

Der Eisenbahnerstreik in Korsika.

Paris, 17. Juni. Die „Ego de Paris“ aus Ajaccio gemeldet wird, sollen morgen in Bastia zweihundert Geniesoldaten eintreffen, um den insolge des bereits fünf Wochen andauernden Eisenbahnerstreiks unterbrochenen Eisenbahndienst wiederherzustellen. Da man Sabotage befürchtet, werden die Bahnstrecken und Bahnhöfe militärisch bewacht.

England.

Gegen die Schande des Zarenbesuches.

London, 16. Juni. (Fig. Ver.) Die Zusammenkunft zwischen Zar und König in Cowes wird nicht ohne scharfen Protest von Seiten der Arbeiter und Linksliberalen vor sich gehen. Der Vorstand der Arbeiterpartei wird in seiner nächsten Sitzung eine Resolution annehmen, die die Zusammenkunft verdammt. Es werden sodann öffentliche Arbeiterversammlungen einberufen werden, denen die Resolution vorgelegt werden wird.

Der Unliberale Abgeordnete Gooch stellte gestern an den Premierminister die Frage, ob er dem Parlament Gelegenheit geben wird, seine Ansicht über den bevorstehenden Besuch des Zaren auszusprechen. Esquith antwortete: „Der Besuch wird zu Anfang August stattfinden, während der Etat des Ministeriums des Kaisers einige Tage vorher vor das Parlament kommt“. Esquith wollte also sagen, daß das Parlament Gelegenheit haben wird, noch vor dem Besuche seine Ansicht darüber zu äußern.

Im Parlament ist die Ansicht verbreitet, daß es notwendig sei, im ganzen Lande Versammlungen zum Protest gegen den Zarenbesuch einzuberufen.

Der radikale Abgeordnete Arthur Ponsonby wird am Donnerstag den Minister des Meisters darüber befragen, ob er dem Parlament darüber Auskunft geben kann, warum die Reise russischer Schullehrer nach London von der russischen Regierung verboten worden ist.

Wie man sieht, treffen die Arbeiter und die freisinnigen bürgerlichen Kreise Vorkehrungen, dem Zaren ihre Verachtung auszusprechen.

London, 16. Juni. Abg. Thorne (Arbeiterpartei) fragte in der Sitzung des Unterhauses, ob dem Staatssekretär die lebhafteste und stetig anwachsende Abneigung eines Teiles der Bevölkerung gegen den Besuch des Zaren bekannt sei? „Es wäre sehr gut, wenn das russische Volk —“ Hier unterbrach der Sprecher den Interpellanten mit der Bemerkung, daß dieser augenscheinlich im Begriffe stehe, eine Rede zu halten, statt eine Frage zu stellen. Sir Edward Grey wiederholte, daß die Regierung sich für den Besuch nach jeder Richtung hin verantwortlich halte. Der Liberale Herbert sagte: „Wird in Verbindung mit diesem Besuche eine Ausgabe öffentlicher Gelder stattfinden? Und wird in diesem Falle dem Hause ein Kredit unterbreitet werden, bevor diese Ausgaben gemacht sind?“ Der Staatssekretär beantwortete diese Fragen verneinend. Der Liberale Macarney fragte: „Ist es zu spät, um dem Besuche einen privaten, statt des amtlichen Charakters zu geben?“ Grey sagte: „Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß der Besuch des Kaisers von Russland beim König von England sich anders gestalten, als die Besuche des Zaren bei den anderen Staatsoberhäuptern.“ Der Abg. Thorne machte hier die Bemerkung, er hoffe, dem Zaren werde widerfahren, was ihm gebühre. Der Sprecher rügte diese Bemerkung, die einem befreundeten Monarchen gegenüber nicht am Platze sei. Dies veranlaßte den Abgeordneten zu dem Ausrufe: „Der Zar ist ein unmenschliches Tier.“

Die konserverbalbigen Organe tun natürlich über diese treffende Charakteristik sehr entrüstet. Dagegen protestieren die radikalen „Daily News“ gleichfalls in scharfster Weise gegen den Besuch des Despoten.

Arbeitsbüros.

London, 16. Juni. Im Unterhause wurde heute die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Einrichtung eines Arbeitersbürosystems einstimmig angenommen.

Persien.

Die Lage in Tabris.

Tabris, 17. Juni. (Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der hiesige türkische Generalkonsul ist für den Sommer in die Ortshaus in der Nähe von Tabris übergesiedelt und hat Sattar Khan und Dahir Khan mit ihren Anhängern im Konsulat zurückgelassen. Die letzteren benutzen seine Abwesenheit und singen an, im Konsulatsgebäude

Versammlungen abzuhalten, die einen fürnirischen Verlauf nahmen. Ferner erneuerten sie in der Stadt ihre Agitation für Schließung der Bazare. Seitdem infolge Eintreffens der russischen Truppen die Unruhen eingestellt wurden, haben die einheimischen Truppen ihre früheren Einnahmen, die in den von der einheimischen Bevölkerung erpressten Geldern bestanden, verloren und bemühen sich nun, den Boden zur Wiederverneuerung der Unruhen vorzubereiten, nachdem die russischen Truppen abgezogen sein werden. Die von den türkischen Soldaten bei Salmas geschlagenen persischen Fidis treffen nach und nach in Tabris ein und bringen heimlich nachts ihre Waffen in die Stadt. Denn ungeachtet der Verleumdung der Konstitution und einer allgemeinen Amnestie haben die Fidis die Waffen nicht gestreckt und nach dem Verlust ihrer Einnahmen in Tabris wieder angefangen, die außerhalb des Wirkungskreises der russischen Truppen gelegenen Dörfer zu plündern.

Aus der Partei.

Hermann Goldsteins Beisehung.

Am Donnerstag ist unser verstorbener Genosse in Dresden zur letzten Ruhestätte gebettet worden. Das Begräbnis gestaltete sich zu einer imposanten Ehrung des toten Kämpfers. Fast alle Kreisorganisationen Sachsens, viele Gewerkschaften und die Arbeiter einzelner Betriebe in Dresden und anderen sächsischen Städten, sowie die Redaktionen der sächsischen Parteiblätter hatten Kränze und Delegationen geschickt. Vom Volkshause aus, wo die Kränze und Blumenpenden vorher ausgestellt waren, bewegte sich ein nach mehreren Tausenden zählender Zug nach dem zirkel eine Stunde entfernten Friedhofe von Sankt Pauli.

Auf dem Friedhofe erwarteten Tausende den Sarg. Der Arbeitergesangverein eröffnete die Trauerfeier mit einem Liede. Dann sprach Genosse Kollensuhr für den Parteivorstand. Die Reichstagsfraktion hatte die Genossen Stolle, Geher und Horn entsandt; Genosse Stolle nahm für sie das Wort. Im Namen des Zentralkomitees für Sachsen sprach Genosse Sandermann. Nach ihm sprachen Vertreter der sächsischen Agitationskomitees, des 10. Reichstagswahlkreises und 27. Landtagswahlkreises, deren Mandate Genosse Goldstein innegehabt hatte; den ersten Reigen schloß als Sprecher der Zwickauer Redaktionskollegen Goldsteins Genosse Friedrich. Namens der zweiten sächsischen Kammer wurde durch den Abgeordneten Dr. Kahlmorgen ein großer Lorbeerkranz mit grünweißer Schleife niedergelegt. Mit dem Gesang des Liedes: „Ein Sohn des Volkes“ schloß die Feier. Ueber dem Grabe senkten sich die alte Revolutionsfahne von 1849 und eine Fahne des früheren Volksbildungsvereins in Dresden, dessen eifriger Förderer Genosse Goldstein gewesen ist.

Zur Tagesordnung des Parteitag. Neben der „Dresdener Volkswacht“ hat auch das „Vochumer Volksblatt“ die Verhandlung der Reichsfinanzreform auf dem Parteitag gefordert, einerlei, ob sie bis zum September erledigt ist oder nicht.

Die Geldquellen der „S. M.“

Wir werden um Aufnahme der folgenden Erklärung ersucht:

Die unterzeichneten Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ haben sich durch Kenntnisnahme von den Geldquellen der Zeitschrift davon überzeugt, daß die Lauterkeit dieser Quellen und des Herausgebers über jedem Zweifel steht.

Dr. Leo Kronz, Eduard Bernstein, Dr. Bruno Vorwardt, Julius Bruns, Richard Calwer, Gertrud David, Julius Deutsch, Eugen Dieffen, Kurt Eisner, Dr. August Erdmann, Edmund Fischer, Dr. Georg Bradauer, Dr. Wilhelm Hausenstein, Ernst Heilmann, Wolfgang Heine, Adolf Heppner, Berthold Heppner, Gerhard Hilbrand, Emma Jäger, Paul Kampffmeyer, Friedrich Kleis, Wilhelm Kold, Dr. Karl Kollwitz, Franz Lauffötter, Karl Legien, Theodor Leipart, Dr. Hugo Lindemann, Paul Löbe, Dr. Heinrich Lutz, Hermann Mattutat, Dr. Max Raurenbrecher, Dr. Adolf Müller, Engelbert Fernerstorfer, Heinrich Reus, Dr. Ludwig Quessel, Ludwig Radlof, Bernhard Schildbach, Dr. Konrad Schmidt, Robert Schmidt, Wilhelm Schröder, Dr. Arthur Schulz, Friedrich Stampfer, Roman Strelow, Heinrich Stühmer, Dr. Albert Südekum, Johannes Tinn, Georg von Vollmar, August Winnig, Rudolf Wiffel, Dr. Ignaz Jadel, Wally Zepfer.

Dieser große Zeugenapparat war wirklich unnötig. Daß die „S. M.“ eine Zubehörung von einem Linksliberalen erhielten, ist vom Verlog nicht bestritten worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strasfanto der Presse.

Halle, 17. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Genosse Leopold vom „Volksblatt für Halle“ wurde von der Strafkammer zu Halle a/S. wegen Verleumdung des Bürgermeisters Reichstagsabgeordneten Wilde-Eisterwerda zu 1000 M. und wegen Verleumdung eines Pastors und sechs Lehrern zu 200 M. Geldstrafen verurteilt.

Soziales.

Dem Schutz gegen unzuverlässige Bauunternehmer

soll die Novelle zur Gewerbeordnung vom 7. Januar 1907 dienen. Nach ihr ist zu untersuchen der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter, sowie der Betrieb einzelner Zweige des Baugewerbes, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbebetreibenden in bezug auf diesen Gewerbebetrieb“ dartun. Von dem neuen Gesetz machte die Polizeidirektion zu Fulda Gebrauch, indem sie gegen den Bauunternehmer Bischof aus Fulda die Klage im Verwaltungsverfahren erhob und beantragte, ihm den Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer zu untersagen, weil er unzuverlässig sei. Er sei drei Jahre lang regelmäßig die Unfallversicherungsbeiträge der Hesse-Rassanischen Bauwerksgenossenschaft schuldig geblieben und Zwangsvollstreckungen hätten keinen Erfolg gehabt. Damit sei klar erwiesen, daß er seinen Verpflichtungen als Bauunternehmer nicht nachkommen konnte. Das sei mindestens eine wirtschaftliche Unzuverlässigkeit, die die Unterjagung des Gewerbebetriebs rechtfertigen würde.

Der Beklagte entschuldigte sich mit vielfachen Verlusten und erklärte, daß er am 1. August 1908 sämtliche Rückstände und auch die laufenden Beiträge bezahlt habe. Die zeitweilige Zahlungsunfähigkeit könne nicht als wirtschaftliche Unzuverlässigkeit angesehen werden.

Der Bezirksauschuss wies die Klage ab und führte aus, eine wirtschaftliche Unzuverlässigkeit sei in einer nur eine gewisse Zeit andauernden Zahlungsschwierigkeit nicht zu erblicken, zumal, wenn es sich nur um den Rückstand von Versicherungsbeiträgen handele. Wenn Beklagter die Beiträge mit einemmal nachzahlen konnte, so beweiße dies, daß er entweder noch Kredit hatte oder infolge von Aufträgen seinen Verpflichtungen nachkommen konnte.

Die Polizeidirektion legte Berufung ein und meinte, wenn seine wirtschaftliche Unzuverlässigkeit vorläge, dann müßte doch eine moralische Unzuverlässigkeit angenommen werden. Denn wenn jemand wirtschaftlich nicht unzuverlässig sei und doch nichts tue, um die Beiträge wenigstens ratenweise zu tilgen, so sei er eben moralisch nicht zuverlässig.

Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte aber dieser Tage die Vorentscheidung mit folgender Begründung: Tatsachen, welche im Sinne des angezogenen Gesetzes die „Unzuverlässigkeit des Gewerbebetreibenden mit Bezug auf seinen Gewerbebetrieb“ dartun“, können nach den Motiven des Gesetzes sowohl auf dem Gebiete der beruflichen Sachkunde als auch auf moralischem und wirtschaftlichem Gebiete liegen. Hier stehe zur Entscheidung, ob eine wirtschaftliche oder moralische Unzuverlässigkeit vorliege. Das sei nicht anzunehmen. Es sei nur die Fortdauer der Nichtzahlung der Versicherungsbeiträge bzw. der dreijährige Rückstand dargetan. Wenn Beklagter dies durch leistungsfähiges Leben oder große Nachlässigkeit verschuldet hätte, könnte man es vielleicht berücksichtigen. Das sei aber nicht dargetan. Von einer leistungsfähigen oder ordnungsmäßigen Hinterziehung seiner Kunden und seiner Leute könne hier nicht die Rede sein. Das aber habe der Gesetzgeber nach den Motiven des Gesetzes im allgemeinen treffen wollen. Somit könne das Gesetz gegen den Beklagten nicht angewendet werden.

Billiche Arbeitskräfte

sucht sich der Buchbindermeister E. Peterling, der in der Jakobikirchstraße 2 eine Kartonnagenfabrik betreibt, durch die Einführung einer sonst in der Kartonnagenbranche nicht üblichen 14tägigen Lehrzeit zu verschaffen. Da allerdings meist sehr jugendlichen Arbeiterinnen werden bei ihrem Eintritt in den Betrieb des Herrn D. die Arbeitsbedingungen in wohl nicht immer klarer Weise mitgeteilt. Gestern klagte die Arbeiterin G. vor dem Gewerbegericht auf Zahlung von 21,50 M. rückständigen Lohn. Bei ihrem Eintritt soll ihr von einer Lehrzeit nichts gesagt worden sein. Späterhin soll ihr von Anfang an ein Wochenlohn von 6 M. zugesichert worden sein. Der Beklagte will diesen Lohn erst von der dritten Woche ab zugesichert haben, für die 14tägige Lehrzeit sollte Lohn nicht gezahlt werden. Diese Behauptung hätte aber an ihrer Wahrscheinlichkeit dadurch ein, daß der Klägerin anstatt der in den 3 Wochen als verdient zugesprochenen 9 M. nur 6,70 M. in vier Raten gezahlt worden sind. Das Gericht wollte deshalb auch der Klägerin den Eid anerkennen, was aber, da diese das eidesfähige Alter noch nicht erreicht hatte, nicht angängig war. So endete die Sache schließlich mit einem Vergleich auf 7 M.

Das ist bedauerlich. Der Beklagte hätte ohne weiteres beurteilt werden können, zumal ein Lehrvertrag ohne Zustimmung des Vaters oder sonstigen gesetzlichen Vertreters ungültig ist.

Die Staubgefahr für den gewerblichen Arbeiter.

Die Arbeiterkammern der Vereinigten Staaten von Amerika haben soeben ihren Jahresbericht für 1908 veröffentlicht und sich darin in hervorragender Weise mit den ungeheuren Gefahren beschäftigt, die den Arbeitern in gewerblichen Betrieben aus dem sie ständig umgebenden Staub erwachsen. Sie haben festgestellt, daß jährlich mehr als 22 000 Arbeiter lediglich durch bessere Lüftung vom Tode errettet werden können, und daß es möglich ist, die Fälle der Tuberkulose auf ein Drittel der bisherigen Zahl herunterzusetzen. Am schlimmsten sind die Zustände in der Hartenindustrie und der Textildruckerei unter den jugendlichen Arbeitern in geradezu erschreckender Weise. Die Statistik des vergangenen Jahres hat festgestellt, daß nicht weniger als 49,2 Proz. von allen in Hartenwerken beschäftigten Arbeitern rettungslos der Tuberkulose verfallen sind, und daß von den jüngeren Arbeitern im Alter von 25—35 Jahren nicht weniger als 47,6 Proz. lediglich durch das Einatmen mineralischen Staubes starben.

Der Hauptgrund zu dem frühen Sterben einer großen Zahl lebensstarker und lebensfroher Jünglinge und Männer liegt also lediglich in dem Einatmen verdorbenen, staubgefüllter Luft. Es ist eine geradezu tobdringende Atmosphäre, in der sich die Arbeiter der meisten Fabriken in Amerika befinden, deren Räume gefüllt sind von dem feinen mineralischen, metallischen und vegetabilischen Staub, der ungehindert durch den Mund in die Lungen und selbst bei geschlossenem Munde durch die Öffnungen der Nase in den Hals und die Bronchien dringt.

Frägt man sich nun, was eigentlich als der gefährlichste Staub für den Arbeiter zu betrachten ist, so läßt sich die Antwort darauf nicht mit wenigen Worten geben. In erster Linie kommen die feinen, kaum oder überhaupt nicht wahrnehmbaren Teilchen in Betracht, die sich von den eisernen Werkzeugen unausgeseht lösen, vor allem von den Hämmern, Sägen und Feilen, weiterhin erzeugen aber auch die hergestellten Gegenstände selbst fortwährend Staub, man braucht nur an Arbeiten in Holz oder Stein, dann an wolken-, leinene oder seidene Stoffe zu denken, ganz abgesehen von den Nahrungsmitteln, wie etwa Mehl, die selbst Staub sind, oder von Torf und Kohlen, die den gefährlichsten und giftigsten Staub erzeugen, zu denken. Auch die Herstellung des Tabaks, vor allem des Pfeifen- und Schnupftabaks, gehört hierhin.

Gegen diese offen zutage liegenden Schäden der industriellen Arbeit lassen sich nur schwer Mittel finden, durch die sie gänzlich beseitigt werden können. Freizeig Lüften der Arbeitsräume ist naturgemäß ein erstes Erfordernis, man darf sich aber damit nicht begnügen, ganz abgesehen davon, daß sich im Winter das Lüften in gewissen Grenzen halten muß. In einzelnen amerikanischen elektrischen Fabriken sind in den Arbeitsräumen Köpfe angebracht, die den sich entwickelnden Staub auffangen und ins Freie führen, wie der Kamin den Rauch in die Luft leitet, aber eine definitive Lösung der ungemein schwierigen Frage ist bis jetzt nicht gefunden. Jedenfalls erscheint es dringend wünschenswert, daß sich die Wissenschaft dem Gegenstande mit allem Ernst zuwendet, um den grauenhaften Verheerungen Einhalt zu tun, die durch den Staub alljährlich unter den Arbeitern angerichtet werden.

Verammlungen.

Sechster Wahlkreis. Die am Dienstag in den Germania-Sälen abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Wahlkreises wurde vom zweiten Vorsitzenden mit einer Ehrung des verstorbenen Genossen Hermann Goldstein eröffnet. — Auf der Tagesordnung stand die Wahl des ersten Vorsitzenden, die in den beiden vorausgegangenen Generalversammlungen nach lebhaften Debatten zu keinem Resultat geführt hat. — Der Vorstand und die Kreisversammlung schlugen jetzt den Genossen Richard Genschel für das Amt des ersten Vorsitzenden vor. Er wurde von der Versammlung ohne Debatte mit allen gegen eine Stimme gewählt. — Ein bereits früher gestellter, der gegenwärtigen Versammlung überwiegender Antrag des Genossen Maus stellt an die in Frage kommenden Instanzen das Ersuchen, den Genossen Freythal sein Amt als Redaktionssekretär zu entheben; gleichzeitig solle der Antrag auf Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Freythal gestellt werden. — Der Vorstand und die Kreisversammlung empfehlen der Versammlung, über den Antrag Maus zur Tagesordnung überzugehen, weil Genosse Maus in der Vorstandssitzung zur Begründung seines Antrages nichts anführen konnte, was nicht schon in dem abgeschlossenen Verfahren der Kommission gegen Freythal vorgebracht worden wäre. Da neue Momente vom Antragsteller nicht geltend gemacht werden konnten, so könne die bereits durch die Parteinstanzen erledigte Angelegenheit nicht nochmals behandelt werden. — Die Versammlung stimmte mit großer Mehrheit für Uebergang zur Tagesordnung.

Darauf hielt Genosse Kollensuhr einen interessanten Vortrag, worin er die Volkspolitik, besonders die bei der gegenwärtigen sogenannten Reichsfinanzreform zutage tretenden Steuerpläne in sachkundiger Weise kritisierte und die unerlässliche Kampfer des agrarischen Junkertums treffend kennzeichnete. Der Kampf gegen die agrarische Steuerpolitik — so schloß der Redner — müsse sich erweitern zu einem Kampf gegen die Junkerherrschaft überhaupt. Nicht eher könne der Ausplünderung des Volkes ein Ende gemacht werden, nicht eher könnten wir zu gesunden Zuständen kommen, als bis die Herrschaft des Junkertums gebrochen sei. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Reichstag.

268. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Bülow, v. Bethmann-Hollweg, Sydow, v. Rheinbaben, v. Einem, Delbrück. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung der neuen Steuern.

Abg. Graf v. Westarp (L.): Auch wir wünschen, daß die Linke aus ihrer absolut negativen Haltung (große Unruhe bei den Liberalen, Außer Unruhe!), aus ihrer absolut negativen Haltung gegenüber unseren Anträgen (große Heiterkeit) heraustrete und endlich einmal sich mit dem Gedanken befreunde, daß die auf Grund dieser Anträge gefassten Beschlüsse zur Durchführung gelangen. Wir sind dann gern bereit, ihre sachlichen Verbesserungsvorschläge in wohlwollendster Weise zu prüfen, wenn diese Verbesserungsvorschläge an den Grundlagen unserer Vorschläge nichts ändern. (Große Heiterkeit.) Die gestrigen Verhandlungen waren allerdings nicht geeignet, unsere Hoffnungen auf ein Zusammenarbeiten zu stärken. Wenn der Führer einer großen Partei uns vorwirft, wir handeln aus Eigennutz (sehr richtig! links), so kann die Abneigung doch kaum schärfer zum Ausdruck gebracht werden. (Sehr wahr! rechts.) Der Reichskanzler hat uns warnend zugerufen: die konservative Partei gräbt sich ihr eigenes Grab, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt. (Sehr richtig! links.) Das Klang so, als ob die konservative Partei sich der Durchführung der Finanzreform entgegenstellt. Dabei haben gerade die Konservativen nach monatelangen unfruchtbareren Verhandlungen Vorschläge gemacht, welche 140 Millionen neuer Steuern bringen, und für die übrigen 380 Millionen ist eine sichere Mehrheit vorhanden. Der Forderung, daß von den 600 Millionen neuer Steuern 100 Millionen auf den Besitz gelegt werden sollen, verschließen sich die Konservativen nicht! Die Streitfrage ist nicht, ob der Besitz besteuert werden soll, sondern in welcher Art es geschehen soll. (Sehr richtig! rechts.) Unter dem Begriff „Besitzsteuer“ stellen sich eben verschiedene Richtungen Verschiedenes vor. (Heiterkeit und sehr richtig!)

Die neue Erbschaftsteuervorlage hat für uns ebensoviele Bedenken wie die Nachlasssteuer. Diese Bedenken liegen in der Besteuerung der Ehegatten und Kinder. Außerdem gehört sie in organischer Verbindung mit der Vermögens- und Einkommensteuer den Einzelstaaten. Auch enthält sie eine Degradation des immobilien Besitzes gegenüber dem mobilen, da das in Wertpapieren angelegte mobile Vermögen der Besteuerung viel leichter entzogen werden kann. Will man die Erbschaften besteuern, so muß man auch die Einkünfte besteuern, und das bedeutet ein Eindringen in die engsten Familienbeziehungen. Die ganzen Ausführungen über Steuerdrückereien der Landwirte sind ja lächerlich. (Lauter Widerspruch links.) Wir wollen nicht das Eindringen in die Familienverhältnisse. (Zuruf links: Und die Vermögenssteuer?) Da geschieht dieses Eindringen nicht in dem Moment des Todes, und weiter befürchten wir von diesem Eindringen, daß der feste Familienbesitz in einen mobilen verwandelt werden wird. (Sehr wahr! rechts.) Der Kanzler meinte, wenn wir uns der Erbschaftsteuer widersetzen, würde später eine andere kommen, die unseren Wünschen noch weniger entspricht. Wir werden später leichter eine Erbschaftsteuer bekämpfen können, wenn wir die heutige Vorlage nicht Gesetz werden lassen. (Sehr richtig! rechts.)

Der Wunsch, den Reichskanzler zum Rücktritt zu bewegen, ist für unser Verhalten nicht maßgebend. (Sehr richtig! rechts.) Bei den Verhandlungen mit den anderen Parteien ist auch nicht mit einem Worte davon die Rede gewesen. (Große Heiterkeit und Zuruf links.) Wir sind vielmehr der Überzeugung, daß wir durch unser Eintreten für die Finanzreform dem Reichskanzler den Boden geebnet haben. (Schallende Heiterkeit links.) Und ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß er die Wege finden wird, in Vertätigung seiner patriotischen Gesinnung und in Berücksichtigung unseres Standpunktes die Finanzreform durchzuführen. Abg. Singer (Soz.):

Kleines feuilleton.

Armer Bülow! (Stürmische minutenlange Heiterkeit, der sich der Reichskanzler selber nicht entziehen kann.) Die gegenwärtige Situation ist nach unserer Meinung die Folge der Ablehnung der Verbrauchsteuer durch die Liberalen. (Unruhe bei den Liberalen.) Ein Teil meiner politischen Freunde war trotz der schweren Bedenken gegen die Erbschaftsteuer zeit-

weise bereit, sie zu bewilligen, wenn diese zur Durchführung der Finanzreform notwendig wäre. (Zuruf links: Zeitweilig!) Aber durch das Verjagen der Liberalen bei den Verbrauchsteuern ist auch bei Annahme der Erbschaftsteuer eine Mehrheit im Plenum für die Finanzreform nicht zu finden. Das ist vielmehr nur der Fall bei Ablehnung der Erbschaftsteuer. Daher decken sich jetzt bei meinen Freunden die sachlichen mit den taktischen Erwägungen. Sollte eine Kommissionsberatung gewünscht werden, so werden wir uns in Rücksicht auf die Regierung, die eine sorgfame Durchberatung ihrer Vorlagen verlangen kann, nicht weigern, an ihr teilzunehmen.

Ran zu den übrigen neuen Steuern: Gegen die vorgeschlagene Besteuerung der Feuerversicherungsprämien haben wir schwere Bedenken, zumal dadurch die Landwirtschaft erneut belastet wird. Doch sind wir zu eingehender Prüfung bereit. Auch die vorgeschlagene Form des Umsatz- sowie des Scheinstempels erregt in uns schwere Bedenken. Unsere Entscheidung wird davon abhängen, ob es gelangen wird, das große mobile Kapital in genügender Weise heranzuziehen. Wie sehr das mobile Kapital geschaunt wird, ergibt sich daraus, daß von den 600 Millionen nur 10 Millionen, die vermutlichen Ergebnisse des Effektenstempels, nach den Vorschlägen der Regierung vom mobilen Kapital getragen werden sollen. (Lauter Hör! hört! rechts; Widerspruch links.) Ohne wirklich ausreichende Heranziehung des mobilen Kapitals wird die Reichsfinanzreform kein Werk der Gerechtigkeit sein. Die 10 Millionen, die die Regierung vorschlägt, stellen eine solche genügende Heranziehung nicht dar. (Lebhafte Weis! rechts.)

Abg. Singer (Soz.):

Die Rede des Herrn Vorredners war auf den Ton gestimmt: Unser Bülow absolut, wenn er unsern Willen tut! (Heiterkeit.) In dieser Rede wird der Herr Reichskanzler gefunden haben, welchen Preis er zu zahlen hat, wenn er von den Konservativen weiter begünstigt werden will. Er muß Order parieren, dann ist ihm die freundschaftliche Unterstützung der Konservativen sicher! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In die Auseinandersetzungen des Vorredners mit seinen ehemaligen — ich weiß nicht, ob ich noch sagen kann jetzigen — Bloßbrüdern (Heiterkeit) werde ich mich nicht einmischen. Mögen das die Herren unter sich abmachen. Aber immerhin zeigt es, wie fest der Bloß von Anfang an gewesen sein muß, wenn der eine Bloßbrüder zu dem anderen einen Ton anspricht, wie ihn Graf Westarp gegen die Liberalen getätigt hat. Das ist aber nur Ihr (zu den Freisinnigen) verdienter Lohn. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Quintessenz seiner Rede zur Finanzreform war, daß es den Konservativen, als den Vertretern des Grundbesitzes, gar nicht einfällt, sich mit direkten Steuern ans Portemonnaie kommen zu lassen. (Sehr wahr! links.) All das Reden von „Familieninn“ und von der „Unmöglichkeit der gleichartigen Behandlung des mobilen und des immobilien Kapitals“ ist ja gar nichts weiter als eben die

Rückblick auf das Portemonnaie der Junker,

die Rücksicht auf den Großgrundbesitz, der nur ein Steuerprogramm kennt: Selbst keine Steuern zu zahlen, sie aber den anderen aufzuerlegen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bemerkenswert in der Westarpschen Rede war der Hinweis auf den eigentlichen Grund für die Abneigung der Konservativen gegen diese Finanzreform oder gegen die Regierung, die diese Finanzreform vorgelegt hat. Das, was die „Kreuz-Zeitung“ freimütig ausgedrückt hat, das hat Graf Westarp zwar nicht mit denselben Worten, aber doch sehr deutlich erkennbar gesagt: Die Reizung, die angebliche Reizung, das Wahlrecht in Preußen zu reformieren, das ist es, was die Konservativen störrisch nicht bloß gegen die Finanzreform, sondern gegen die Regierung macht. Sobald die konservative Partei die Sicherheit hat, daß an dem Dreiklassenwahlsystem in Preußen nichts geändert wird, wird sie auch dieser Finanzreform gegenüber ein anderes Gesicht aufsetzen. Es sind also — das will ich feststellen — politische Gründe für die Haltung der Konservativen in der Finanzreform in erster Linie bestimmend.

Der Herr Reichskanzler hat sich gestern dem Hause in der Rolle des

„Hochmann als Erzieh“

vorge stellt (Stürmische Heiterkeit); nach allen Seiten hin hat er Lehren erteilt, er hat sich bemüht gesehen, allen Parteien zu sagen, wie sie eigentlich Politik machen müßten. Dann hat der Reichskanzler vor allem dem liberalen Geiste Treue gelobt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In der Praxis ist freilich von diesem liberalen Geist, den er in der Theorie für so wertvoll hält, wenig bei ihm

„Nicht aus sich heraus — schreibt Durdhard — als einem in Zeit und Raum isolierten Wesen hat der Künstler geschaffen, er hat nur an das Licht gefordert, was Geschlechter vor ihm vorbereitet, was Mitmenschen in ihm angeregt haben. Als Glied der Entwicklung hat der Künstler etwas geleistet und der Gesamtheit gehört auch sein Werk. Es gibt überhaupt nur einen einzigen Grund für die Gewährung besonderer Schutzrechte für den Autor: die Erwägung, daß der Schöpfer ihm die Mittel schafft, vorwiegend oder ausschließlich seiner literarischen, künstlerischen Arbeit zu leben. Für die Kunst wäre es besser, wenn sie nicht auch zugleich Erwerb zu sein brauchte; aber alle die wären dann von ihr ausgeschlossen, die ihrer ganzen Arbeitskraft zum Erwerb bedürfen. Frei soll die künstlerische Arbeit den Künstler machen, das bedeutet sein Urheberrecht; das Schutzrecht des Schriftstellers, des Komponisten für ihre Erben hat nur mehr infolge Verechtigung, als es jene der Sorge entheben soll, auch noch ihren Nachkommen und Angehörigen Vermögenswerte zu erwerben und zu überliefern, eine Sorge, der sie sich in unserer Gesellschaftsordnung, in der das Erbrecht den Menschen verlor, über seinen Tod hinaus Güter zu monopolisieren, kaum werden entziehen können.

Der Mensch lebt nicht nur in seinen Kindern fort, sondern auch in seinen anderen Werken. Es ist ein Unrecht gegen den Künstler selbst, wenn man um der materiellen Interessen der Erben willen seine Werke in der Entwicklung des hollen Lebens, zu dem sie fähig wären, beschränkt. Wenn man einen Menschen, der von Schaffensdrang erfüllt ist und nicht nur um des Geldes willen arbeitet — fragt, was ihm lieber wäre, wenn gewisse Personen so und so viele Jahre nach seinem Tode Geld erhalten, oder wenn ein Werk, das er geschaffen, in das Herz, in die Seele vieler Tausender dringt, statt ein Monopol einiger wenigen zu bleiben: ich kann mir gar nicht vorstellen, daß da seine Entscheidung einen Augenblick schwankt. Ältere Leute erinnern sich wohl noch ganz gut an die Zeiten des Gottschalk Privilegiums für die Werke Schillers und Goethes. Nun, man getrost sagen, Goethe und Schiller sind ihrem Volke das, was sie ihnen heute sind, erst geworden seit dem Erlöschen dieses Privilegiums. Erst seither sind sie in das Haus des kleinen Beamten, in die Hand des Arbeiters und des Studenten gekommen. Der 9. November 1807 war da ein Markstein. Für Schillers Werke wurden von Cotta im ganzen über dreihunderttausend Gulden Honorar gezahlt. Schiller hat hieron rund vierundzwanzigtausend Gulden erhalten. Ich glaube, das Interesse, daß seine Dichtungen viel früher Gemeingut des deutschen Volkes geworden wären, wäre viel größer gewesen als der Vorteil davon, daß seine Erben noch mehr als das Zehnfache dessen erhielten, was er selbst bezogen hatte.

Dreißig Jahre über Lebenszeit als Schutzfrist für Dichter ist zu viel. Als Schutzfrist für Aufführungen ist es zum mindesten genug. Was darüber hinausginge, wäre als allgemeine Satzung entschieden vom Uebel.“

zu finden. (Lebhafte Zustimmung v. d. Sozialdemokraten.) Man braucht nur an die Stellung des Reichskanzlers zum Dreiklassenwahlsystem im Reichstag zu denken, um zu wissen, daß er den liberalen Geist nur als eine Kulisse für das reaktionäre Theater, dem er vorsteht, betrachtet. (Große Heiterkeit und lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch die Finanzreform, die er vertritt, ist ein Beweis dafür, daß er den liberalen Geist wirklich nur in den Wolken zu suchen liebt. Seine Erklärung, daß er eine Finanzreform nicht billigen würde, die nicht Genußmittel, Nahrungsmittel, Verbrauchsgegenstände und den Verkehr in erheblichem Maße heranzieht, zeigt deutlich genug, daß der „liberale Geist“ bis jetzt noch keine Zeit gefunden hat, bei ihm aufzutreten. (Heiterkeit.) Seine tiefen Verbeugungen vor dem Junkertum, die Lobeserhebungen, die er der Reaktionsherrschaft Preußens gemacht hat — in Parenthese möchte ich nur die Worte Jena und Auerstädt sagen (Oh! Oh! rechts) — zeigen auch, was er unter liberal versteht. Und sein Appell an die Furcht der Konservativen, daß sie, wenn sie seiner Politik jetzt nicht folgten, später viel höhere Steuern zu zahlen haben würden, zeigt doch auch nicht gerade, daß er gekommen ist, die Gesetzgebung — ich rede gar nicht von demokratisch oder gar von sozialdemokratisch (Lärm rechts) nein —, auch nur liberal zu gestalten.

Wofür hat er denn gestern so begeistert gesprochen? Ist denn nur ein Junke liberalen Geistes in einer Vorlage zu finden, die den Besitzlosen, den Armen, 400 Millionen auferlegt (Lärm rechts und Aufer: Oh! Oh!) und 100 Millionen unter dem Namen einer „Besitzsteuer“ — ich werde noch nachweisen, daß die anderen Steuern außer der Erbschaftsteuer gar keine Besitzsteuer sind — den Reichen auferlegt? Es ist in der Tat weit gekommen, das mögen die Herren vom Liberalismus sich auch gesagt sein lassen, wenn man eine solche Vorlage als vom Geist des Liberalismus erfüllt bezeichnen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler meinte, daß er die Unterstützung nehmen kann, moher er sie bekommt. Auch von uns würde er sie nehmen. Nun, es wäre ja nicht das erste Mal, daß die Sozialdemokratie für die Vorlage der Regierung stimmt. Wir haben bei den Handelsverträgen und bei anderen Gelegenheiten gezeigt, daß wir Vorlagen der Regierung, soweit wir sie als im Interesse der Bevölkerung gelegen erachten, sehr wohl unsere Zustimmung geben. Wenn der Reichskanzler darüber klagt, daß eine Reihe bürgerlicher Parteien ihn nicht gut behandelt, so muß ich erklären, daß solche Dinge für uns sehr gleichgültig sind. Wir fragen nicht danach, wie wir vom Reichskanzler und von der Regierung behandelt werden; wir prüfen die Vorlagen rein sachlich. Wenn er sich aber schlecht behandelt fühlt, so meine ich doch, soweit wir in Frage kommen, daß der Vertreter einer Regierung, welcher eine große Partei, die Vertretung der Arbeiterschaft, nicht für geeignet hält, an der Gesetzgebung mitzuwirken, welche nach dem Ausdruck Krohners die Sozialdemokratie nicht als Subjekt, sondern nur als Objekt der Gesetzgebung betrachtet will, kein Recht hat, zu verlangen, daß nun gerade wir irgend etwas tun sollten, was mit den Grundfragen unserer Partei nicht übereinstimmt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die Ausstellungen des Reichskanzlers an den bürgerlichen Parteien habe ich nicht zu sprechen. Wir fühlen uns nicht beleidigt, daß er uns nicht zu seinen Besten einladet. (Heiterkeit.) Wir halten es sogar für den Gang der Gesetzgebung nicht für gut, daß hinter den Kulissen auf Festen und privaten Veranstaltungen sozial — vergehen Sie den vulgären Ausdruck — gemogelt wird. (Heiterkeit.) Das Parlament läßt besser, offen vor dem Volke zu sagen, was es zu sagen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kommt es doch sogar soweit, daß ganz außerhalb des parlamentarischen Verbandes die Regierung mit den einzelnen Herren die Verhandlungen trifft. Das ist kein Ausfluß parlamentarischer Tätigkeit, wenn solche privaten Abmachungen hinterher scheinbar durch das Parlament gebilligt werden. Zudem, was der Herr Reichskanzler über das Zentrum gesagt hat, habe ich nichts zu bemerken. Bei seiner Stellung zum Zentrum muß man unwillkürlich daran denken: „Ein bißel Vieh und ein bißel Treu, und ein bißel Falschheit ist allweil dabei.“ (Stürmische Heiterkeit.) Es kann ja sein, daß Herr Spahn Zylinderhut wieder zur Geltung kommt. (Erneute Heiterkeit.) Das Zentrum wird sich wieder mit ihm vertragen, und der Reichskanzler wird vergessen, daß er eine Zeitlang einmal vom Zentrum löss behandelt worden ist.

Die Ausführungen des Herrn Bassermann

geben mir zu einigen Bemerkungen Veranlassung: Bassermann begründete seine Bitte an das Zentrum und die Konservativen,

Musik.

Die Aufführung von R. Wagners „Tristan und Isolde“, die am Mittwoch in der Gura-Oper bei Kroll stattfand, konnte leicht daran erinnern, daß der ersten Vorführung dieses musikalischen Werkes (zu München 1865) eine Periode vorausging, in der es trotz eifriger Versuche als unaufführbar zurückgelegt wurde. Längst hat sich das Können den Schwierigkeiten angepaßt. Aber begreifen kann man die ursprüngliche Unlöslichkeit ganz wohl, wenn man sieht, welchen schweren Stand selbst große Stimmkünstler bei einer gemeinsamen Sommeraufführung haben. Der bisherige Kapellmeister der Gura-Oper, G. Precher, ging auf Urlaub, weil er eine ungenügend vorbereitete Vorstellung nicht verantworten wollte. An seiner Stelle dirigierte diesmal Wille aus Wien; er brachte sein Orchester zu einem ziemlich sorgfältigen Spiel, das allerdings über Einförmigkeit nicht viel hinauskam, und hielt die Sänger leidlich zusammen, denen ja das Werk vom Alltag her geläufig sein dürfte. Sie sangen sich so weit gut und mit auffallender Mäßigkeit der Darsteller durch, als nicht die ungünstigen Gesamtverhältnisse und die fast fünfjährige Anstrengung mehr zum Losgehen mit der Stimme als zum Gesangsvoortrage drängten.

Frage nach anstrengender ist das Hören. Vielleicht hat von „Tristan und Isolde“ den meisten Genuß, wer ganz unmusikalisch ist, und andererseits wer die Partitur auswendig weiß. Wie da die „Leitmotive“ den vielleicht elementarsten Griff des musikalischen Ausdrucks: aufwärts bei Freud und Kraft, abwärts bei Leid und Schwäche, benutzen; wie sie teils in kleinen („aromatischen“) Konjuncturen die engeren, teils in weiten Sprüngen die hoch und tief ausgreifenden Seelenregungen kennzeichnen; wie Wagner mit eigensinniger Konzentration in den Mann seiner „unendlichen“ Tondreden zu zwingen sucht: das anzufassen, ist ein Genuß — und den Genuß sich nicht verderben zu lassen, ist eine Kunst.

Notizen.

Ein „märkisches Volkstüd“ versprach das Wiener Rainund-Theater, das im Hebbel-Theater sommergastet. Über diese „Marchsa“ von den Gebrütern Krstik erwidert als Volkstüd ungefähr in demselben Sinne wie die oberbayerischen und sonstigen Spektakelstücke mit Musik, Märschen, fürchterlichen Wegebeneiten und viel Moral. „Du sollst deine Tochter nicht an einen ungeliebten Mann geben“, predigt diese roh zugekanene, aller psychologischen und sonstigen Motivierung entbehrende sentimentale Moritat, die mit einer Schieferer im vierten und einer Bergfist im fünften Akte aufwartet. Da das Ethnographische bei solchen Sachen meist operettenhaft wirkt und die Darsteller mehr wienerisch denn bauerisch ammuteten (außer einer einem Drachen von Ritter des Fel. D sten und dem wilden Davra des Herrn Fischka), war es so wenig etwas mit dem Märkischen wie mit dem Volkstüd. Hoffentlich haben die Gäste noch etwas Besseres mitgebracht.

seiner Auffassung zustimmen, wesentlich damit, daß die Sozialdemokratie sonst noch mehr Unterstützung bei den Massen im Lande finden wird. Herr Wassermann, die Finanzreform, welche Sie vertreten, wird der Sozialdemokratie sicherlich keinen Abbruch tun. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine sogenannte Reform, welche 400 Millionen Mark den Erwerbstreibenden auferlegt und nur 100 Millionen Mark den Besitzenden, eine solche Reform läßt sich nach Herrn Wassermann dem nationalen Standpunkt auszeichnen! — Wenn man gestern hörte, wie Herr Wassermann über die Unmöglichkeit einiger von der Kommission mehrheitlich beschlossener Steuern sprach, so mußte man sich immer fragen, wie wohl denn sein Urteil über das Steuerprojekt ausfallen, daß er selbst billigt, über die Tabaksteuer und über die Biersteuer und über alle Steuern, die mit seiner Zustimmung in das Projekt der Regierung hineingelassen sind? Noch 1907 hat sich Herr Wassermann mit derselben Schärfe öffentlich verpflichtet, gegen die Tabak- und gegen die Biersteuer aufzutreten! Damals erklärte er öffentlich, die Finanzreform sei für ihn und seine Freunde erledigt und er habe keine Veranlassung, auf neue indirekte Steuern einzugehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie die Reden der Nationalliberalen von damals mit den jetzigen vergleichen, so werden Sie finden, daß die Haltung der Nationalliberalen und die des gesamten Liberalismus genau so verwerflich ist wie die der Konservativen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist also auch hier ein gut Stück

Steuerhinterzielei

dabei. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Die sehr energische Abwehr der Steuern, gegen welche gestern Herr Wassermann gesprochen hat, ist nichts anderes als eine Maskierung seiner eigenen Steuerreform. Das einzige, worin ich mit ihm geteilt übereinstimme, ist seine Schlussbemerkung, worin er den Reichslangler zur Auflösung des Reichstages aufforderte. Ich bin überhaupt der Meinung, daß eine Regierung vor jeder derartig einschneidenden Vorlage wie diese Steuervorlage die versuchte Pfllicht und Schuldsigkeit hat, den Reichstag aufzulösen und vorher das Volk zu befragen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Ganz abgesehen von der jedesmaligen Situation ist bei solchen Dingen die Anrufung an das Volk notwendig. Meine Herren von der Regierung! Lösen Sie den Reichstag auf und Sie werden das Urteil des Volkes erfahren, Sie werden sehen,

was man im Volke von dieser Finanzreform denkt . . .

(Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Ich denke dabei noch gar nicht an die von der Kommission beschlossenen Steuern, es genügt vollkommen, das Volk aufzurufen zum Urteil über die Frage, ob es eine Finanzreform unterstützen will, welche 400 Millionen Mark durch Konsumsteuern den breiten Massen auferlegen will und nur 100 Millionen Mark den Besitzenden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

unser Stellung zur vorliegenden Finanzreform

anlangt, so möchte ich noch einmal kurz betonen, daß gegenüber der Forderung von 400 Millionen indirekten Steuern und dieser lumpigen 100 Millionen, die die Regierung als Erbschaftsteuer fordert, nur als das Feigenblatt erscheinen, daß der Finanzreform angehängt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Besitzsteuern sind nichts weiter als ein Ornament, ein Stück Stück, das an dieses Steuergebäude angebracht wird, um es noch außen hin einigermaßen empfinden zu können. Auch diejenigen Parteien, die sich zu Vertretern der Regierungsvorlage machen, gehen im Lande mit diesen 100 Millionen kreben. Der Reichslangler und Sie alle sagen immer: wir machen keine Finanzreform, die nicht diese 100 Millionen Besitzsteuern bringt. Empfinden Sie denn nicht, welcher Hohn, welche Herabsetzung des Volkes darin liegt, daß man ihm einzureden glaubt, eine Finanzreform, bei der von 500 Millionen 100 Millionen durch den Besitz aufgebracht werden sollen, sei eine

„soziale Reform“?

Hat denn der Kollege Wassermann, als er gestern den Ausdruck „soziale Reform“ gebraucht, nicht gefühlt, wie er damit der Wahrheit und aller Vernunft ins Gesicht schlägt? (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie kann man eine Finanzreform als eine soziale Reform hinstellen, die 1/2 den wirtschaftlich Schwachen aufkaut und nur 1/2 den Besitzenden! (Weisfall b. d. Soz.) Es gehört in der Tat Mut dazu, zu glauben, daß man dem Volke diese Auffassung beibringen kann.

Wir sind also der Meinung, daß unsere Stellung zu dieser Finanzreform, zu der Regierungsvorlage wie zu den Kommissionsbeschlüssen, vom vornherein dadurch gegeben ist, daß es sich hier wieder unter dem Namen „Finanzreform“ in der Tat nur handelt um eine

Austragung der breiten Massen.

(Weisfall b. d. Soz.) Das ist der eigentliche Inhalt dieser Steuerreform. Daß wir nicht dafür zu haben sind, werden Sie wohl selbst einsehen. Wir verlangen — das halten wir für eine vernünftige Finanzpolitik — die Herabsetzung der Ausgaben für Heer und Flotte. Wir verlangen händige Verhandlung mit den anderen Mächten, namentlich mit England und Frankreich, um Garantien dafür zu haben, daß diese Herabsetzung und die Unterlassung weiterer Rüstungen möglich ist. Wir verlangen, daß das Niederhalten der Arbeiterklasse, das Niederhalten einer freiwilligen Entwidlung des Volkes aufhört. Wir verlangen Beseitigung der indirekten Steuern, Beseitigung von Lebensmittelzöllen und Verbrauchssteuern, dafür aber Besteuerung des Einkommens und des Besitzes. Das ist unser Steuerprogramm. Und ich glaube, daß dieses Steuerprogramm der Gerechtigkeit und den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Aus dieser grundsätzlichen Auffassung heraus ergibt sich auch unsere Stellung zur Regierungsvorlage und zu den Kommissionsbeschlüssen. Wir lehnen die Steuerreform, die uns vorgelegt ist, die Reform der Regierung und die Reform nach den Beschlüssen der Kommissionmehrheit, als Ganzes ab. Wir bekämpfen diese Art von Steuerreform auf das allerhöchste.

Das Verhalten der Majorität in der Kommission,

namentlich in bezug auf die Frage der Behandlung der Steuerentwürfe, werden wir noch zu besprechen haben, wenn diese Beschlüsse zur Beratung stehen. Dem, was Kollege Wassermann in dieser Beziehung gestern ausgesprochen hat, kann ich mich voll anschließen. Ich bin auch mit ihm der Meinung, daß diese Art der Behandlung von Gesetzentwürfen — ganz abgesehen davon, daß sie durchaus geschäftswidrig ist — wieder ein Beweis dafür ist, mit welchen eigentümlichen Mitteln diese Finanzreform gemacht werden soll. Die Majorität in der Kommission hat wahrscheinlich die Empfindung gehabt, daß, wenn sie nun nicht schnell mit der Sache fertig wird, sie immer weniger in der Lage sein wird, diese Vorlage zur Durchführung zu bringen. Es ist bezeichnend für die Majorität in der Kommission, daß sie

gewalttätige Brüche der Geschäftsordnung

für notwendig hielt, um ihre Beschlüsse durchzusetzen. Ich muß sagen, die Beschlüsse, die von der Kommission vorliegen — von denen ich nun und nimmermehr glauben kann, daß sie Gesetz werden — sind

das Skandalöseste, was man auf dem Gebiete der Steuerpolitik jemals erlebt hat.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie vertreten eine schamlose Bräutigamserei der wohlhabenden Kreise, des Agrarierturns, des Junkertums, des Großgrundbesitzes vor dem Steuerzahler; sie bedeuten eine Steueranhebung der breiten Schichten der Bevölkerung (erneute lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten); sie wollen eine Schonung von Einkommen und Vermögen, sie wollen das Vermögen, den Besitz nicht heranziehen, kurzum, diese Beschlüsse der sogenannten Klumpkommission sind ein deutliches Zeugnis für die Steueridee, für die schamlose Steuerhinterziehung der breiten Massen. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Ich will hier ganz kurz auf die Auffassung von Professor Delbrück

hinweisen. Herr Delbrück weist klar nach, worin die eigentliche Gegnerschaft der Konservativen gegen eine vernünftige Erbschaftsteuer ihren Grund hat. Sie besteht darin, daß die Herren, wenn sie sich richtig einschätzen müssen, zu ganz anderen Steuerleistungen herangezogen werden würden, als dies bis jetzt der Fall ist. (Sehr wohl! links.) Gegenüber diesen Veröffentlichungen muß man sich doch wundern, wenn Graf Westarp vorher in so energischer Weise dagegen protestiert hat, daß in landwirtschaftlichen Kreisen

Steuerhinterziehungen

vorkommen. Ich habe zufällig einen Ausschnitt zur Hand, in dem nachgewiesen wird, daß ein Landwirt, dessen Nittergut mit einem Reinertrage von 6000 M. bewertet ist, zur Einkommensteuer in der Stufe von 1800 bis 1800 M. eingeschätzt ist! (Hört! hört! links.) Dieser Herr hat also 20 M. Einkommensteuer gezahlt! Dasselbe trifft bei anderen zu. Wir haben ja auch hier einen ehemaligen Parlamentarier gehabt, der ganz steuerfrei gewesen ist, obwohl er ein erhebliches Gut und großen Grundbesitz hatte. Die Nachweisungen des Herrn Professor Delbrück, dem man doch gewiß nicht nachsagen kann, daß er seine Darlegungen aus Haß gegen die Junker gemacht hat, beweisen jedenfalls klar, daß die Behauptung, daß gegen Steuerhinterziehungen in landwirtschaftlichen Kreisen ein ganz besonderer Widerwille bestehe, nicht richtig ist. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Wassermann ist gestern auch auf den neuen Hansabund

zu sprechen gekommen. Ich muß mit einigen Worten auf diese neue Organisation eingehen, da wir von der Sozialdemokratie alle Ursache haben, uns mit dieser Neugründung ein wenig auseinanderzusetzen. Der Gründer des Hansabundes — ich wünsche nur, daß er nicht etwa ein moderner Jürg Wullenweber werde, denn diesem Führer der alten Hansa hat man später ja die Gnade erwiesen, ihn nicht zu vierteilen, sondern nur zu läpfen (große Heiterkeit) — hat wohl scharfe, energische Worte der Abwehr gegen die Steuerprojekte der Kommission gefunden. Er hat von den Kräften gesprochen, auf deren Arbeit der nationale Wohlstand beruht. Es wäre gut gewesen, wenn er bei dieser Gelegenheit auch der Arbeiterklasse gedacht, wenn er des Anteils der Arbeiterklasse an dem nationalen Wohlstand gedacht hätte, von dem die Besitzenden die Früchte genießen, während die Arbeiter Schweiß und Blut daransetzen müssen. (Unruhe rechts; sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Der Gründer des Hansabundes hat auch kein Wort der Abwehr gefunden gegen die 400 Millionen indirekter Steuern. Wenn die Herren wirklich in Anspruch nehmen, die Gesamtheit derer zu vertreten, auf deren Schultern die nationale Arbeit ruht, so hätte die Tagung im Jochen Schumann nicht vorübergehen dürfen ohne eine scharfe Kritik an den indirekten Steuern. Dafür haben die Herren keine Worte gefunden, dafür aber sind aus derselben Versammlung herausgekommen die Klagen über die Belastung durch die soziale Reform! Ich meine, es charakterisiert den neuen Bund am besten, wenn man hört, daß dort eine Einschränkung dessen verlangt wird, was für die Volkswohlfahrt am notwendigsten ist, das allerdings den kapitalistischen Interessen entgegensteht. Mühen die Herren nicht, fühlen, daß diese 400 Millionen indirekte Steuern einen schädlichen Einfluß auf die Gesundheit und die Ernährung der Arbeiter ausüben müssen? Was es notwendig, bei dieser Frage, bei der die Abwehr vielleicht gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiter gemacht werden könnte, Hebrden gegen die Arbeiter zu halten? Das, was Herr Rirdorf in jener Versammlung schroff ausgesprochen hat, das hat auch Herr Wassermann gestern angedeutet, als er von der sozialen Belastung des Mittelstandes sprach. Er ist freilich klug genug, eine weniger ansässige Form zu finden als Herr Rirdorf, aber in der Sache trifft es dasselbe. Herr Rirdorf hat nur dem drastischeren Ausdruck gegeben, was eine Anzahl Redner in jener Versammlung und auch Herr Wassermann meint. Ich wünsche ja, daß die Hoffnungen des Liberalismus auf den Hansabund in Erfüllung gehen, aber ich kann nicht zugeben, daß die Herren sich als Sprachrohr der Empfindungen der gesamten Bevölkerung bezeichnen. Dazu würde auch gehören die Rücksicht auf den zahlreichsten Teil der Bevölkerung: die Arbeiter. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Die einzelnen Vorlagen

will ich nur einer kurzen Betrachtung unterziehen. Was

die Erbschaftsteuer

anlangt, so ist die Vorlage der Regierung geradezu ein Hohn auf eine richtige, vernünftige Erbschaftsteuer. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Sie bedeutet

eine Kapitulation der Regierung vor den Herren der Majorität in der Kommission.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber der Nachlasssteuer ist die Vorlage erheblich verschlechtert und lediglich auf die landwirtschaftlichen Interessen zugeschnitten. Von einer Erbschaftsteuer bleibt nichts übrig als der Name. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wollte die Regierung ein Muster haben, wie man eine Erbschaftsteuer innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft machen kann, so hätte sie nur die Vorlage nehmen brauchen, die jetzt in England gemacht wird.

Die englische Erbschaftsteuer

hat bisher 400 Millionen gebracht, und dieser Betrag wird sich nach den neuesten Beschläüssen auf 530 Millionen erhöhen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diejenigen, die meinen, daß eine Erbschaftsteuer Sache der Einzelstaaten sei, verweise ich darauf, daß man in Amerika jetzt daran ist, eine Bundeserbschaftsteuer zu machen! In Amerika besteuert man jetzt auch den Reingewinn von Kartellen und Trusts. Das wäre allerdings das Richtige, wenn das Kohlenhidrat, das Stahlnhidrat, der Spiritus und so weiter Besteuerung herangezogen würde. Wie ist es allerdings zweifelhaft, ob der Hansabund für solche Vorzüge geneigt sein wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also, die Erbschaftsteuer ist in ihrem Entzweigen lächerlich und in ihren Bestimmungen ein Ausnahmegericht für die Landwirtschaft. Wir behalten uns unsere endgültige Entscheidung auch über diese Steuerentwürfe, die ja dem Vernehmen nach an eine Kommission gehen soll, vor. Wir werden versuchen, aus ihr eine Erbschaftsteuer zu machen, die wirklich mit Recht diesen Namen trägt, und werden sie nach dem Ausfall dieser Versuche unsere Haltung einrichten. Aber ich darf Ihnen heute schon sagen, daß die Vorlage, wie sie jetzt ist, und vor allem in der voraussetzlichen noch verschlechterten Gestalt, die sie erhalten wird, wenn die Majorität bei ihrer Aufassung bleibt, für unsere Fraktion nicht zur Annahme geeignet ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Schenkvorlage

bedeutet eine neue Belastung des Verkehrs. Der Postfach soll ja nach der Vorlage von der Besteuerung freigelassen werden. Herr Kräfte hat wohl erkannt, daß, wenn der Schenkverkehr, der ihm Betriebskapital schaffen soll, durch Steuern verteuert wird, schließlich die Reichspost der Leidtragende ist.

Dann

die Besteuerung der Feuerversicherungsstellen?

Seit Jahrzehnten ist man damit beschäftigt, im Interesse der Volkswohlfahrt immer erneut Anregungen zu geben, damit die Versicherungen möglichst ausgedehnt werden. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß durch die Verteuerung der Versicherungsstellen die Rechnung, sich gegen Brandschaden zu versichern, abzunehmen wird. Das gibt ja auch die Begründung zu, wie sie auch zugeht, daß dieser Holzstempel außerordentlich hoch ist. Eine solche Steuerpolitik halten wir für kulturwidrig, unter ihr muß die Volkswirtschaft größeren Schaden leiden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sage man nicht, daß diese Bemerkungen hinsichtlich seien, weil die Versicherungsstellen unter 5000 M. freigelassen sind. Es ist zunächst ein volkswirtschaftlich

gar nicht haltbarer Satz, daß das Mobiliar den Nachlass für die Höhe des Besitzes erbe. Das ist durchaus nicht der Fall. Darauf kommt es aber auch gar nicht an. Ist denn das, was die Leute, selbst keine, über 5000 M. versichern (jeder mittlere Geschäftsmann z. B. der Lagerbestände hat), ist denn das ihre Vermögen? Sie werden doch zugeben, daß es innerhalb des Mittelstandes hunderttausende Existenzen gibt, die dadurch, daß sie einen solchen Besitzstand haben, für vermögens gehalten werden, die aber infolge der Steuerlast, die darauf ruht, durchaus als vermögenslos bezeichnet werden müssen. Also dadurch, daß Sie die 5000 M. freilassen, wird nicht etwa der Mittelstand freigelassen.

Wir behalten uns — wie gesagt — unsere Stellung zu den Steuern, je nach ihrer Ausgestaltung vor. Aber das eine darf ich namens meiner Fraktion sagen, daß wir auf jeden Fall verweigern, verkrüppelte Steuerprojekte abzulehnen, die nach den Wünschen der Großgrundbesitzer, der Junker und der Großindustriellen eingerichtet werden, mit einem Worte: nach den Wünschen derjenigen, die in allererster Linie wirtschaftlich in der Lage sind, Steuern zu zahlen. Solchen Steuern, bei denen diesen Kreisen eine ungerechte Schonung zuteil wird, können wir unsere Zustimmung nicht geben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir haben auch keine Neigung, mit unseren Stimmen die Geschäfte des Junkertums und der Konservativen machen zu helfen. Wir sind bereit, an einer Steuerreform mitzuarbeiten, die unter Vermeidung der Vermehrung von Steuern auf Lebensmittel für die von uns geüblichen Ausgaben nur Vermögen und Nachlass in geeigneter Weise belastet und eine dauernde Ordnung in die Finanzen des Reichs bringt. Dabei ist aber Voraussetzung, daß eine Einschränkung der Ausgaben für Militär, Flotte und Kolonien erfolgt. Eine Finanzreform, welche die Quellen der Finanznot nicht verstopft, wird dauernd nichts nützen. Wenn Sie heute eine Finanzreform beschließen und an der allgemeinen Politik mit ihren Millionen- und Milliardenausgaben für Heer, Marine und Kolonien nichts ändern, so werden Sie nach einigen Jahren vor derselben Situation stehen, nur mit dem Unterschied, daß man dann statt 500 Millionen 800 Millionen neue Steuern brauchen wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Finanznot kommt doch gerade daher, daß sich Deutschland über seine wirtschaftlichen Kräfte hinaus in lokale Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien gestürzt hat, daß es neben einem starken Heer auch eine starke Flotte bauen will und daß es neben Hunderte von Millionen in eine uferlose, phantastische Kolonialpolitik hineinstreckt, und weil diejenigen Kreise, die die Vorteile von dieser Politik haben, in lächerlich geringer Weise zu den Kosten dieser Politik herangezogen werden. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Wird darin nichts geändert, so wird auch die jetzige Steuerreform nichts helfen. Man muß also die Ursache der Finanznot beseitigen, erst dann kann die Rede davon sein, eine Finanzreform zu schaffen, die dauernde Besserung bringt. Hierbei sind aber auch noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Die Zustände im Reich hängen ja wesentlich von den Verhältnissen in Preußen ab.

Preußen

ist die Quelle aller Rückständigkeit im Reich! (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) In Preußen liegt die Quelle des Widerstandes gegen die Sozialreform. Es ist nicht die Herrschaft des Junkertums in Preußen gebrochen, ist, wird man auch im Reich keine Reform machen können, die in steuerlicher und wirtschaftlicher Beziehung vollständig wäre. Die Macht des Junkertums in Preußen basiert wieder auf dem Dreiklassenwahlrecht, auf dem Selbstwahlrecht, dessen Erhaltung namentlich für die Konservativen Voraussetzung für die Bewilligung der Finanzreform ist. Vorbedingung für eine vernünftige Finanzentwicklung in Deutschland ist die Verstopfung der Quellen der Not. Dazu gehört, daß der preussische Junkerherrschaft, die auf dem Dreiklassenwahlrecht beruht, ein Ende gemacht wird. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Wenn man die Herren Liberalen im November gehört hat, ach, dann war die Voraussetzung für die Finanzreform: konstitutionelle Garantien für den Reichstag und Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der damalige Vorträger der gesamten liberalen Gruppen im Hause, Herr Wassermann, hat im November in sehr zutreffender, energischer Weise die Wurzeln des Übels bloßgelegt, indem er sagte: Ohne konstitutionelle Garantien, ohne Veränderung des Wahlrechts in Preußen seien er und seine Freunde für die Finanzreform nicht zu haben. Ich erinnere mich der Worte, deren Sinn wenigstens dahingegen: Veränderung des Wahlrechts in Preußen! (Widerspruch b. d. Soz.) Konstitutionelle Garantien und Finanzreform müßten gleichzeitig verabschiedet werden! (Abg. Wassermann: Das ist ein Mißverständnis, Herr Singer, das habe ich nicht gesagt!) Herr Kollege Wassermann, dann muß ich gestehen, daß ich Sie über Sie ärgere habe. (Große Heiterkeit.) Aber in liberalen Kreisen hat man damals sicher diesen Standpunkt vertreten.

Wenn man sich nun fragt: was ist aus der Finanzreform, die der Liberalismus gutheissen will, jetzt tatsächlich geworden, so kann die Antwort nur lauten: Diese Finanzreform ist eine Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen, der Besitz- und Vermögenslosen, bei sehr erheblicher Schonung von Besitz und Einkommen; sie ist eine Steuerreform, die diesen Namen nicht verdient, weil sie sich charakterisiert als ein Gesetz gegen die breiten Volksmassen, als ein Ausnahmegericht zugunsten des Besitzes, bei dem vor allen Dingen — abgesehen von dieser lächerlich geringer Erbschaftsteuer — von wirklichen Besitzsteuern keine Rede sein kann. Lassen Sie mich in einem scharfen, aber zutreffenden Ausdruck zusammenfassen, wofür ich diese Finanzpolitik halte: Es ist eine Politik der Niedertracht, eine Politik der Ausraubung, die wir mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, bekämpfen werden! (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten, Lärm rechts, Glöde des Präsidenden.)

Vizepräsident Kaempf: Herr Abgeordneter Singer, ich muß feststellen, daß Sie schon während Ihrer Rede folgenden Ausdruck gebraucht haben: daß man unter dem Namen „Finanzreform“ eine Ausraubung der breiten Massen beabsichtigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Ausdruck, zusammen mit den letzten Worten, die Sie gebraucht und worin Sie das Wort „Niedertracht“ im Zusammenhang mit der Vorlage der Regierung angewandt haben, nötigt mich, Sie zur Ordnung zu rufen. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Syahn (3):

Wir haben die Notwendigkeit der 500 Millionen-Forderung anerkannt, und wir waren bemüht, für die Steuern, die wir abheben mußten, genügenden Ersatz zu schaffen. Wir bedauern, daß die Regierung gegen die meisten der von der Kommission vorgeschlagenen Ersatzsteuern sich ablehnend verhält. Der Reichslangler Herr Bülow und der preussische Finanzminister v. Rheinbaben haben früher unter ausdrücklicher Betonung des Familienfriedens (dröhnendes Bravo! rechts, Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) sich auf das entschiedenste gegen die Erbschaftsteuer überhaupt oder mindestens gegen ihre Ausdehnung auf Gatten und Deliquenten erklärt; sie haben auch hervorgehoben, daß durch diese Steuer der Grundbesitz weit schwerer getroffen wird als das mobile Kapital. (Redner verliest unter fortgesetzten dröhnenden Hört! Hört!-Rufen der Redenden die betreffenden Worte aus den Wilton- und Rheinbaben-Reden.) Es ist wahr, daß mein Freund und Kollege einmal Anhänger der Ausdehnung der Erbschaftsteuer gewesen ist (Hört! hört! links); er hat sich aber inzwischen bekehrt. (Schallendes Gelächter links.) Andere haben sich auch bekehrt, wenn auch in umgekehrter Richtung; so war Herr Raasche noch vor einem halben Jahre Gegner der Erbschaftsteuer. (Hört! hört! im Zentrum und rechts, Widerspruch bei den Nationalliberalen.) — Weiter erzählt Redner von einem Gutbesitzer, der an verschiedenen direkten Steuern angeblich über 30 Proz. seines Einkommens zahlte (Hört! hört! rechts, Auf bei den Sozialdemokraten: Es ist wohl zu niedrig eingeschätzt! Große Heiterkeit) und wiederholt die bekannten Einwände der Agrarier gegen die Erbschaftsteuer. Da die Bauernsöhne meistens in der väterlichen Wirtschaft mitarbeiten, so sei die Erbschaftsteuer eigentlich eine Besteuerung der Arbeit! (Große

Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Meiner empfiehlt sodann unter Berufung auf den früheren Finanzminister Roubier die Rotierungssteuer, die sich in Frankreich vorzüglich bewährt habe. (Voller Widerspruch des Abgeordneten Rosen.) — Es ist nicht wahr, daß das mobile Kapital, wie der Hanfa-Bund fälschlich behauptet, nicht oder fast gar nicht im Reichstag vertreten ist. In der Steuerkommission sahen genug Bankiers. (Sehr gut! und große Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

Es handelt sich bei der Frage der Finanzreform nicht, wie der Abg. Wassermann meint, um Fragen der Weltanschauung, sondern darum, wie man die reichenden 50 Millionen aufbringen will. Das ist doch eine Geld- und keine Weltanschauungsfrage. (Lautes Sehr richtig! rechts. Aufse links: Bei Geldfragen hört Gemütslichkeit und Weltanschauung auf! Große Heiterkeit.) — Herr Wassermann hat zur Reichstagsauflösung aufgerufen. Also er wünscht einen Wahlkampf, weil ihm die Worte so scharf angeht. (Lautes links, leb. Sehr gut! rechts u. i. Zentr.). Der nationalliberale Führer verlangt eine Auflösung des Reichstages, wenn die Steuern nicht so bewilligt werden, wie die Regierung es verlangt. Ist das Stärkung des Parlaments, Herr Wassermann? (Stürmisches Sehr gut! im Zentrum.)

Der Reichstagsler hat von „Verleumdungen“ und „Verdächtigungen“ gesprochen, mit denen ein Teil der Zentrumspreffe ihn verfolgt habe. Ueber sein Verhalten in den vorjährigen Novembertagen kann man verschiedener Meinung sein, ohne ihm persönlich nahe zu treten. Wenn in einem von einem Reichstagsler verfaßten Artikel der „Germania“ die Bundesstreue des Kanzlers gegenüber Oesterreich-Ungarns angezweifelt wurde, so steht die Zentrumsfraktion diesen Angriffen völlig fern. Ich persönlich habe damals dem Chefredakteur der „Germania“ erklärt, daß ich die Haltung Bülow's in der orientalischen Krise von Anfang bis zu Ende als völlig tadellos betrachte.

Wir haben den Reichstagsler nicht wegen der Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1903 boykottiert. Wir haben unsere gesellschaftlichen Beziehungen zu ihm abgebrochen, weil er uns (mit erheblicher Stimme) antinationale Haltung vorgeworfen hat. (Stürmisches wiederholte Zustimmung im Zentrum.) Wir lassen uns aber bei der Beurteilung von Gelegenheiten nicht von persönlichen Sympathien und Antipathien, sondern nur von dem leiten, was nach unserer Ueberzeugung heilsam für das Wohl des Volkes und des Vaterlandes ist. (Stürmisches Beifall im Zentrum.)

Freiherrlicher Finanzminister v. Meinhofen: Der Abg. Singer wendet sich gegen die Finanzreform, weil sie 400 Millionen Mark Verbrauchssteuern bringt; er überieht, daß die indirekten Steuern bei uns geringer sind als in anderen Ländern und daß die indirekten Steuern für das Heer und die Marine gebraucht werden, welche den Frieden auch zum Vorteil des Arbeiters sichern. (Zustimmung rechts.)

Die Rückwirkung der beschlossenen Rotierungssteuer wäre besonders schädlich für das Kreditbedürfnis der Provinzen, Kreise und Gemeinden. Dabei werden doch ihre Anleihen fast lediglich im Interesse der Winderbenntelten gemacht. Die Anleihen der Wörse, die man eben von gewissen Schranken befreit hat, würden wieder lahmgelegt werden. (Sehr richtig! links.) Durch die Banken gewinnt doch unsere Industrie immer neue Absatzgebiete und dadurch wächst unser politischer Einfluß. (Sehr richtig!)

Die Summen, die wir im Kriegsfalle brauchen, sind so staunend große, daß ich mich scheue, sie hier zu nennen.

Wir dürfen aber die Wörse nicht lahmlegen, sonst könnte sie im Ernstfalle versagen.

Ich wende mich nun zur

Erbschaftsteuer.

Auch im Zentrum gab es früher Abgeordnete, welche einer Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder nicht abgeneigt waren. Ebenso hat die „Neue Zeitung“ 1906 ausgeführt, daß die Konservativen in die Lage kommen könnten, ihr zustimmen; dabei handelte es sich damals um neue Steuern im Betrage von 230 Millionen, heute um 500 Millionen, von denen 400 Millionen durch indirekte Steuern aufgebracht werden sollen. Wenn nun eine allgemeine Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer sich verbietet, so ist als eine allgemeine Besitzsteuer nur die Erbschaftsteuer übrig, jede andere trifft nur einzelne Arten des Besitzes. Die Reichserbschaftsteuer ist heute zu einer *dira nascensitas* (harten Notwendigkeit), zu einer Lebensfrage des Reiches geworden. Daher ist es eine patriotische Pflicht, Einzelbedenken diesem großen Ziele unterzuordnen. (Sehr richtig! links.) Verächtlich ist nur der Mann, der seine Meinung ändert, um in seiner Stellung zu bleiben oder aus sonstigen äußeren Gründen. Wer aber aus innerer Ueberzeugung frühere Meinungen revidiert, Bedenken überwindet, um große Ziele des Vaterlandes zu fördern, der dient der Vorlage. Wir wollen keine Erbschaftsteuer zulassen, welche das feste Gefüge des häuslichen Besitzes stört. Wir müssen die Landwirtschaft, das feste Bollwerk des Vaterlandes, erhalten. Schon nach der Vorlage im Herbst blieben vier Fünftel der gesamten Landwirtschaft von der Besonderesteuer frei, nach der jetzigen Vorlage sogar 90 Proz. Ferner ist gestattet, die Erbschaftsteuer statt in einem Kapital in einer zwanzigjährigen Rente zu zahlen. Von einer Ueberbelastung der Landwirtschaft durch die Erbschaftsteuer kann also gar keine Rede sein. Bei einem schuldenfreien Gut von 24 000 M. Ertrag ist nichts zu zahlen, bei 60 000 M. jährlich 14,73 M. zwanzig Jahre lang, bei 180 000 M. nur 68,22 M. jährlich und bei 600 000 M. nur 331,11 M. jährlich zwanzig Jahre lang. (Amdauerndes Hört! Hört! links.) Die Befreiung der Bedenken der Gegner dieser Steuer ist aber freilich nicht erreicht worden durch die Art, wie die Sache in der Öffentlichkeit behandelt worden ist. Man hätte die Gegner mit Gründen bekämpfen müssen, durfte ihnen aber nicht egoistische Motive unterstellen, während zum Teil durchaus ernste und ideale Motive zugrunde liegen. Ich kann es nicht verschweigen, daß gerade die Haltung der Parteien der Linken hinsichtlich der indirekten Besteuerung die Verständigung sehr erschwert hat. Es ist sehr bedauerlich, daß aus dem Kabal, der doch zweifellos ein Zugbrückenstück ist, nicht mehr herausgeholt worden ist, und auch die Haltung der Linken bei der Vermögenssteuer hat die Verständigung sehr erschwert. Es liegt mir aber fern, in dieser ersten Stunde irgendwelche Vorwürfe zu erheben, oder ich möchte fragen, ob es denn nicht möglich ist, die Schwierigkeiten zu überwinden. Sind denn wirklich die Gegensätze unüberwindlich, die Hindernisse unübersteigbar? Der Streit der widersprechenden Interessen ist weder für unsere innerpolitische Situation fruchtbar noch für unser Ansehen im Ausland. (Sehr richtig! links.) Kann es erwünscht sein, daß unsere erwerbenden Kreise in zwei getrennte Lager gespalten, daß das Bündnis zwischen Industrie und Landwirtschaft, das so lange bestanden hat, gefährdet wird? In einem Teil der ausländischen Presse freut man sich über unsere Schwierigkeiten. Das sollte uns daran mahnen, daß es noch Zeit ist, die Hand zu bieten und was zerissen ist wiederherzustellen für die finanzielle Wiedergeburt unseres Vaterlandes. (Beifall des Zentrums.)

Abg. Fürst Haysfeldt (Sp.): Ich habe namens meiner politischen Freunde eine vielleicht etwas längere Erklärung abzugeben. (Große Heiterkeit.) Weder verliest eine Erklärung, wonach seine Freunde mit der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder einverstanden sind (Bravo! links), jedoch legen sie besonderen Wert auf Sicherungen gegen künstliche Erweiterungen der Erbschaftsteuer. Auch anderen Besitzern sind sie bereit zuzustimmen, doch könne in den von der Kommission vorgeschlagenen Steuern ein gangbarer Weg nicht gefunden werden, schon weil die verbündeten Regierungen sie ablehnen. Eine Auflösung des Reichstages zu provozieren, widerspreche den konservativen Ueberlieferungen.

Abg. Dr. v. Diembowitsch-Pomian (Vole): An den Auseinandersetzungen über die Parteien werden wir uns nicht beteiligen. Unsere sachliche Stellung werden wir in der Kommission und bei der zweiten Lesung darlegen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Stadtverordneten-Verammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Casel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den gestern plötzlich verstorbenen Stadtv. Augustin (Soz.). Die von der Verammlung stehend angebotenen Worte des Vorstehers würdigen die eifrige kommunale Tätigkeit des Verstorbenen.

Ebenso gedenkt der Vorsteher der Verdienste des am 13. Juni verstorbenen Oberstadtschreibers Gärner mit anerkennenden Worten.

Zuvor findet in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner die Wahl von drei Mitgliedern und drei Stellvertretern der Abteilung I und II des Berliner Bezirksauschusses statt.

Die bisherigen Mitglieder Reg.-Baumeister a. D. Wöhle, Justizrat Dr. Bandau und Baumeister Kampffmeyer werden wiedergewählt, ebenso die bisherigen Stellvertreter.

In das Kuratorium der Sparkasse sind vier weitere Mitglieder zu wählen. Gemeldet sind: Dr. Arons (Soz.), Deutsch (Foz.-fortsch.), Rosenow (N. L.), Förster, Landsberg, Liebermann, Kelle (N. L.). Aus der Wahl durch Stimmzettel gehen hervor: Dr. Arons, Liebermann, Rosenow und Kelle, welche von 79 gültigen Stimmen 70, 67, 62 und 60 erhielten.

Ueber die Vorlage wegen widerruflicher Ueberweisung einer Summe von 618 M., die „für gemeinnützige Zwecke“ verwendet werden muß, an die Deputation für Verwaltung des Gefindepelohnungs- und Unterküfungsfonds steht die zweite Beratung noch aus, da am 3. Juni cr. Stadtv. Singer (Soz.) der sofortigen Vornahme derselben widersprach.

Stadtv. Stabshagen (Soz.): Ich bitte Sie auch heute, die Vorlage abzulehnen. Es sind in Berlin zahlreiche wohlthätige, ungenutzte Fonds vorhanden, die die 600 M. recht gut verwenden können. Ein solcher gemeinnütziger Zweck wird aber von dem genannten Fonds nicht erfüllt; Gemeinnützigkeit liegt nicht vor, solange eine Steuer von 50 Pf. von jedem Diensthofen bei jedem Stellenwechsel erhoben wird, ohne daß ihm dafür ein Äquivalent geboten wird; denn tatsächlich wird nur ein ziemlich problematischer Anspruch für das höhere Lebensalter unter sehr schweren Bedingungen gewährt. Wir haben in Berlin 90 000 Diensthofen, aber jener Anspruch kommt nur einem ganz winzigen Bruchteil in Hospitalpflege u. dgl. zugute. Zu Recht besteht jene Steuer übrigens überhaupt nicht. Dazu kommt, daß die Verwaltungskosten relativ enorm hoch sind.

Die Vorlage wird ohne weitere Debatte von der Mehrheit angenommen.

Den Ausschuhbericht über die Vorlage betreffend den Verkauf eines Grundstückes an der Paulstraße zur Errichtung von Grobmarkthallen erstattet Stadtv. Jacobi (N. L.). Befanlich hat der Ausschuh die Vorlage mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt und vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen, die Erbauung der gesamten Grobmarkthallen auf dem städtischen Terrain zwischen der Anprobe- und der Paul-Dehse-Straße schleunigst in die Wege zu leiten.

Inzwischen wird vom Stadtv. Gerike (Fr. Fr.) ein Gegenantrag eingebracht, wonach unter Ablehnung der Vorlage der Magistrat ersucht werden soll, mit dem Fiskus in weitere Verhandlungen einzutreten unter folgenden Gesichtspunkten: 1. Festsetzung eines bestimmten Kaufpreises für das Quadratmeter, ohne Uebernahme weiterer Risiken durch die Stadt; 2. Gewährleistung einer dauernden vertragsmäßigen Sicherung des Eisenbahnanschlusses; 3. Auflassung der Helde- und Döberitz-Straße nur unter Ertrag durch eine Uferstraße.

Stadtv. Galland (N. L.): Die hier zu lösende Frage ist jetzt akut geworden. Die Stadt befindet sich geradezu in einer Notlage, aus der allein sich erklären läßt, daß der Fiskus so unglaublich rigorose Bedingungen gestellt hat. Aber selbst wenn wir uns diesen unterwerfen, wird die Frage nicht endgültig gelöst, denn die Ausdehnung des Terrains am Leichter Güterbahnhof ist begrenzt und wird den Ansprüchen auf die Dauer auch nicht genügen. Viel besser stellt sich an sich das städtische Terrain im Nordosten dar; Entfernungen spielen ja heute keine ausschlaggebende Rolle mehr, auch nicht für die Händler.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Verammlung steht vor einer folgenschweren Entscheidung. Sicherlich verdient das Grundstück an der Landsberger Allee für die Erbauung einer Zentrolmarkthalle räumlich den Vorzug; am Leichter Güterbahnhof ist nur ein begrenztes Terrain vorhanden, das dem Bauwerk viel Einschränkungen auferlegt. Das kann aber nicht ausschlaggebend sein. Das Grundstück in der Paulstraße hat nicht nur einen geeigneten Bahnananschluß, sondern auch den Anschluß an die Wasserstraße, ein äußerst wichtiges Moment. Noch größere Bedeutung hat die zentrale Lage des Grundstückes. Daß die Engroshändler überallhin den Weg finden werden, wie behauptet wird, ist doch zweifelhaft; der Handel geht eben seine eigenen Wege. Es kommt auch nicht sowohl auf die Engros-, als auf die Detailhändler an. Der Straßenhandel hat für Obst und Gemüse eine große Bedeutung zum Vorteil der Bevölkerung Berlins erlangt; diese Straßenhändler würden schwerlich sich mit einer Grobmarkthalle im Nordosten abfinden. Schließlich könnte auch Charlottenburg oder eine andere Vorortgemeinde oder die Interessenten selbst sich an die Errichtung einer eigenen Zentrolhalle machen, und das ich würde für ein Unglück halten; der Grobhandel muß an einer Stelle konzentriert bleiben. Die Bedenken wegen der Zufuhr und wegen der Abnahme des Grundstückes sind ja zum Teil berechtigt, lassen sich aber überwinden. Die Bedingungen des Fiskus erscheinen ja sehr hart und ruhen unsere Kollage voll aus; ehe wir uns aber den Weg vollständig verlegen, sollten wir doch wenigstens den Versuch machen, ein Arrangement auf anderer Basis herbeizuführen. Ueberlegen Sie auch übererleits noch sehr in der zwölften Stunde, ob es richtig ist, mit der Grobhalle in die Landsberger Allee zu gehen.

Stadtv. Dinske (Soz.): Die Mehrheit des Ausschusses ist zur Ablehnung der Vorlage gekommen, gerade weil sie über die nächste Zukunft hinausgeht. Zur Aufnahme des Grobhandels bleiben dort nur 24 000 Quadratmeter übrig; damit würde vielleicht möglich, die doppelte Anzahl von Standinhabern gegen sehr unterzubringen. Aber schon seit 1903 genügen die Verhältnisse in der jetzigen Grobmarkthalle nicht mehr; im Bericht für 1907 ist überzeugend nachgewiesen, wie die Halle schon seit Jahren an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Das gleiche Schicksal würde uns an der Paulstraße drohen. Die Eisenbahnanlagen können jederzeit nach sechsmonatlicher Kündigung wieder entzogen werden; was nützt uns dann der Wasseranschluß? Von diesem erwartete ich ohnehin nicht allzuviel, weil die Spree dort nicht sehr breit ist. Das Bedenklichste ist, daß die Paulstraße allein die Einfuhr- und Abfuhrstraße sein soll. Der Oberbürgermeister sieht die Lage im Westen als besonders zentral an. Ja, das konsumierende Publikum in seiner großen Masse befindet sich im Norden und im Osten; dort sind die Meisten, wo in jeder 10-15 mal so viel Menschen wohnen als in einem Hause des Westens. Der Oberbürgermeister bezog sich auf den Straßenhandel; er überieht wohl, daß aus den Straßen des Westens der Straßenhandel zum großen Teil verschwunden ist. Das reiche Publikum des Westens macht in den Kaufhäusern seine Einkäufe und läßt sie sich zuschicken. Von neuen Verhandlungen mit dem Fiskus verpöche ich mir nach den Erklärungen, die wir im Ausschuh erhalten, nichts; der Preis ist kolossal hoch, die sonstigen Bedingungen sind geradezu unerträglich. Wollen Sie wirklich eine Entwidlung unseres Grobhandels, dann stimmen Sie für den Ausschuhentwurf.

Stadtv. Gerike (Fr. Fr.): Der ganze Ausschuh war einig, daß das Terrain an der Paulstraße an sich sehr günstig und sehr

gut gelegen ist; aber die gestellten Bedingungen erscheinen unannehmbar. Mein Antrag, der im Ausschuh abgelehnt worden ist, ermöglicht neue Verhandlungen, auf die der Fiskus doch vielleicht eingehen.

Stadtv. Oberland (N. L.): Die Ermahnungen des Oberbürgermeisters richten sich eigentlich gegen unsere vor drei Jahren gefassten Beschlüsse, die Grobmarkthallen nach dem Osten hinaus zu verlegen. Damals hatten wir mit denselben Einwänden zu tun gehabt und sie als nicht stichhaltig erkannt. Wenn Charlottenburg auch eine Markthalle baute, würde ich das für kein Unglück ansehen. Die Befürchtung, daß die Grobhandler selbst eine Markthalle bauen werden, habe ich wirklich nicht, denn die bekommen ja keine Grundstücke oder doch nur zu unerbäulismäßig hohen Kosten. Die zu bauende Markthalle soll doch auch 100 und mehr Jahre vorhalten, und dazu bedürfen wir eines Terrains mit dem ausgedehntesten Bahnananschluß. Damit sieht es aber an der Paulstraße sehr wenig schön aus.

Stadtv. Dr. Bensch (Foz.-fortsch.): Ich darf mich zu der Mitarbeiterhaft des Antrages Gerike im Ausschuh bekennen. So tragisch, wie die meisten Vorredner kann ich die Sache nicht nehmen. Wir brauchen das Paulstraßenterrain nicht absolut; es möchte auch gehen an der Landsberger Allee. Dem Fiskus sollte auch der Bahn genommen werden, daß die Stadt durchaus auf jede seiner Bedingungen, auch die exorbitantesten, eingehen möchte. Der Vertragsentwurf erscheint unannehmbar; er mühte in den aufgeführten drei Punkten revidiert werden. Wir müssen genau den Preis kennen, den wir zu zahlen haben; der Bahnananschluß muß uns einwandfrei gewährleistet sein; die Haldestraße kann ohne Ersatz nicht beseitigt werden.

Stadtv. Reimann (N. L.): Auch Herr Gerike hat doch zugeben müssen, daß das Terrain an der Paulstraße zu klein ist. Daß noch irgend etwas Weiteres vom Fiskus zu erlangen sei, stellte der Oberbürgermeister im Ausschuh als unmöglich dar. Der Fiskus braucht das Terrain selbst gar nicht, ihm liegt nur an der Kasierung der Haldestraße; er will lediglich mit der Stadt ein gutes Geschäft machen.

Stadtv. Giese (N. L.) spricht sich für den Antrag Gerike aus und beantragt namentliche Abstimmung.

Stadtv. Hasuel (N. L.) tritt ebenfalls für den Antrag Gerike ein und bestreitet, daß das Terrain zu klein ist.

Stadtv. Oberland tritt nochmals den beiden Vorrednern entgegen und warnt eindringlich vor dem Antrag Gerike, der die endliche Ordnung der Sache lediglich wieder vielleicht auf Jahre hinauschieben würde.

Damit schließt die Debatte. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Gerike, auf Annäpfung neuer Verhandlungen, mit 60 gegen 30 Stimmen abgelehnt, der Ausschuhentwurf angenommen.

Die Vorlage wegen Errichtung eines zweiten Verwaltungshauses für 75 Kranke nebst Pflegerwohngebäude bei der 3. Irrenanstalt in Buch ist einer eingehenden Ausschuhberatung unterzogen worden. Erneut beantragt wurde die Höhe der Baukosten. Den Bericht erstattet Stadtv. Körte (Fr. Fr.).

Stadtv. Gremer (Fr. Fr.) beantragt Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuh.

Stadtrat Straßmann: Die Wünsche des Ausschusses zu b würden wir berücksichtigen können, die Konzeption wegen des Luftstromes allerdings nur schweren Herzens machen; aus Sicherheits-erwägungen aber müssen wir dem Verlangen zu a entschieden widersprechen. Die festen Zellen dürfen nicht verlegt werden.

Stadtv. Gremer kann leichteres Bedenken nicht gelten lassen. Von der Zurückverweisung hofft er Beschleunigung der Angelegenheit.

Stadtv. Aste: Der Stadtbaurat hat uns heute vor der Sitzung ein völlig durchgearbeitetes Projekt vorgelegt, das unseren Bedenken gerecht wird. Ich beantrage, dieses Projekt heute anzunehmen. Die Bedenken des Stadtrats Straßmann kann auch ich nicht als berechtigt anerkennen.

Stadtv. Ulrich (N. L.) wendet sich gegen die Doppelrolle, die der Kollege Körte als Referent und als Antragsteller spielt, und beantragt die Annahme der Vorlage mit der Maßgabe, daß lediglich hinsichtlich der Korridore und Treppen dem Ausschuh gewillfährte werde.

Stadtv. Dr. Jense (N. L.) spricht sich für glatte Annahme der Magistratsvorlage aus.

Stadtv. Singer (Soz.): Es scheint sich in der Hauptsache darum zu handeln, daß der Ausschuh aus Ersparnisgründen die Räume verkleinern will; es ist mir auch gesagt worden, man habe die Abtritte mit den Zellen verbinden wollen. Man kann ja im Zweifel sein, ob bei geisteskranken Verbrechern überhaupt in dem Sinne ein Verbrechen angenommen werden kann, daß man sie dafür auch körperlich strafen, indem man sie in gefängnisartigen Räumen unterbringt. Solange die Leute sich in städtischen Anstalten befinden, sind sie als Kranke zu behandeln. Deswegen verstehe ich eigentlich nicht, wie man den Umfang, daß es sich um geistig kranke Verbrecher handelt, benutzen will, sie hygienisch schlechter zu stellen als andere Anstaltsinassen. Der Ausschuh hat nun inzwischen von einem veränderten Projekt Kenntnis erhalten. Soll dieses unserer Beschlußfassung unterliegen, so muß es hier vorgelesen haben und von uns behandelt worden sein. Das geht nicht, daß ein nur einigen Mitgliedern privatim bekanntes Projekt derart behandelt wird. Weiter geht nur aus der Diskussion hervor, daß es dieses neuen Projektes kaum bedarf. Die Vorlage trifft das Richtige, wir werden für sie stimmen.

Stadtv. Sachs (N. L.) verteidigt das Verfahren des Ausschusses. Die festen Zellen könnten ganz wohl an die inneren Seiten der Kollege verlegt werden; die Fenster befänden sich doch über zwei Meter hoch vom Boden und seien sehr klein.

Stadtv. Prof. Landau (N. L.) beweist nicht, wie man sich gerade diesen Bau zum Sparen ausdenken kann. Man könne bei Geisteskranken nicht danach, ob sie ein Verbrechen begangen oder nicht, differenzieren. Neben beantragt die einfache Annahme der Magistratsvorlage.

Auch Stadtv. Labowitz (N. L.) stellt das Urteil der Psychiatiker in diesem Falle höher als das der Baufachverständigen und wird den Ausschuhentwurf ablehnen; ebenso Stadtv. Rosenow, der speziell dem Stadtv. Sachs entgegentritt.

An der weiteren Debatte beteiligen sich noch Stadtv. Gremer und Stadtrat Straßmann. Die Anträge Gremer und Ulrich werden zurückgezogen. Zur Annahme gelangt schließlich nach Ablehnung des Ausschuhentwurfes die Magistratsvorlage.

Eine Reihe von Vorlagen hat den Neubau von Schulen zum Gegenstand. Auf dem städtischen Grundstück an der Jbsenstraße soll eine Gemeindepflichtschule, auf dem städtischen Grundstück Antonstr. 33 bis 42 eine einfache Gemeindepflichtschule errichtet werden; auf dem städtischen Grundstück Antonstraße 10 bis 15 ist eine dreifache Schulanlage nebst Lehrertwohn- und Stabesamtgebäude geplant.

Stadtv. Gremer beantragt Verweisung an einen Ausschuh, dem auch noch weitere Vorlagen überwiesen werden könnten.

Die Verammlung beschließt demgemäß. Der Ausschuh wird sofort ernannt; ihm gehören auch die sozialdemokratischen Stadtv. Dr. Arons, Vorkmann, Glode und Hinge an. Dem Ausschuh werden weiter überwiesen der spezielle Entwurf zum Erweiterungsbau der Volkshochschule an der Schillingstraße und die speziellen Entwürfe zu den zunächst in Angriff zu nehmenden Bauarbeiten der vierten Irrenanstalt in Buch.

Da es inzwischen 9 Uhr geworden, beschließt die Verammlung auf Antrag Singer, sich zu verlegen. Der Vorsteher macht darauf aufmerksam, daß zur Verwaltung des vorliegenden Materials, insbesondere der Beschlungsverbesserungsvorlage für die städtischen Beamten und Lehrer, außer der nächsten ordentlichen Sitzung vor den Ferien, noch wahrscheinlich zwei außerordentliche Sitzungen werden stattfinden müssen.

Schluß nach 9 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Wariendorf. Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Löwenhagen außerordentliche Mitgliederversammlung. Die wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller zur Pflicht.

Rudow. Am Sonntag, den 20. Juni, abends 6 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal des Herrn August Palm statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung wurde vom Stadtv. Cassel, der als Vorsteher-Stellvertreter die Verhandlungen zu leiten hatte, unserem verstorbenen Genossen, Stadtv. Augustin die übliche Nachruf gewidmet.

Die Tagesordnung war diesmal so reichlich und ihre ersten Punkte boten soviel Anlaß zu Erörterungen, daß nur ein kleiner Teil des Pensums erledigt werden konnte.

Die Angelegenheit des Gesinde-Velohnungs- und Unterstützungsfonds wurde in zweiter Lesung verhandelt. Der erneute Versuch unseres Genossen Stadtv. hagen, die freisinnige Mehrheit der Versammlung dahin zu bringen, daß sie dieses Institut als ein keineswegs gemeinnütziges anerkenne, blieb erfolglos.

Ohne weitere Debatte wurde die Magistratsvorlage angenommen. Zu einer sehr gründlichen Aussprache führte die Ausschussberichterstattung über die Vorlage betreffend den Ankauf des an der Paulstraße gelegenen Geländes zur Errichtung der geplanten Groß-Markthalle für den Obst- und Gemüsehandel.

Der Ausschuss empfahl, die Vorlage des Magistrats abzulehnen und den Magistrat um Ausfertigung des früheren Projektes zu ersuchen, für das ein Gelände hinter dem Friedrichsbain in Aussicht genommen war. Die Magistratsvorlage wurde noch einmal vom Oberbürgermeister Kirchner verteidigt und als die beste Lösung gepriesen, aus der Versammlung aber erhob sich kaum eine Stimme zu ihrer Empfehlung.

Das Projekt, durch dessen Annahme die Stadt dem Fiskus auf Gnade und Ungnade überliefert würde, wurde nachdrücklich auch von der sozialdemokratischen Fraktion bekämpft, in deren Namen Genosse Sinye die Ablehnung empfahl. Das Ergebnis der langdauernden Debatte war der Beschluß, die Vorlage abzulehnen und den Magistrat an das frühere Projekt zu erinnern. Für das Gelände an der Paulstraße war so wenig Stimmung vorhanden, daß auch der vom Stadtv. Gerike gemachte Vorschlag, mit dem Fiskus erneut zu verhandeln, um vielleicht etwas weniger ungünstige Bedingungen herauszubringen, keine Gegenliebe fand.

Un erwartet lange und lebhaft wurde gestritten um eine Vorlage betreffend die Errichtung eines zweiten Verwahrungshauses für die Irrenanstalt Buch. Der Ausschuss, dem der Bauentwurf überwiesen worden war, empfahl Abänderungen, durch die man Ersparnisse zu machen wünschte. Im Plenum wurde dieser Vorschlag von mehreren Seiten bekämpft. Genosse Singer hob hervor, daß selbstverständlich auch gegenüber den Zusätzen eines solchen Verwahrungshauses, den mit dem Geseh in Konflikt gekommenen Irren, die Forderungen der Gesundheitspflege zu erfüllen seien. In der Reihe derjenigen, denen das wider den Strich geht, war der eifrigste der Stadtverordnete Sachs. Doch eine Mehrheit fand sich nicht für die Vorschläge des Ausschusses. Die Versammlung nahm die Magistratsvorlage unverändert an.

Ein gutes Geschäft.

Seit acht Tagen zeigt der preussische Staat, was selten genug bei ihm vorkommt, wieder mal Beselau. In den Geschäftskrämmen der königlichen Lotteriefollekture, deren Zahl in Groß-Berlin immer mehr zunimmt, da doch genug inaktive Offiziere neben ihrer Pension noch extra bezichtigt werden müssen, ergiebt sich ein Gold- und Silberregen über die glücklichen Gewinner aus der kürzlich beendeten „großen Ziehung“. Wie viele Hoffnungen da wieder begraben worden sind! Hunderttausende rechneten bestimmt auf das „große Los“ oder doch einen anderen seltenen Wagen, bauten Lustschlösser und vergaßen, daß Frau Fortuna eine wetterwendliche Dame ist. Sie schüttelt ihr Mißhorn noch öfter denen in den Schoß, die schon genug haben, und geht vorüber an den anderen, die den Segen besser gebrauchen können. Nun hat ihr Kontokorrentbuchhalter, der königlich preussische Lotteriefollektur, die klingende Regulierung in die Hand genommen. Da sieht man erst, was alles seine Hoffnung und sein Geld aufs königliche Spiel legt. Seitdem der preussische Staat und seine lieblichen Helfershelfer mit Krugaugen darüber wachen, daß kein Lotteriegroschen in konkurrierende Staatskassen fließt, blüht das Geschäft entschieden besser. So gut, daß von der nächsten Ziehung ab wieder ein paar zehntausend Nummern mehr in den Spielplan aufgenommen worden sind. Nicht etwa um der schönen Augen und der leeren Taschen des Volkes willen. Bewahre, der preussische Staat braucht immer Geld und versucht es auch mit kleinen Mitteln, wenn die großen noch nicht ziehen wollen. Was er mit der einen Hand gibt an die glücklichen Gewinner, davon heimst er mit der anderen seinen reichlichen Anteil ein — nicht weniger als 15 1/2 Prozent. Ein nettes, glattes, rundes Geschäft, das so leicht nicht pleite geht.

Schnelle Hilfe soll keiner von der Armenpflege der Stadt erwarten. Sie handelt nicht nach dem Satz: „Doppelt gibt, wer schnell gibt.“ Ihre Organe glauben, sich zehnmal überlegen zu sollen, ehe sie ein einziges Mal etwas hergeben. Stadtrat Münsterberg, der Chef der Armenverwaltung, hat stolz berichtet, in Berlin brauche niemand zu verhungern. Nein, gewiß nicht — wenigstens dann nicht, wenn jeder das Hungern so lange aushält, bis er was kriegt.

Einer, der's durchgemacht hat, schildert uns, wie er umherlaufen mußte, um endlich mit Bettelstücken abgepeißt zu werden, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel waren. Er war schlusslos geworden, bemühte sich Monate hindurch um andere Arbeit, fand aber nichts, weil an Arbeitsnachenden kein Mangel ist und er selber nicht mehr zu den Jüngeren gehört. Da er Frau und drei Kinder hatte und ein viertes unterwegs war, so ging er schließlich zum Armenvorsteher und bat um Hilfe. Gewährte man sie ihm? Der Vorsteher, der es wohl gut mit ihm meinte, gab dem Bittenden — nennen wir ihn X. — den Rat, sich lieber zunächst nach an Vereine und Stiftungen zu wenden, weil X. von solchen keine Hilfe mehr erhalten würde, wenn er erst mal von der Armenpflege unterstützt worden sei. X. beherzigte das und schrieb an Vereine und Stiftungen, aber vergeblich wartete er auf Antwort. Als er lange genug ausgeharrt und mit der Familie geharrt hatte, ging er aufs neue zum Armenvorsteher

und trug seine Not vor. Indes, der wollte ihm partout nicht die Möglichkeit abschneiden, doch noch von anderswoher etwas zu kriegen. Darum riet er, sich nochmals an Vereine usw. zu wenden. Nun kam aber, um das Maß voll zu machen, über X. noch das Unglück, vom Wirt mit Ermession bedroht zu werden, weil er zuletzt auch die Miete schuldig geblieben war. Wieder ging er zum Armenvorsteher, von dem er noch immer sich Hilfe erhoffte. Der setzte ihm jetzt aneinander, daß X., wenn er sich ermitteln lasse, für eine neue Wohnung wohl eine Monatsmiete bekommen könne, falls nicht inzwischen von anderswoher Hilfe gewährt worden sei. Die Hilfe von anderswoher kam noch nicht, die Miete war nicht zu beschaffen, und X. wurde samt den Seinen an die Luft gesetzt. Schon war eine neue Wohnung gemietet, aber der Fuhrmann, der die Wirtschaft dorthin schaffen sollte, forderte seine 6 M. im voraus. Wieder war's der Armenvorsteher, zu dem der Verdrängte sich stürzte — und wieder war's nichts weiter als ein gutgemeinter Rat, was er erreichte. Ihm war von einem Verein in Aussicht gestellt worden, daß man in wenigen Tagen eine Unterstützung zahlen werde. Der Herr Vorsteher möge daraufhin, so bat X., die 6 M. auslegen, damit der Umzug bewerkstelligt werden könne. Aber unser Armenvorsteher war ein gewissenhafter Mann, der nichts tun wollte, was — seiner Ansicht nach — dem Hilfsbedürftigen schaden konnte. Wenn er, der Vorsteher, die 6 M. hergäbe, dann müsse versichert er, dem Verein Mitteilung gemacht werden, und dann werde das von dort versprochene Geld nicht gezahlt. So mußte X. auf den Fuhrmann verzichten und eine Nacht mit seinen Sachen im Hausflur zubringen, bis am nächsten Morgen ein anderer Fuhrmann mitteilend ihm seinen Wagen ohne Bezahlung überließ. In der neuen Wohnung wurde die Frau vom vierzehn Kinder entbunden, und noch immer hatte X. keine Arbeit finden können. Der nächste Monatserste kam näher und näher, X. richtete an eine Stiftung ein Gesuch um Mietsbeihilfe — und hatte vier Wochen später die Antwort, man könne nichts geben. Inzwischen war er kurz nach Beginn des neuen Monats zum Armenvorsteher seines jetzigen Bezirks gegangen und hatte ihm seine Notlage vorgestellt. Hier wurde ihm geantwortet, er solle am 15. wieder kommen, dann könne man vielleicht zum nächsten Ersten etwas bewilligen. Ob's denn nicht früher möglich sei, fragte X., aber der Vorsteher verneinte. Da lief X. zur Armenverwaltung, von dort wies man ihn an ein anderes Bureau, dieses schickte ihn wieder zum Armenvorsteher seines Bezirks, und der erklärte jetzt, man müsse erst — recherchieren. Daß dann schon am anderen Morgen der Vorsteher in der Wohnung von X. erschien und der Frau einen Gutschein für Lebensmittel im Wert von 6 M. gab, mußte nach allen bisherigen Erfahrungen überraschen. Nachmittags kam ein Rechercheur, informierte sich genauer, ging auch zum Wirt, der auf Miete wartete, und wies X. an, nach zwei Tagen wieder beim Vorsteher anzufahren. X. tat das, wurde aber mit der Bemerkung empfangen, er habe es ja kurz vorher eilig, vorläufig sei er doch noch nicht verlegt. X. wollte es nicht erst hierzu kommen lassen, ging erneut zur Armenverwaltung, ließ sich Hilfe versprechen, fragte nach achtzigigem Warten nochmals dort an, wurde nach einem anderen Bureau geschickt und erhielt hier den Rat, er könne ja mal — am nächsten Monatsersten zu seinem Vorsteher gehen. Der Monatserste kam, und — endlich, endlich! — wurde der hungernden Familie, deren Ernährer nun schon neun Monate stellungslos war, die ersuchte Unterstützung gezahlt. Wieviel war's? Fünfzehn Mark! Fünfzehn Mark für sechs Köpfe!

Das war das Ergebnis all der verzweifelten Bemühungen um Hilfe. X. meint, daß er in der Zeit, die er auf die Laufereien und Schreiberereien verwendet hat, sehr viel mehr als 15 M. hätte zusammenbringen können, wenn er — Tür bei Tür geklopft hätte. Da kann er Recht haben.

Das ist ein Fall von vielen, der die Langsamkeit unseres Armenwesens im hellsten Lichte zeigt. Herr Münsterberg als Chef der Armenverwaltung sollte sich einmal ernsthaft mit der Frage beschäftigen, wie den Hilfsbedürftigen schneller wirksame Hilfe geleistet werden kann, wie das jetzt leider in vielen Fällen geschieht. Unsere Nachbarstadt Charlottenburg würde auf diesem Gebiete der Berliner Armenverwaltung ihre Erfahrungen und Anweisungen an die Armenvorsteher sicher gern mitteilen.

Selbst es Herrn Münsterberg, hier Wandel zu schaffen und einmal auch etwas Positives zu leisten, so versichern wir ihm, daß wir die Ersten sein werden, die ihm unsere Anerkennung nicht versagen werden. Bisher waren wir hierzu leider nicht in der Lage.

Die Beerdigung des Genossen Richard Augustin findet am Sonntag früh 9 Uhr von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes in der Pappelallee statt.

Eine Gemeinheit

leistet sich der „Lokal-Anzeiger“ in seiner gestrigen Abendausgabe in einer Notiz über das Ableben des Genossen Augustin. Wir lesen da:

„Geistig bedeutete er nicht viel, körperlich dagegen um so mehr. Er war von geradezu heftigster Körperfülle.“ Und zum Schluß heißt es:

„Bei den Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung ist Augustin, dem die Partei nachrühmt, daß sie auf ihn wie auf einen Felsen bauen konnte, nicht hervorgetreten.“

Wir glauben, daß es genügt, wenn wir die an einem Toten hier begangene Gemeinheit niedriger hängen. Eine niedrigere Gefühmsung ist kaum noch denkbar. Nachlinge!

Gegen die „Gratbild“ schwindelhafter Vergrößerungsanstalten wenden jetzt die Photographen ein neues Mittel an, weil alle Warnungen bisher fruchtlos blieben. In der Leipziger Straße zeigen sie, indem sie Bilder verschiedener Art neben einander aufhängen, was die Besteller vom Photographen zu mäßigen und angemessenen Preisen und was sie „gratis“ von gewissen „Kunstankalen“ bekommen, denen sie dann für dieses und jenes auch noch 8, 4 und 5 M. nachzahlen haben. Die Nebeneinanderstellung zeigt allerdings, daß die Leistungen dieser „Kunstankalen“, für die besonders in der Provinz durch Anzeigen und Agenten in ausgedehntem Maße und mit allen möglichen Vorspiegelungen geworden wird, ganz wertlos sind.

Die Tage der Rosen.

Wer jetzt die Königin der Blumen in prächtiger Entfaltung in vielen tausend Exemplaren sehen will, lenke seine Schritte hinaus vor die Tore Berlins nach dem freundlichen Dorfe Weig. Hier schauen sich, vom Lusthaus samt bewegt, in strophender Naturkraft und nicht verwehlicht und verzärtelt wie ihre Schwester in den Treibhäusern die Favoriten aller Blumenfreunde. Weike Rosenkulturen breiten sich da aus und die Luft ist in dieser Zeit der Wüste geschwängert mit den köstlichsten Wohlgerüchen. Vom Tau der Nacht bedeckt öffnen unter dem zärtlichen Aug der Morgenröthe die Knospen ihre schlaftrunkenen Augen und bliden verwundert in die herliche Sommerpracht. Und dann reden und dehnen sich die lieblichen Kinder Floras und entfalten in entzückender Reinheit ihre

häufige Krone. Die Rose steht da. „Sie blüht und glüht und leuchtet und harret stumm in die Höh'...“

Sie harret dessen, der sie brechen wird. Und es kommen deren viele. In der Morgensfrühe trennt ein scharfer Schnitt sie von der Mutterpflanze, dann werden sie verpackt und fort geht es der Großstadt entgegen. In den Markthallen, Blumenenghäften finden sich die Köstler wieder und viele wandern in die kleinen Märkten der Blumenfrauen, die mit bewunderungswürdiger Ausdauer in den Lärm der Straße rufen: „Rosen, frische Rosen! Fünf Stück for'n Groschen... Rojen!“

Ein Stadtbahnwärter konnte vorgestern in einem Södringzuge festgenommen werden. Der Töpfer Schickelski war auf der Fahrt von Tempelhof nach Stralau-Kummelsburg in einem Abteil dritter Klasse eines Södringzuges eingeschlafen. Ein im Nebenabteil sitzender Arbeiter beobachtete plötzlich, wie auf dem Bahnhof Hermannstraße ein Mann in das betreffende Coupé einstieg und dem Schlafenden das Portemonnaie aus der Tasche nahm. Der Arbeiter hielt den Räuber fest, der mit Hilfe des inzwischen erwachten Schickelski überwältigt und auf der nächsten Station der Polizei übergeben werden konnte. Wie sich herausstellte, ist der Verhaftete ein bereits mehrfach vorbestrafter, von verschiedenen Behörden schriftlich verfolgter ehemaliger Wäcker-Hödemann, der die Stadtbahn-Spederei zweifellos gewerksmäßig betrieben hat.

Schnell tritt der Tod des Menschen ein. Ein trauriger Vorgang hat sich gestern in der Leinestraße abgespielt. Der 62jährige Maurer Friedrich Koch aus der Teupitzerstraße 99 stürzte beim Passieren der Leinestraße plötzlich zusammen und schlug mit dem Kopf gegen die Bordwand des Bürgersteigs. Man schaffte den Verunglückten nach dem städtischen Krankenhaus, wo aber nur noch der Tod konstatiert werden konnte. Ob K. an den Folgen der Verletzung gestorben ist oder ob er durch Herzschlag den Tod gefunden hat, wird erst durch die Obduktion festgestellt werden. — Der Landgerichtsrat Diez, der älteste Richter der Strafkammer des Landgerichts I ist gestern abend einem Schlaganfall erlegen. Diez hatte am frühen Vormittag noch den Vorsitz der Strafkammer geführt. Gegen Abend besiel ihn ein Unwohlsein, dem bald ein Schlaganfall folgte.

Einen Schädelbruch erlitt die in der Oranienstr. 203 wohnende Frau Pauline Brauer beim Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen. Sie hatte einen Wagen der Linie 20 bemitt und bemerkte vor dem Hause Oranienstr. 100 eine Bekannte, mit der sie sprechen wollte. Frau B. verfuhr von dem in voller Fahrt befindlichen Wagen hinabzuspringen, kam zu Fall und erlitt schwere Verletzungen.

Einen Selbstmordversuch auf den Straßenbahnschienen unternahm gestern der 41jährige Schneider Ewald Herzberg, Brunnestraße 69 wohnhaft. Passanten hatten den Mann schon längere Zeit beobachtet, wie er in der Brunnestraße planlos umherlief. Mäßig warf er sich unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 42 auf das Gleis und geriet, obwohl der Fahrer sofort die Gefahrenbremse zur Anwendung brachte, unter die Vorderplattform, blieb vor dem Schuttbrett liegen und wurde etwa zwei Meter weit mitgeschleift. Herzberg erlitt jedoch aufseiner nur Hautabrisse an beiden Ellenbogen und am rechten Knie, wurde aber, da er auch über innerliche Schmerzen klagte, nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Der Arbeiter-Radsfahrerverein teilt mit: Am Mittwochabend, den 16. d. M., ist dem Bundesgenossen Emil Zimmermann, Mitglied des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“, während der Übungsstunde des Arbeiter-Sängerbundes in der Draueri Friedrichsbain ein ganz neues Rad gestohlen worden. Marke: „Doran“ von Karl Wichmann, Krautstr. 14, schwarzer Rahmen mit Goldstreifen abgesetzt, W. K. C. Kreidler und Pedale, Schweinsfurter Naben, mit schwarzen Felgen, nach oben gebogene Lenkstange, Handbremse und Bundesglocke „Solidarität“. Personen, die über den Verbleib Mitteilung machen können, werden gebeten, diese an Emil Zimmermann, Grüner Weg 63, vorn 4 Treppen, gelangen zu lassen.

Der Arbeiter-Sängerbund, San Berlin und Umgegend, hält sein diesjähriges Provinzial-Sängerfest am nächsten Sonntag, den 20. Juni, in dem freundlichen Fürstentwale a. Spree ab. Die dortige Arbeiterschaft tut ihr Möglichstes, um den auswärtigen Sangesgenossen einen angenehmen Empfang zu bereiten und das Fest zu einem echten und rechten Volksfest zu gestalten. Bereits am Sonnabendabend kurz nach 8 Uhr verläßt ein Extrazug, der einen großen Teil der Berliner Sänger nach dem Festort bringt, den Schlesißen Bahnhof. Vor dem Fest zum Anlaß eines Besuchs von Fürstentwale und seiner schönen Umgebung machen will, findet zur Fahrt dahin auch am Sonntag vom frühesten Morgen ab reichliche Gelegenheit durch die zahlreich dahin gehenden Fern- und Vorortzüge. Vemerkt sei, daß in Fürstentwale sämtliche Säle der Arbeiterschaft zu Versammlungszwecken zur Verfügung stehen.

Die Teilnehmer an der Sonderfahrt nach Fürstentwale versammelten sich um 1/8 Uhr am Schlesißen Bahnhof an der Fruchtstraße. Es wird niemand zum Bahnsteig zugelassen, ehe nicht eine Aufforderung erfolgt. — Die Sänger, die bis Montag früh in Fürstentwale bleiben, benutzen den Fernzug 8.14 ab Schlesißer Bahnhof.

Feuerwehrbericht. Der 11. Zug Wilmsstraße hatte in der letzten Nacht zwei gefährliche Brände zu löschen. Abends um 10 Uhr einen Dachstuhlbrand in der Friedringsstr. 20, der in Bodenverbrühen ausgekommen war und viel Arbeit verursachte. Während der Nacht blieb auf der Brandstelle eine Wache zurück. Nachts um 4 Uhr stand in der Dieffenbachstr. 35 ein Holzschuppen mit Futtervorräten, ein anstehender Pferdestall, sowie Hen- und Stroß. Hren und die Dachkonstruktion in Flammen. Drei in dem Stall untergebrachte Pferde konnten nicht mehr gerettet werden; sie waren bei Ankunft der Feuerwehr schon erstickt. Diese mußte kräftig Wasser geben um den Brand zu löschen, dessen Entstehung nicht aufklärt ist. Vor dem Hause Neue Hofstr. 2 mußte dann noch ein Automobilbrand und in der Feldstr. 1 ein Küchensbrand gelöscht werden. Ein Pferd, das in den Hufen am Hufenplaz gesprungen war, wurde wieder herausgeholt.

Vorort-Nachrichten.

Die Generalversammlung des Wahlvereins, die am vergangenen Dienstag stattfand, ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Rich. Dowe, Herrn Thenergarten und Paul Siegmund in der üblichen Weise und vollzog dann die Aufnahme von 120 neuen Mitgliedern. Weiter nahm sie den Kassenbericht des Kassierers Genossen Reich für das erste Quartal entgegen. Danach standen einer Einnahme von 1574,01 M. an Ausgaben 337,63 M. gegenüber, so daß nach Abführung des Pflichtteils in Höhe von 1249,34 M. an die Kreiskasse ein Ueberschuß von 297,04 M. verblieb. An Stelle des nach Mitgliedern verlegenen Genossen Udo wurde der Genosse Wilhelm Giese als Revisor gewählt. Im Verhältnis zur Wichtigkeit des nun folgenden Punktes der Tagesordnung — Beratung des neuen Organisationsstatuts — war die Versammlung leider wieder recht schwach besetzt. Nach einem Referat des Genossen Dieck über den Entwurf des neuen Statuts und nach darauffolgender längerer Diskussion wurden mehrere Abänderungsanträge angenommen, mit denen sich dann später die Kreisgeneralversammlung wird beschäftigen müssen.

Freie Volkshöhne Charlottenburg. Die Generalversammlung findet heute abend 8 Uhr im Volkshause Charlottenburg statt. Angehts der besonders wichtigen Tagesordnung sollte jedes Mitglied erscheinen.

Rixdorf.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern nachmittags in der dritten Stunde in der Rixdorsstraße. Das vierjährige Söhnchen des Jansf. 15 wohnhaften Arbeiters Kuhl sah auf dem Rande des Bürgersteiges, so daß die Füße des Kindes dicht an der Vorbahnwelle standen. Kuhl fuhr in seinen Karren ein Müllfahrzeug so dicht an der Vorbahnwelle entlang, daß dem Kinde die Füße des schweren Fuhrwerkes über beide Füße gingen und sämtliche Beine zerquetschten. Der Ausfahrer entzog sich seiner Feststellung durch die Flucht. Das bedauernswerte Kind wurde von Passanten aufgehoben und nach dem Krankenhaus geschafft.

Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in ihrer Sitzung vom Mittwochabend zunächst, die Kaiserallee vom Hohenzollernplatz bis zur Rixdorsstraße asphaltieren zu lassen. Dieser Beschluß hat infolgedessen für die Öffentlichkeit eine Bedeutung, als darin zugleich die Erhaltung des schönen Baumbestandes in dieser Hauptstraße des Ortes ausgesprochen ist, der bei der anfangs geplanten Verbreiterung des Fahrdammes der Allee der Art hätte zum Opfer fallen müssen. An eine weitere Regulierung des Verkehrs will man erst nach Erledigung der Untergrundbahnfrage denken.

Ferner gab die Versammlung einer Magistratsvorlage über die Dienstpflichten usw. der städtischen Beamten und Angestellten ihre Zustimmung; desgleichen wurden die Ortsstatuten über die Unfallversicherung für städtische Beamte und über das Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung der im Feuerlöschdienst beschäftigten Personen genehmigt.

Um ein Stück Kirchturns- und Interessespolitik handelte es sich bei der Beratung der Magistratsvorlage über die Ausweitung eines Bauplatzes für die Oberrealschule. Die Schuldeputation wollte in Uebereinstimmung mit dem Magistrat die Schule auf dem städtischen Gelände an der Strelitzischen Straße erbaut haben; die Hausbesitzer des Ortsteils am Ringbahnhof Wilmerdorf-Friedenau hatten jedoch eine mächtige Agitation für Errichtung der Schule in ihrer Gegend entfaltet; und es gelang ihren Vertretern in der Stadtverordnetenversammlung auch, die Einweisung eines neuen Ausbauplatzes durchzuführen, der sich wahrscheinlich für den Bau der Schule in der Nähe des Kaiserplatzes erklären wird.

Mit einer fast komisch wirkenden Entzweiung wandte die Stadtverordnetenversammlung sich gegen den Vorschlag einer Privatgesellschaft, wonach der Magistrat den Bau eines Theaters entweder durch unentgeltliche Vergabe eines Bauplatzes oder durch Uebnahme der Pauschalgarantie für ein in Höhe von 1.200.000 Mark bemessenes Aktienkapital fördern sollte. Ein Stadtverordneter rechnete es dem Magistrat zum Vorwurf an, daß er die ihm bereits am 16. Dezember 1908 unterbreitete Angelegenheit überhaupt der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt und an die Gesellschaft nicht ohne weiteres ein abweisendes Schreiben gerichtet hat. Wilmerdorf, so sagte man, habe jetzt wichtigeres zu tun, als für Theaterzwecke Geld herzugeben. Unter allgemeiner Heiterkeit wurde der Magistratsantrag auf Einweisung eines Ausbauplatzes zur Erfüllung dieser Angelegenheit einstimmig abgelehnt. Diese Behandlung der Theaterfrage in einer Stadt von 100.000 Einwohnern, die kein einziges Kunstinstitut besitzt, mochte dem auf materielle Angelegenheiten gerichteten Sinn der Stadtverordnetenversammlung durchaus antworten; ihr Ansehen hat diese Körperschaft mit einer solchen Erledigung einer doch nicht ganz unwichtigen Sache aber wahrlich nicht gefördert.

Am Schluß befahl die Stadtverordnetenversammlung sich mit der Magistratsvorlage über die Neuordnung der Besoldung der städtischen Beamten und Lehrer. Die Vorlage richtet sich im wesentlichen nach den Wünschen von Charlottenburg und Schöneberg in Sachen der Beamtenbesoldung gefaßten Beschlüssen. Sie wurde einem Ausschusse überwiesen, der gleichzeitig eine Magistratsvorlage über die Besoldung der städtischen Arbeiter prüfen und möglichst seine Arbeiten vor dem Beginn der Ferien erledigen soll.

Tempelhof.

Den lebhaften Klagen über die ungenügenden Verkehrsverhältnisse mit Berlin durch die Elektrische will die Direktion dadurch begegnen, indem sie sich entschloß, die von Groß-Richterfelde kommende Linie IV, die in der Friedrich-Karl-Straße endete, durch die Panteuffelstraße nach der Eichhornstraße am Potsdamer Bahnhof zu verlängern. Eine Weiterführung einer der Kreuzberglinien durch Tempelhof lehnte die Direktion rundweg ab, da sie eine Notwendigkeit nicht anerkennt. Die Einwohnerzahl ist jedoch anderer Meinung.

Feuer brachen schon seit längerer Zeit in Häusern der Berliner, Worsianer, Germania- und Dorffstraße aus, bei denen deutliche Anzeichen der Brandstiftung vorlagen. Als Täter sind nunmehr zwei Knaben, Söhne achtbarer Eltern, ermittelt worden.

Neu-Zittau (Kreis Weesow).

Familiendrama im Walde.

Ein Familiendrama hat vorgestern nachmittags im Walde bei Neu-Zittau seinen blutigen Abschluß gefunden. Der Kaufmann Adolf Koneczal aus der Berliner Straße 42 in Wilmerdorf erschloß dort seine beiden Kinder, zwei Knaben im Alter von drei und fünf Jahren, und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Alle drei wurden später als Leichen gefunden. Koneczal, der 33 Jahre alt ist, lebte seit einiger Zeit von seiner Frau getrennt und betrieb ein Dellwarengeschäft in Groß-Richterfelde. Während der älteste Sohn bei der Frau blieb, nahm Koneczal seine beiden jüngsten Kinder zu sich. Vor etwa vierzehn Tagen gab er die Knaben bei dem Gastwirt Schulz in Neu-Zittau in die Sommerfrische. Vorgestern morgen erschien er dort plötzlich selbst. Koneczal war sehr aufgeregt und verlangte nach seinen Kindern. Er unternahm mit ihnen einen Spaziergang in den Wald, von dem sie nicht wieder zurückkehren sollten. Auch die Tochter des Gastwirts ging mit in den Wald, spielte kurze Zeit mit den Kindern und machte sich dann wieder auf den Rückhauseweg, um im Geschäft zu helfen. Als Koneczal bis mittags mit den Kindern nicht zurückgekommen war, glaubte man, daß ihnen ein Unfall zugestoßen sei und suchte den Wald ab. Nach mehrstündigem Suchen fand man nicht weit von der Landstraße, am Waldbesand, den Vater mit den beiden Kindern erschossen vor. Das jüngste Kind hielt noch einige Blumen, die es gepflückt hatte, in der rechten Hand. Der praktische Arzt Dr. Moeller aus Erlner stellte sofort Wiederbelebungversuche an, jedoch ohne Erfolg. Der Vater hatte den Kindern die Kugeln in die Schläfe gefaßt, so daß der Tod sofort eingetreten war. Dann erschloß er sich selbst. Nachdem der Tatbestand durch die Ortsbehörde aufgenommen worden war, wurden die Leichen nach der Friedhofshalle in Neu-Zittau geschafft. Koneczal hatte seiner Frau vor der Tat noch einen Abschiedsbrief geschrieben. Es wird angenommen, daß Koneczal die Kinder erst belaubt und dann, während sie schlummerten, erschossen hat. In den Taschen des Vaters wurde noch ein größerer Geldbetrag vorgefunden.

Röpenitz.

In einer vom Jugendbund am Sonntag nach dem Stadttheater einberufenen öffentlichen Versammlung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen referierte Genosse Masche-Verlin über „Die wahren und falschen Freunde der Jugend“. In der Diskussion führte der Leiter des evangelischen Junglingsvereins Herr Diakon Hartmann den Angriff, die der Referent gegen die auf religiöser Grundlage aufgebauten Junglingsvereine gemacht, entgegenzutreten. Er wurde jedoch vom Referenten gehörig abgefertigt. Hierauf wurden vier Mitglieder der Jugendlichen in den Ausschuss gewählt. Des weiteren beschloß die Versammlung mit einem Verzicht, welcher im Dampfboot erschienen war und als ein Produkt

des Herrn Hartmann bezeichnet wurde. Ferner wurde auf den am Sonntag, den 20. Juni, stattfindenden Waffenausflug nach Sadowa hingewiesen. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr am Stadttheater.

Sichtenberg.

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins vom Dienstag nahm ein gut gehaltenes Referat des Genossen Siebel über „Historischer Materialismus“ entgegen. Des weiteren wurde die Auseinandersetzung des Genossen Minis mit dem „Vorwärts“, auf Beschluß der Versammlung dem Vorstande überwiesen.

Weihensee.

Mit den Gemeindevorsteherwahlen im nächsten Jahre beschäftigen sich jetzt schon die einzelnen Vereine, die als Interessentengruppen für sich Mandate in Anspruch nehmen. Den Reigen eröffnete der Mieterverein, der vor allem die Verantwortung auf Vertretung im Gemeindeparlament zu haben glaubt, da die jetzigen Mieter in derselben kein Verständnis für ihre Sache gezeigt haben. Gemeint sind natürlich unsere Genossen, da der einzige bürgerliche Nichtangehörige dem Mieterverein angehört und als Kompromißvertreter der Hausbesitzer und Gewerbetreibenden seinerzeit in der 1. Klasse gewählt worden ist. Der Mietervereinsredner war so freundlich, auf den Nachbarort Panlow hinzuweisen, wo unsere Parteifreunde bei den letzten Wahlen unterlegen sind. Seine Worte klangen aus, was in Panlow möglich war, das müsse auch in Weihensee möglich sein. Für das nächste Jahr muß sich allerdings der Mieterverein für einen Einzug als Mieter im Gemeindeparlament noch kräften lassen, denn die Mandate der beiden Mieter der dritten Abteilung gehen erst im Jahre 1912 zu Ende. Aber ein rechter Wahlkampf wäre der Klassenbewußten Arbeiterschaft schon angenehm, da den Gegnern seit langen Jahren die Luft vergangen ist, sich mit der Arbeiterschaft im Wahlkampf zu messen. Die vereinzelt Versuche des Herrn Professors Dr. Kempsch vor drei Jahren, mit seinen reichstreuen Arbeitervereinsgründungen Versuche zu schlagen, haben nämlich Frisco erlitten. Veranlaßt durch die Bewegung im Mieterverein ist auch der Hausbesitzerverein gezwungen worden, aus seiner Reserve herauszutreten. Die letzte Versammlung gab hierüber Zeugnis. „Man müsse sich vor Ueberrumpelungen schützen“, sagte der Zerpenscheifer Brotsäcker Köhler, „der Mieterverein habe gar kein Recht, sich gegen die Hausbesitzer zu wenden. Solange die Haus- und Grundbesitzer den Löwenanteil der Steuern aufbringen, haben diese auch die Macht, und die Macht dürfen wir nicht aus den Händen geben. Die Hausbesitzer haben den Kommunalzuschlag herangezogen und dafür werden wir von den Mietern jetzt ausgelacht. Bis jetzt haben wir Hausbesitzer noch die Macht und müssen diese auch in unserem Sinne ausnutzen.“ Die versammelte Korona spendete ihm Beifall und nach den Ferien, die nun einmal die armen Hausbesitzer sich leisten können, wollen auch diese den Wahlkampf eröffnen.

Als dritter Verein trat auch der Gewerbetreibenden-Verein in die Reihe, der einem Kompromiß mit dem Mieterverein nicht abgeneigt wäre. Aber auch hier ist man sich seiner Sache nicht ganz sicher. Der Vorsichtige, ein mehrfacher Haus- und Grundbesitzer, wünschte keine Ueberführung. Vielleicht läme es doch noch so weit, daß eine Vereinigung sämtlicher Beteiligten zustande kommt. Nach unseren alten Erfahrungen wird dieser Wunsch auch zu seinem Rechte kommen. Der Haus- und Grundbesitzerverein, der Mieterverein und der Verein der Gewerbetreibenden werden als vereinigte bürgerliche Partei in den Wahlkampf ziehen, um den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, aus dem Tempel zu jagen, die in ihrer Geschlossenheit wirklich als Macht zur Geltung kommt und deren allgemeine Forderungen der Interessenteneigene schon lange ein Dorn im Auge sind. Einen Wunsch haben unsere Genossen; möge diese Augenblicksbewegung nicht zum Versiegen kommen, denn ein frühlicher Wahlkampf wäre der Arbeiterschaft schon recht, sie ist jederzeit gerüstet.

Pantow.

In der gut besuchten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins referierte Genosse Udo über „Wert und Nutzen der Organisation“. Der Vortragende verstand es, unter dem lebhaften Beifall der Versammlung sich seiner Aufgabe zu entledigen. In der regen Diskussion sprachen die Genossen Jacob, Grass, Zeißendorf, Weigner und Lesser. Nachdem der Vorsitzende auf den am Sonntag, den 27. Juni, stattfindenden gemeinsamen Ausflug der Parteigenossen und Genossinnen Pantows aufmerksam gemacht hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Nowatow.

Die letzte Sitzung des Gewerkschaftsrates nahm einen Bericht des Genossen Salzbrunn über die Reise der letzten Jahre entgegen. Danach setzten im Jahre 1901: 220, 1902: 1413, 1903: 915 und 1909: 350 Arbeiter durch Arbeitsruhe. Den Rückgang an der Beteiligung führte der Redner auf die herrschende Krise zurück. Beschlössen wurde, daß das Kartell in zwei Jahren mit den Gewerkschaftsvorständen in Verbindung treten soll, um die Teilnahme an der Feier wieder zu heben. Zum Gewerkschaftsfest soll ein Festzug stattfinden; die Gewerkschaften veröffentlichen sich in ihren Verbandsblättern und begeben sich von dort nach dem Lokal von Singer. Genosse Weinert teilte mit, daß die Maurer aus dem Kartell ausgetreten sind. Genosse Bate erwiderte, bei Arbeiterpartien die Geschäfte von Müller und Heinrich zu verabsichtigen, weil diese Firmen der Organisation nichts in den Weg legen.

Spandau.

In der Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins am Mittwochabend im Lokal des Genossen Kopynia gab der Vorsitzende Genosse Seior vor Eintritt in die Verhandlung bekannt, daß der Vorstand beabsichtigt hatte, vom Genossen Heimann-Berlin einen Vortrag über Wertzuwachsfragen an diesem Abend halten zu lassen. Der Vortrag soll jedoch in einer Volksversammlung am 30. Juni d. J. stattfinden. Es wurde sodann die Abrechnung über die Reise gegeben. Die Einnahme betrug 575,22 M., die Ausgabe 482 M., so daß ein Ueberschuß von 93,22 M. verbleibt. Genosse Seior weist darauf hin, daß die Befristung einzelner Gewerkschaften, die Beteiligung an der Reise werde eine sehr geringe sein, nicht zutrefte. Im Anschluß hieran gab Genosse Kopynia eine Abrechnung über die Volksversammlung am 13. d. M. Die Einnahme betrug 104,35 M., die Ausgabe 150,85 M., es verbleibt ein Ueberschuß von 254 M. Der Vorstand brachte hierauf in Vorschlag, am 25. Juli ein Volksfest im Steinebachischen Lokale zu feiern. In der nun einsetzenden Diskussion wurde lebhaftest Klage über das Steinebachische Lokal geführt. Es wurde deshalb auch vorgeschlagen, das Sommerfest in Papenberge abzuhalten. Schließlich faßte die Versammlung den Beschluß, das Sommerfest in diesem Jahre ausfallen zu lassen. Als dritten Punkt der Tagesordnung hatte der Vorstand die Frage angeregt, wie die Volksversammlung vom 13. d. M., in welcher der Genosse R. Liebsteck sprach, am besten agitatorisch für die Partei ausgenutzt werden könne. Der Vorstand schlägt vor, alle diejenigen Personen, welche „Vorwärts“-Leser, aber nicht Mitglieder des Wahlvereins sind, aus den Listen herauszunehmen und bei ihnen am nächsten Sonntag eine Hausagitation vorzunehmen. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in den Gewerkschaften und auf den Arbeitsstellen mehr für die Partei agitiert werde und daß mehr Flugblätter, die sich mit den örtlichen Verhältnissen befassen, verteilt würden. Allgemein wird bedauert, daß keine örtliche Parteizeitung mehr vorhanden ist, wie seinerzeit die „Laternen“; diese würde für Spandau ein sehr wirksames Agitationsmittel sein. Nachdem Genosse Seior auf die demnächstige Flugblattverbreitung im ganzen Kreise hingewiesen, erklärte sich die Versammlung mit der vom Vorstand vorgeschlagenen Agitation einverstanden. Genosse Weinert ersucht die Parteigenossen, sich recht zahlreich an der vom Arbeiter-Turnverein am 27. Juni im Lokal von Steinebach veranstalteten Feierlichkeit zu beteiligen und der Genosse Schiefel richtet dieselbe Ersuchen an die Genossen für den Einleitungabend des neuen Theatervereins Spandauer Volkshäuser, der am 10. Juni im Steinebachischen Lokal abgehalten wird. Zum Schluß werden die Genossen, die im Besitz eines Adres sind, ersucht, sich bei der Flugblattverbreitung im Kreise zur Verfügung zu stellen und sich beim Vorstand oder beim Genossen Hanert zu melden.

Aus der Frauenbewegung.

Eine interessante Gründung.

Angesichts auf Anregung von der bekannten W.-Glabbacher Zentrale für Volksaufklärung und Arbeiterinteressen, „Vertretung“ ist kürzlich ein Hausfrauenbund gegründet worden. Ziele und Aufgaben dieses Klärtums am deutschen Vereinsbunde verrät folgende Mitteilung:

Was ist der Hausfrauenbund?

Ein Zusammenschluß der Haushaltungsvorstände aller Konfessionen, der sich die Aufgabe gestellt hat, die unerträglichen Zustände auf dem Gebiete der Dienstbotenfrage zu bessern.

Wie kann der Hausfrauenbund das erreichen?

Indem er möglichst viele Hausfrauen für seine Sache gewinnt, die, gestützt auf ihre Erfahrung, ihm helfen, die notwendigen Reformen einzuführen.

Welches sind diese Reformen?

1. Regelung der Lohnverhältnisse entsprechend den Leistungen.
2. Verbesserung des jetzigen Untervens auf dem Gebiete der Stellenvermittlung.
3. Einwirkung durch Petitionen auf Behörden zugunsten der Hausfrauen. (Gesetzgebung, Zeugnisse.)
4. Einwirkung auf Hausfrauen, beschiedenen, vernünftigen Wünschen der Dienstboten Gehör zu schenken.
5. Witten an Mütter erwachsener Töchter, sie vor der Verheiratung gründlich im Haushalt unterweisen zu lassen, damit die Dienstmädchen das Führen des Haushaltes und die häuslichen Arbeiten nicht besser verstehen als die jungen Hausfrauen, welche dadurch in ein abhängiges Verhältnis geraten, wodurch die Dienstboten glauben, ihre Ansprüche gar nicht hoch genug stellen zu können.

Das ist ja köstlich! Erst sind die Dienstmädchen so unerschämte, die Haushaltung und die häuslichen Arbeiten besser zu verstehen als die — Hausfrauen, und dann besitzen sie auch noch die Unbescheidenheit, Ansprüche zu erheben. Und sie glauben, das sei ihr gutes Recht. Da belundet sich eine Raibität, die an Frechheit grenzt, und dem Uebel soll abgeholfen werden. Die jungen Hausfrauen lassen sich einreden, sie hätten selbst etwas gelernt, dann schenken sie — beschiedenen Wünschen Gehör und fabrizieren Petitionen zugunsten der Hausfrauen, das heißt: gegen die Dienstmädchen! Eine sehr empfehlenswerte christliche Gründung.

Ohne Legitimation.

Wie die bürgerliche Presse berichtet, hat — auch die Liberale Frauenpartei dem Begründer des Hansabundes, Geheimen Justizrat Dr. Nieber, ihren Dank ausgesprochen dafür, daß er endlich das erlösende Wort gefunden hat, das dem deutschen Liberalismus die realpolitische Stütze gibt, die er so lange entbehrt. Zugleich erhebt die Liberale Frauenpartei Beschwerde darüber, daß in der Gründungsversammlung nur von dem Zusammenschluß der Männer, die in Handel und Industrie tätig sind, gesprochen worden ist. Nach der letzten Verfassfassung sind, wie es in der Erklärung heißt, in Handel und Verkehr hauptberuflich erwerbstätig 931.878 Frauen, in Industrie, einschließlich Bergbau und Gewerbe, 2108.924 Frauen. Diese Frauen von der politischen Vertretung der Arbeit ausschließen, heißt sie zu Heloten der Arbeit stampeln. Die Liberale Frauenpartei spricht daher dem vorbereitenden Ausschusse die Bitte aus, die in Handel und Industrie tätigen Frauen als gleichberechtigte Mitglieder aufzunehmen zu wollen.

Wir wollen hier nur feststellen, daß die Liberale Frauenpartei der Maria Rischewska nur aus einem ganz unbedeutenden Häuflein in Gesellschaft der Schorkmacher und Nachläufer eine Rolle zu spielen, dann berechtigt sie das nicht, als Anwältin der erwerbstätigen Frauen aufzutreten. Sie begnüge sich gefälligst damit, ihr politisches Lokaltrotzschiff zu repräsentieren.

Ein Organisationsbureau der norwegischen Arbeiterinnen ist dieser Tage im Volkshause zu Kristiania von den Frauorganisationen der Arbeiterinnen gemeinsam mit der Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften errichtet worden. Die Anregung dazu ging vom Frauenverband der sozialdemokratischen Partei aus. Das „Frauenkontor“ — „Kvinnerneskontor“ — hat vor allem die Aufgabe, die Frauenagitation zu leiten und zu fördern, statistisches Material und andere Aufklärungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die sonstigen Lebensbedingungen der Frauen zu sammeln und den Arbeiterinnen wie ihren Organisationen in den verschiedenen Berufen ratend und helfend zur Seite zu stehen. Die Kosten des Bureau trägt die Landesorganisation, also die Gesamtheit der norwegischen Gewerkschaften. Die Verwaltung besteht aus fünf Frauen, von denen eine, die Genossin Selga Thorson, als besoldete Sekretärin angestellt ist.

Lesabende.

Steglit, Freitag, den 18. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Hofmann, Schloßstraße 117. Dr. Höder spricht über „Kinderkrankheiten“. Wilmerdorf, Frauen-Lesabend heute abend 8 1/2 Uhr im Luffenpark, Wilhelmshaus.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 20. Juni: Ausflug nach dem Botanischen Garten in Dablen. Treffpunkt 2 Uhr an der neuen Wanneseebahnstation „Botanischer Garten“. Nachher Kaffeekochen in Stegлит im Restaurant Wirtinwäldchen bei Schellhose. Gäste willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Hinterlistiger Ueberfall eines Offiziers auf einen Oberkellner.

Vor einigen Monaten ging eine Lokalnachricht durch die Presse, von der auch wir am 4. April Notiz nahmen. Sie betraf im wesentlichen: In einem Hotel am Bahnhof Friedrichstraße habe eine Anzahl von Offizieren ein Festmahl abgehalten. Als einer der Teilnehmer, ein Oberkellner, nach Hause gehen wollte, hätten die Kameraden seine Mütze versteckt. Der Oberkellner, der darum wußte, habe von dem Oberkellner den Befehl erhalten, die Mütze zu suchen. Der Oberkellner habe lächelnd einem seiner Kollegen den Auftrag, die Mütze zu suchen, erteilt und hinzugefügt, wer die Mütze finde, bekomme von ihm drei Mark. Hierdurch habe sich der Oberkellner beleidigt gefühlt und deshalb dem Oberkellner eine Ohrfeige verabreicht. Der Oberkellner habe die Ohrfeige zunächst ruhig hingenommen, er sei aber nach kurzer Zeit zurückgekehrt, habe den Offizieren das Vorgefallene mitgeteilt und in ihrer Gegenwart dem Oberkellner zwei Ohrfeigen, eine rechts und eine links, verabfolgt. Hierauf habe der Oberkellner den Oberkellner mit einem Spazierstock geschlagen.

Die Helden dieses Abenteuers standen am Donnerstag vor dem Kriegsgericht. Angeklagt waren der Oberkellner Ederhard v. Dalwig vom Regiment Jäger zu Pferde Nr. 1 und der Oberkellner Paul Stempel vom 115. Infanterieregiment 138. Beide Angeklagte sind von ihren Regimentern zur Kriegsakademie abkommandiert. Oberkellner v. Dalwig hatte den Zusammenstoß mit dem Oberkellner. Sein Vorgehen muß wohl erheblich schlimmer gewesen sein, als es in der Zeitungsnachricht dargestellt wurde, denn die Anklage gegen ihn be-

hauptet, er habe den Oberkellner einen unverschämten Lümmel genannt, ihn geohrfeigt und einen hinterlistigen Ueberfall auf den Oberkellner ausgeführt, indem er ihm mit einem Stode über den Kopf schlug. — Der zweite Angeklagte, Oberleutnant Stempel, wird beschuldigt, seinen Kameraden v. Dalwig zu dieser Tat bestimmt zu haben. — Obgleich es sich bei diesem Abenteuer der beiden Offiziere mit dem Oberkellner doch ohne Zweifel um eine Angelegenheit handelt, die mit dem militärischen Dienst oder mit sonstigen militärischen Angelegenheiten nicht den geringsten Zusammenhang hat, stellte sich doch das Kriegsgericht auf den Standpunkt, durch die öffentliche Verhandlung dieser Affäre könnten militärische Interessen gefährdet werden. Wenigstens wurde unter dieser Begründung die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Nur das Urteil selbst wurde öffentlich verkündet: Es lautet: Oberleutnant v. Dalwig ist der tätlichen Verleumdung, sowie der Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalls schuldig. Oberleutnant Stempel ist der Anstiftung zu dieser Straftat schuldig. Jeder der beiden Angeklagten ist zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt.

Eine minimale Strafe, zumal wenn es wahr ist, daß in der Verhandlung zur Sprache gekommen ist, der Oberkellner habe infolge des Vorfalles seine Stellung verloren und der hinterlistige Ueberfall habe sich erst am folgenden Tage ereignet. Der Leutnant v. Dalwig sei da im Hotel erschienen und habe hinterlistig den Oberkellner mit einer Reitpeitsche geschlagen, Stempel habe seinen Kameraden zu dieser Tat angereizt. Das Strafgesetzbuch läßt für solche feige Tat eine nach Jahren bemessene Gefängnisstrafe zu. Deshalb erkannte das Kriegsgericht nur auf Geldstrafe. Um militärische Interessen nicht zu gefährden?

Fürst Eulenburg und Hamann vor dem Schwurgericht.

Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Fürsten Eulenburg soll, wie uns mitgeteilt wird, am 7. Juli ihren Anfang nehmen. Das Schwurgericht selbst beginnt seine Sitzungen am 6. Juli, die beiden ersten Tage, 5. und 6. Juli, sind aber für die Verhandlung gegen den langjährigen Leiter des offiziellen Preßbüros, Wirklichen Geh. Legationsrat Hamann, bestimmt, der gleichfalls unter der Anklage des Meineides steht. — In der Sache Eulenburg sollen die Sitzungen täglich schon um 8 1/2 Uhr beginnen, um sie nicht zu weit in die heißen Tagesstunden auszuweihen. Seitens der Staatsanwaltschaft sind 33 Zeugen geladen. Da der Gesundheitszustand des Fürsten Eulenburg vielfach in Frage kommen wird, sind Geh. Medizinalrat Dr. Ströhm, Medizinalrat Dr. Störmer als Mitglieder der wissenschaftlichen Deputation, Geh. Rat Prof. Dr. Fürbringer als Mitglied des Medizinalkollegiums, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Kraus, der Direktor der zweiten medizinischen Klinik der Charité und der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Hoffmann geladen. Die Verteidigung des Fürsten Eulenburg werden Justizrat Bronner und dessen Sozjus, Rechtsanwalt Ludwig Gubig, führen. Die Beschwerde der Verteidigung über die Erhöhung der Kaution ist vom Kammergericht zurückgewiesen worden. Den Vorsitz in dieser besonderen Schwurgerichtsverhandlung, über deren Dauer natürlich kaum Vermutungen möglich sind, wird, wie schon mitgeteilt, Landgerichtsdirektor Kanow führen.

Unter dem Einflusse des Bodbiere hat sich der Bureauvorsteher Arzberger eine Straftat zuschreiben lassen, die ihn infolge der Anklage der unbefugten Ausübung eines öffentlichen Amtes vor die 8. Strafkammer des Landgerichts III führte. — Am 19. Februar v. J. traf der Angeklagte in Charlottenburg den ihm von früher näher bekannten Kaufmann W. Da beide nichts besonderes zu tun hatten, so wurde beschlossen, die Freude des Wiedersehens tüchtig zu begießen. Da um jene Zeit gerade die Wodbierezeit war, so ergo es beide mit unwiderstehlicher Gewalt nach dem „Krug zum grünen Kranz“ am Wilhelmplatz in Charlottenburg, wo ein Plakat mit der verlockenden Aufschrift: „Heute Wodbierezeit“ prangte. Hier muß der Angeklagte vermutlich eine nicht geringe Menge Quantität des braunen Getränkes zu sich genommen haben, da nach seiner Behauptung vor Gericht um das, was sich später ereignet hatte, ein dichter Schleier in seinem Gedächtnis sich legte. Wie die Anklage behauptet, kam der Angeklagte gegen 12 Uhr nachts in das Lokal des Schankwirts Vorholz in der Arminienstraße. In nächstem Tone gebot der Angeklagte hier heterabend, wobei er sich gleichzeitig als „Polizeileutnant von Herzberg“ ausgab. Der Wirt war im ersten Augenblick so verblüfft, daß er mit einer tiefen Verbeugung dem Wunsche des „Herrn Polizeileutnants“ nachkam und sein Lokal sofort schloß. Dasselbe wiederholte er in dem Lokal von Jurock. Der Angeklagte hätte es vielleicht fertiggebracht, sämtliche Gastwirtschaften in der Umgegend zu schließen, wenn nicht der Schankwirt Schwanbeck Verdacht gefaßt hätte und die Feststellung des Pseudopolizeileutnants veranlaßt hätte. — Aus der Vernehmung ergab sich, daß der Angeklagte feinerzeit so stark „vom Bod gestochen“ war, daß er unter einer völligen Bewußtseinsverdrückung gehandelt habe. Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf Freisprechung.

Ein Fräulein von Minden

aus Gesehmünde wurde vom Schwurgericht in Verden wegen wissenschaftlichen Falschbildes zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Sie hatte als Zeugin in einer Strafsache wegen einer in Pfand gegebenen Petroleumlampe falsche Aussagen gemacht. Sie behauptet zwar in der jetzigen Verhandlung, die betreffenden Aeußerungen überhaupt nicht getan zu haben. Zeugen befanden aber das Gegenteil. Resultat: 15 Monate Zuchthaus. Eine von Adel! Die hochhaften Verleumdungen der deutschen Justiz von wegen des Falles Eulenburg werden jetzt wohl verstummen!

Schicksal: Das verurteilte Fräulein von Minden ist ein Dienstmädchen.

Wirkung der Schonzeit.

Den § 43 der preussischen Jagdordnung, vom 15. Juni 1907, sollte der Wildhändler Karlebach aus dem Großherzogtum Hessen dadurch übertreten haben, daß er Wild während der Schonzeit in Preußen versendet habe. Er hatte die fraglichen Hasen nach Frankfurt a. M. in die Kühlhallen geschickt. Das Landgericht sprach ihn frei, weil es sich um Wild handelte, das in Hessen zu einer Zeit geschossen war, als dort die Schonzeit nicht mehr bestand. Das Kammergericht hob jedoch das Urteil auf und verurteilte K. zu der niedrigsten Geldstrafe: Wenn die Jagdordnung das „Versenden“ des Wildes während der Schonzeit verbietet, dann umfasse dieser Begriff auch noch das Eintreffen am Ankunftsor. Also seien die Hasen auch noch in Preußen versendet gewesen. Im Hinblick auf den Zweck der Bestimmung, möglichst den Verkauf geschlachtet geschossenen Wildes zu verhindern, wäre gleichgültig, daß die Hasen außerhalb Preußens geschossen seien, als dort keine Schonzeit war. Denn sonst könnte ja jeder behaupten, es sei bei ihm so, ohne daß eine Nachkontrolle möglich wäre. Auch die Versendung nach Frankfurt zu einer nur vorübergehenden Lagerung in den Kühlhallen, würde unter das Verbot fallen.

Vermischtes.

Der Raubmord auf dem Broden konnte bisher trotz aller Verhaftungen von Verdächtigen nicht aufgeklärt werden. Auch der zuletzt unter dem Verdacht des Raubmordes am Broden in Halle a. S. verhaftete Kfzler Engelhardt ist, wie gemeldet wird, gestern freigelassen worden, da er sein Alibi nachgewiesen hat.

Brand im Unterseeboot. Aus Toulon wird gemeldet, daß an Bord des im Dock befindlichen Unterseebootes „Capric“ durch Kurzschluß in der Akkumulatorkammer ein Brand entstand, der überaus rasch um sich griff. Ein Offizier erlitt bei den Rettungsarbeiten leichte Verletzungen. Der angerichtete Sachschaden ist sehr bedeutend.

Tödlicher Vornfall. Wie aus Wien berichtet wird, brach gestern früh bei dem Umbau eines Warenhauses die Decke des zweiten Stockwerks infolge Belastung mit Schutt ein und rief die untere Decke mit sich. Zwei im Untergeschoß beschäftigte Arbeiter wurden getötet.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist toeben das 38. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Wilhelm Wolff. — Der Hansabund. — Kropotkins Geschichte der französischen Revolution. Von Heinrich Kunow. — Aus dem Dreißigjährigen. Von H. Strödel. — Zur Einführung der bayerischen Regimentsverfassung in den rheinpfälzischen Stadt- und Marktgemeinden. Von Herrn. Kemmel-Ludwig. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportageure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 35 Pf. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Der Wahre Jacob“ bringt in Nummer 13 des 26. Jahrgangs ein Verzeichnis der verstorbenen Redakteure der „Volksgarten-Zeitung“. Genossen Ernst Deinhart, nicht kurzem Nachruf. Die Nummer enthält sodann die farbigen Bilder „Im Drednought-Flecker“ und „Sicherheitsvorkehrungen“, sowie die weiteren Illustrationen „Die schreckliche Skale“, „Das neue deutsche Reichswappen“, „Auf dem Tempelberg“, „Die Späher vom Königspfad“, „Das alte Herz“, „Aus Berlin“, „Kaiserliche Geheimnisse“, „Konservative Steuerpolitik“, „Östliche Tapferkeit“, „Vaterlandlose Gezeiten“, „Der russische Volkstanz in Verleugung“ und „Der Sprung über's Zuchthaus“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Wonnacht-Entrée“, „Mumie“, „Par nobis fratrum“, „Der arme alte Mann“, „Adams“, „Lourdes“ und „Piat justitia“, sowie außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Sabeluja“, „Kunke“, „Wie das Papergeld entstand“ und „Der Reiter des Vaterlandes“.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Arbeiter-Gesundheits-Kalender 1910. Der über 100 Seiten starke Kalender ist mit Beiträgen von Parteigenossen und hervorragender Ärzte ausgestattet, mit 4 bebilderten Tafeln (1. Bakterien und Bazillen, 2. Nierenschmerzen, 3. Brüche und Bandscheiben, 4. Dehlpflanzen) und einer großen Anzahl von Original-Illustrationen. Er erhält u. a. folgende Artikel: Bakterien und Bazillen, Verlässliche Ratgeber für die junge Mutter, Nierenschmerzen, Verlässliche Gesundheitsführer, die arbeitende Frau und der Alkoholismus usw. Preis 50 Pf. Zu allen Verteilungshandlungen vorräthig. Verlag der Sächsischen Volksbuchhandlung G. m. b. H., München, Sendlinger Str. 20.

Geschäftsbericht vom 21. 2. 1906 bis 31. 12. 1908 der rheinisch-westfälischen Holzindustrie-Verein. Selbstverlag, Barmen, Dreddestr. 23.

Die sittlichen Grundlagen der Ehe von H. Meyer-Bensch. 1.50 Mk.

Wandlungen und neue Interessensorganisationen im Detailhandel. Von Dr. J. Bernke. 80 Pf. J. Balthar, Berlin W. 30.

Gefährliche Diebstahle. Von Ueberlos de Lucos. Band 1 u. 2. 20 Mk. — Orthologie, von G. A. C. Geb. 3.50 Mk., geb. 4.50 Mk. — Der Diebstahl. Heft 2. Zeitschrift für Buchwesen und Typographie. Von J. Blei. 50 Pf. Verlag J. B. Neumann, Neudamm.

„Die Bibel.“ Kritik dargelegt von K. Brandl. 1 Mk. Buchdruckerei J. Schöner, Offenbach a. M.

Clarets Vision und andere Geschichten. Von Annette Aspert. Geb. 2 Mk., geb. 3 Mk. — Dr. Feodor. Dialog-Roman von Rafael Lealon. Preis 4 Mk., geb. 5 Mk. Verlag von S. Fischer, Leipzig.

Rechtswissenschaften. Gedichte von Marie Parler-Bundel. 84 Seiten. Druck Gebr. Knaur, Frankfurt a. M.

Deutsche Jugendbibliothek. Nr. 1. Drei Kriegsnovellen. Von D. v. Miliencron. Nr. 2. Der Kampf um Blockade. Von G. Sealsfeld. Nr. 3. Der Schiffszimmermann. Von J. Bernke. Nr. 4. Gefangen im Kaukasus. Von L. Tolstoj. Nr. 5. Joul. Von A. v. Perfall. Einzelh. 10 Pf. J. Müller, Berlin W. 9.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund. Ortsgruppe Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr: Vortrag.

Achtung, Tabakinteressen! Heute abend findet in den Armaturen-Hallen, Kommandantenstr. 58/59, eine Protestkundgebung der deutschen Händler mit Tabak und Tabakfabrikanten gegen die neue Tabaksteuer statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beantwortung findet im nächsten Heft, am 2. Sonntag abends, den 7. u. 8. Juli, statt. Gestern 7 Uhr Sonntag abends beginnt die Beantwortung um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Nachtrag und eine Zahl als Vermerk beizufügen. Die Briefe können nicht zurückgeschickt werden. Die zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen tragen man in der Beantwortung vor.

Glückwünsche. Wir raten Ihnen in Ihrem eigenen Interesse dringend ab, der Gesellschaft beizutreten. — S. O. W. Im zweiten Teil, ersten Band des Adreßbuches finden Sie derartige Firmen. Solche Adressen im Briefkasten anzugeben, könnte zu leicht als Empfehlung gedeutet werden.

N. 100. 1. Ja, wenn die nötigen Qualifikationen vorhanden sind. 2. Auf den Bedingungen, welche die Presse behandeln, muß er besonders sein. 3. Kurse speziell für diesen Zweck gibt es nicht. 4. Lernen, lernen und nochmal lernen. — Zwei freitende Genossen. 1. Konj. 12 501, Preis. 13 782. Rente. 137. 2. Konj. 24 258. Stimmzahl Preis. 722. 3. Konj. 24 465. 2. Konj. 7027. Preis. 7546. 3. Konj. 20 827. 3. Gleich im ersten Wahlgang gewählt. — Lotte 200. 1. u. 2. Das Einwohnungs-Verzeichnis in Groß-Lichterfelde befindet sich im Rathaus, Schillerstraße, Ecke Berliner Straße, 9-3 Uhr. Beste Verbindung: Potsdamer Bahnhof-Groß-Lichterfelde - D. N. 3. Besuchszeit nur für Angehörige der Familien und Beamten von 5 Uhr ab.

Post 146. Ihre dritte Frage ist im Briefkasten der Nummer 132 irrtümlich verkehrt beantwortet. Es muß heißen: Bergmann war gewählt im 5. Wahlkreis im 6. und Hirsch im 7. Berliner Wahlkreiswahlkreise.

N. 60. Manuskript nicht verwendbar, geben Sie bitte Ihre Adresse an.

Antlicher Marktbericht der sächsischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktwoche: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft reger, Preise behauptet. Schweine: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. Butter und Käse: Geschäft still, Preise durchweg höher. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft wenig befriedigend, Preise schwer zu behaupten. Obst, Tomaten neu am Markt.

Witterungsüberblick vom 17. Juni 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stettin	762.9	SW	2000	16	61	Darmstadt	763.8	SW	2000	15	59
Darmstadt	766.9	SW	4000	16	61	Wetzlar	760.2	SW	2000	13	55
Berlin	763.9	SW	4000	14	57	Seibitz	772.9	SW	3000	13	55
Frankfurt a. M.	765.9	SW	3000	17	63	Wetzlar	771.9	SW	1500	13	55
München	764.9	SW	3000	13	55	Paris	768.9	SW	3000	12	54
Wien	769.9	SW	3000	13	55						

Weiterprognose für Freitag, den 18. Juni 1909. Etwas kühler bei ziemlich reichlicher nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 16. 6. 1909	am 15. 6. 1909	Wasserstand	am 16. 6. 1909	am 15. 6. 1909
Regel, Teltow	126	-3	Saale, Großh.	78	-2
Regel, Niederb.	-21	-2	Saale, Spandau	46	-2
Regel, Thorn	130	-8	Saale, Hohenstein	64	-2
Oder, Rastow	612	-22	Spree, Spremberg	68	0
Oder, Krossen	240	-7	Spree, Verden	52	-2
Oder, Frankfurt	225	+8	Weser, Minden	-100	-7
Weser, Schermun	62	-0	Weser, Minden	-81	-3
Weser, Lamsberg	19	-1	Rhein, Magdeburg	524	-6
Weser, Verden	-9	-3	Rhein, Bonn	270	+55
Weser, Leinmerig	18	-2	Rhein, Köln	211	+84
Weser, Preußen	-9	+27	Rhein, Düsseldorf	137	-63
Weser, Barmb.	103	-11	Rhein, Barmb.	111	+2
Weser, Magdeburg	98	-9	Rhein, Trier	67	+11

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel. Nach telegraphischer Meldung war die Oder bei Rastow heute früh schon auf 412 Zentimeter gesallen.

Theater.

Freitag, den 18. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues königliches Operntheater. Der fliegende Holländer. Anfang 8 Uhr.

Deutsches, Gellhorn. Kammerspiele. Ein Stand in Monte Carlo. Lessing. Die Dollarprinzessin. Berliner. Ein Herkulesbesuch. Schiller O. (Wagner-Theater). Der Silberhahn. Schiller Charlottenburg. Madame Bonnard.

Neues Schauspielhaus. Robb. Friedrich Wilhelmstadt. Schanzenhauser. Wandervergen. Komische Oper. Demimonde. Komisch. Tricoco und Cacolet. Thalia. Im Café Roblesse. Schauspielhaus. Der feiche Rudi. Steined. Moral. Seidel. Marysha. Neues Operetten. Die Sprudelsee. Berliner Operetten-Theater SW. Das Zensurweib. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Laifen. Schlegel. Follies Caprice. Drei Brauenhüte. Der Deserleur usw. Anf. 8 1/2 Uhr. Metropol. Die oberen Gehäusen. Bernhard Hofe. Des Macres und der Liebe Wollen.

Theater.

W. Noack's Theater. Die oberen Gehäusen. Apollo. Karsteln. Er oder Er. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Wallage. Spezialitäten. Walthalla. Spezialitäten. Reichshallen. Steinhilber Eänger. Der Kompagniechef. Urania. Taudenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna. Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.

Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Anfang 8 Uhr. Die Dollarprinzessin.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).

Gura-Oper. Der fliegende Holländer von Richard Wagner. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend: „Die Molstersinger von Nürnberg.“ Sonntag: „Tristan und Isolde.“ Montag: „Lottos Sombrieh-Gastep.“ Der Barbier von Sevilla.

21. Juni: Letzte Abschiedsvorstellung Marzella Sembrich vor ihrem Scheiden v. der Bühne. Der Barbier von Sevilla. Die für diesen Tag angesetzte Vorstellung von Sawitri ist verschoben. Billets werden zurückgenommen od. geg. Nachz. umget.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.) Der Biberpels. Eine Diederichs-Oper in 4 Akten von Gerhart Hauptmann. Ende 10 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Der Biberpels.

Berliner Theater.

Gastspiel-Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr. Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Tricoco und Cacolet. Morgen und folgende Tage: Tricoco und Cacolet.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Der feiche Rudi.

Volksgarten-Theater.

früher Weimanns Volksgarten. Am Bahnhof Gesundbrunnen. Täglich: Konzert. Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Riefenprogramm. Leopold Rosser. Ada Wild. The Orbs, die 5-Glühwürmer. Sprech-Athenor. Volkstheater mit Gesang in fünf Akten von Riefen. Die Kaffeebohne ist täglich geöffnet.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Madame Bonnard. Schwank in 3 Akten von Alexander Bisson und Antony Mars. Ende 10 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Madame Bonnard.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Freitag, den 18. Juni, Anfang 8 Uhr: Letzte Vorstellung vor den Ferien: Manöverregen. Sonnabend Gastspiel der Normh. Oper: Zum erstenmal: Fido.

BERNHARD ROSE THEATER.

Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Das Mädchen ohne Uhr. Sommerpreise. Auf der Gartenbühne u. a.: Berlin auf Seilgeln mit Bill Agoston. Spezialitäten. — Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.

Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Täglich ab 4 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Neues Operetten-Theater, Schützenstraße 25, a. d. Luisenstr. Heute u. folgende Tage: Anf. 8 Uhr: Die Sprudelsee. Operette in 3 Akten von H. Reinhardt.

Max Kliems Sommer-Theater und Festsäle.

Rudolf Krüger. Hasonheide 18/16. Täglich: Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Art. Leitung: Walter Gravenitz. Neben Donnerstag: Elitetag. Während und nach der Vorstellung: Tankkränzchen.

W. Noack's Theater.

Direktion: Rob. Oll. Sonnenstr. 16. Im schattigen Garten, bei Regen im Grand-Theaterland: 9 Uhr: Die oberen Zehntausend. Vorher: Die neuen Spezialitäten. Anfang 7, Konzert 6 Uhr. Sonnabend Extravort.: Deborah.

Damms Volkspark-Theater.

Landberger Allee 74/77. Große Vorstellung des Sächsischen Volks-Theaters. mehr Kostüme, reichl. Spezialitäten. Zum ersten Male in Berlin. Man amüßet sich täglich.

Neue Welt.

Hasonheide 100/114. Große Spezialitätenvorstellung. Besond. gewähltes Programm. Nur erste Kräfte.

Gr. Konzert.

Anf. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 25 Pf. Jed. Mittw.: Kinderfreundfest. Gratisvorstellungen. Jeden Donnerstag: Elitetag. Monstre-Feuerwerk.



Neues Programm!
Die schaumgeborene Venus
„La Pia“
In ihrem Phantasie-Tanz: „Der Wellen Geist“ sowie
12 sensationelle 12
Juni - Attraktionen
Reserviert. Platz 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe.)



Ab 8 Uhr:
Das Aufsehen erregende Progr.
8^{er} Jean Paul mit neuen Schlegeln.
9^{er} Yankee Doodle Girls.
9^{er} Mensch oder Affe ???
9^{er} Uhr: 9^{er} Uhr:
Er oder Er mit
Hartstein

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Willi Prager
The York Sisters
und das glänzende
Juni - Programm.
12 Varietés 12

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der
Azteken!
Gr. Schaulustungen
Vitascope-Theater usw.
Alles ohne Extra-Entree.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und
Theater - Vorstellung.
Auf. d. Vorstellung montags 7 Uhr.
Konzert 6 Uhr. Sonnt. 6 bzw. 5 Uhr.
Garteneröffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Elitetheater, Spezialitäten und Solos der „Lustigen Sängers“.
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Schweizer - Garten
Am Königsplatz. Am Friedrichshain
Haltestelle der Straßenbahn
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Täglich Entree 30 Pf.
Neues Theater- u.
Spezialitäten - Programm.
Ball u. Volksbelustigungen.
Elliche Sonnabende
an Vereine zu vergeben.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergweg 19-20, Rosenh. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die neuen Juni-Spezialitäten
Im Garten: Frei-Konzert.
Der Luftflug.

Kreuzberg-Festsäle und Garten. O. Ernst, SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers.
Vesper u. Vortragst. gütlich.
Jeden Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Entree frei.
Beschied. Sonnab. an Vereine zu verg.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Nähe ob. Schürpe gr.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
X **Größtartige Spezialitäten!**
Novität!
Die Spreewald = Käte.
Gr. Kuchhallungs-Balken mit Gelang u. Tanz in 4 Akt. v. Hoffmann.
Staffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Königsstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten bei ungünstiger Witterung i. Saale.
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.
Der Liebestrank. Operette von Bonno X Barry X Duett Wallenberg usw. und erfindliche Spez. Anf. wochent. 5, Sonntags 8 Uhr.

Elysium
Landsberger Allee 10/11. Ecke Petersburger Straße.
Heute sowie täglich im prächtigen Naturgarten:
Vorstellung
abwechselnd von
drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängers
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang montags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Karls Garten
Rixdorf, Karlsplatzstr. 6-11.
X Prachtvoller alter Naturgarten. X
Sonntags: **Konzert.**
Montags: **Konzert.**
Jeden Dienstag: **Kinderfest.**
Mittwochs: **Konzert**
und Spezialitäten-Vorstellung.

Puhlmann's Theater
Schönhauser Allee 143
Kastanienallee 27/29
Täglich: **Große**
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Heute:
Großes Kinderfreudenfest.
Neu! **Die Dallesprinzessin.** Neu!
Beg. d. Konz. 4^{er}, d. Vorst. 5^{er} Uhr.

Hermann Ramlows „Kastanienwäldchen Schönholz“.
Endhaltestelle der Straßenbahnlinien 30, 37, 38 u. 8 sowie 2 Minuten vom Bahnhof Schönholz.
Jeden Sonntag Künstlerkonzert bei freiem Eintritt von 3 Uhr ab:
Im Parkott-Spiegel-Saal: **Großer Ball** bei stark besetztem Orchester.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine Lokalitäten, Saal m. Theaterbühne zur gefl. Benutzung.

Arbeiter-Bekleidung - Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.
Filialen: Landsberger Allee 148.
Neu eröffnet! am Rixdorf: Bergstraße 66 Ringbahnhof.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
Möbel
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.
35 - Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurter Str. 136.
Medizinische Bäder aller Art in wirklich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen 40 Pf. und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtüchern 75 Pf. (40 Minuten Badeszeit.)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Die vorgelegten näher bezeichnete freiwillige
Bauhand-Versteigerung
(62 Parzellen) am **Oenpitzer See**
Rübe Bahnhof Groß-Röris, findet morgen, den 19. Juni, vorm. 9 Uhr ab im Restaurant Zeechidchen dicht am Bahnhof bestimmt statt. Alles Nähere siehe vorgelegte. Abfahrt Berlin, Gült. Bf. früh 7 Uhr.
Auktionator und Taxator,
C. August Hilbrich, Berlin O. 2, Wolfenmarkt 1. Tel. I 4598.

JOSETTI JUNO
CIGARETTEN
sind von so ausgesprochener Eigenart in Qualität und Charakter, dass sie eine Klasse für sich bilden. Sie repräsentieren die günstigste Zusammensetzung aller guten Eigenschaften, die Cigaretten überhaupt besitzen, sodass sie mit vollem Recht als beste Marke der 2 Pf. Preisklasse geschätzt werden.

Joseffi-Juno m. u. o. Mandstüek 10 Stck. 20 Pf.

Joseffi Cigarettes Joseffi Cigarettes

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!
Die **bestsortierte** und **billigste** Einkaufsquelle
in **Zigaretten, Zigarren und Tabaken**
sämtlicher eingeführter Fabrikate ist
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70
Telephon: Amt VII, 3047.

Die Beerdigung meines verstorbenen Mannes, des Gastwirts
Richard Augustin
findet am
Sonntag, den 20. Juni, vormittags 9 Uhr,
von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee aus statt.
Die auf den verfaulden Traueranzeigen mitgeteilte Beerdigungszeit ist unrichtig.
Witwe Klara Augustin.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins.
Am Mittwoch, den 16. Juni, entriß uns der Tod einen treuen Kämpfer für das Proletariat, den
Stadtverordneten **Richard Augustin.**
Der Verstorbene hat seit vielen Jahren, oft unter den schwierigsten Verhältnissen, als Agitator, als Vertrauensmann und Stadtverordneter in den vordersten Reihen der Berliner Parteibewegung gearbeitet und gekämpft. Mit Richard Augustin verlieren wir einen hilfreichen Berater, einen edlen Menschen und guten Freund. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Zentralvorstand.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., vormittags 9 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Ernst Hagemann
an Herzschlag gestorben ist:
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Seiner Frau unser Mitglied, der Former
Karl Voigt.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
118/18 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Gastwirt
Richard Augustin
Engelauer 15
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., vormittags 9 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.
Der Vorstand.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Zimmerer.
Filiale Friedrichsb. Berg.
Am 15. Juni verstarb nach langem Leiden unser Mitglied
Ernst Müller
im 45. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Bornitzstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
250/3 Die Ortsverwaltung.

Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.
Filiale Berlin.
Am Mittwochabend 7^{er} Uhr verstarb unser Kollege
Richard Augustin
im Alter von 49 Jahren an Herzschlag.
Sein Andenken für den Zentralverein wird uns unerbittlich sein.
Die Beerdigung findet Sonntag, vormittags 9 Uhr, von der Halle des Begräbnisplatzes der Freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Filialvorstand.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und Blumenpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Johanna Hampel
sage ich allen, insbesondere dem Gesangsverein, allen Freunden und Verwandten meinen herzlichsten Dank.
Hermann Hampel.

Verband der Sattler.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 15. Juni 1909 verstarb nach langer schwerer Krankheit unser Mitglied
Richard Neubauer
(Feldriemenbranche).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
157/6 Die Ortsverwaltung.

Nathan Wand
129 Staliner Str. 129.
Die schönsten 10022
Herren - Sommer - Paletots und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu konstant billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Staliner Str. 129.
Hochbahnstation Köpenicker Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4^{er} Uhr.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4